

„Wir wollen in Würde hier leben“



Informationsreise in den Nordirak

**Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Zusammenarbeit
mit dem Bischöflichen Beauftragten für Flüchtlingsfragen
vom 16. bis 21. September 2014**

Dr. Thomas Broch

Dieser Bericht dokumentiert den Problemstand und die Fragestellungen, wie sie sich zum Zeitpunkt der Reise im September 2014 dargestellt haben. Seit-her hat sich vieles ereignet. Die späteren Entwicklungen konnten in dieser Reisedokumentation nicht berücksichtigt werden.

Einführung

Nicht erst seit den Angriffen und Vorstößen des sogenannten Islamischen Staats (IS) ist die teilautonome nordirakische Region Kurdistan zum Hoffnungsort der vertriebenen religiösen Minderheiten (Chaldäer, Assyrische Christen des Ostens, Syrisch-Orthodoxe, Syrisch-Katholische Christen; Mandäer, Yeziden, Schiiten) geworden. Das Gebiet ist das letzte in der gesamten Region, in dem die jahrtausendealte religiöse Vielfalt nicht in Frage gestellt ist. Religiöse Minderheiten, deren Existenz im Gesamtstaat Irak als gefährdet anzusehen ist, erhoffen sich aus dieser Lage eine Möglichkeit, ihren Fortbestand in dieser Region zu sichern.

Ziel der Informationsreise war es, im Gespräche mit Verantwortlichen von Religionsgemeinschaften, Vertretern der Zivilgesellschaft, kommunalen Einrichtungen, Parteien, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen herauszufinden, welche Erwartungen im Hinblick auf Unterstützung in der gegenwärtigen Situation bestehen. Angestrebt ist ein längerfristiger Dialog. Darüber hinaus sollte Kontakt mit Menschen aufgenommen werden, die unmittelbar von den jüngsten Vertreibungen betroffen

Klaus Barwig
Akademiereferent
Leiter des Referats Migration
und Bischöflicher Beauftragter
für die Belange der Chaldäer

sind. Hierbei soll die unmittelbare Flüchtlingshilfe und die Perspektiven der Flüchtlingsproblematik in der und für die Region in den Blick genommen werden.

Aus den vielfältigen Begegnungen und Gesprächen heraus werden im Anschluss an die Reise im Kontakt mit den entsprechenden kirchlichen, staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen Empfehlungen für Partnerschaftsprojekte ausgesprochen. Zu denken ist etwa an das Feld der Ausbildung auf den verschiedenen Ebenen, die Vermittlung von Praktika und Kooperationen zum Beispiel in Bereichen wie Gesundheitswesen, Hochschulen und Kommunen - möglicherweise mit Schwerpunkt Baden-Württemberg. Solche Projekte sollten der gesamten nordirakisch-kurdischen Gesellschaft zugutekommen, um damit auch ein Zeichen zum dauerhaften Fortbestand eines friedlichen Miteinanders der verschiedenen Ethnien, Sprachen und Religionen sein. Dies wäre auch ein Beitrag zur Verringerung von Fluchtursachen vor Ort. Wir hoffen sehr, einigen dieser Ziele näher kommen zu können.

Dr. Thomas Broch
Bischöflicher Beauftragter
für Flüchtlingsfragen

Dienstag, 16. September 2014: Erste Begegnungen

7:15 Uhr: Check in auf dem Stuttgarter Flughafen. Einigermaßen pünktlich um 7:45 Uhr startet die Maschine des Flugs OS 180 der Austria Airlines. Bei bedecktem Himmel fliegen wir nach Wien, wo Dr. Christoph Schumacher und Susanne Schultz zu uns stoßen. Birgit Berhorst wird erst in der Nacht direkt in Erbil eintreffen. Weiterflug ab Wien um 10:15 Uhr. Planmäßig um 15:00 Uhr – mit einer Zeitverschiebung von einer Stunde (in Deutschland wäre es erst 14 Uhr) – treffen wir in Erbil ein, der Hauptstadt der teilautonomen Provinz Kurdistan im Norden Iraks. Die Fensterplatz-Sitzer berichten beeindruckt von riesigen Stauseen in den Gebirgslandschaften der Südtürkei und die fruchtbaren bewirtschafteten Felder in der Ninive-Ebene.



Vom Flughafen, der aus Privatmitteln der Präsidentenfamilie Barzani finanziert wurde und wo wir die Einreisevisa erhalten, werden wir von geistlichen und nichtgeistlichen Fahrern der Diözese Erbil mit noblen PKW bzw. Pickups abgeholt und zum Classy-Hotel (4***) im Stadtteil Ankawa gebracht, dem Christenviertel der Provinzhauptstadt.

Der Name Ankawa (auf den öffentlichen Hinweistafeln steht auch Enkawa) leitet sich – so erläutert Younia Hilbert – aus *Am Kabad* ab: „Wasser kommt von einem alten Stein“. Das heißt: Eine alte Quelle, der Heilkraft zugeschrieben wird, gibt dem Ort seinen Namen. Seit über 2.000 Jahren bestehe hier ein Kanal, so Younia. Noch aus dem Jahr 692 stammt eine alte Kirche, die vor kurzem renoviert worden ist; eine Vorgängerkirche weist womöglich noch weiter in die christliche Vergangenheit des Orts zurück. Rund 30.000 chaldäische Christen leben hier seit jeher, später sind auch syrisch-orthodoxe und nestorianische Christen dazugekommen. Heute kommen allein in diesem Stadtteil rund 40.000 christliche Flüchtlinge dazu, die zum Teil früher schon von Bagdad nach Mosul, dann – im Juni 2014 von dort in die umliegenden christlichen Dörfer und später – nach dem 4. August, nach dem Rückzug der Peschmerga vor den IS-Kämpfern – nach Erbil geflohen waren.

Wehmut schwingt mit, wenn Younia etwa von dem Chaldäerdorf Alqosh mit seinen vielen alten Klöstern erzählt, darunter auch das Kloster Rabban Hormos, in dem der erste chaldäische Patriarch als Mönch gelebt hatte. Während unserer Reise hören wir, Alqosh sei durch die Peschmerga wieder befreit worden, aber das war mit Skepsis und Vorbehalten verbunden.

DIE REISEGRUPPE

Vor allen anderen der vielen zu erwartenden Eindrücke wollen sich die Mitglieder der Reise-gruppe gegenseitig kennenlernen – Gesichter mit Namen verbunden und auch mit Hintergründen ihrer Tätigkeit und mit den Anliegen, die sie auf diese Reise mitbringen. In einem ersten Rundgespräch im wie üblich durch die Klimaanlage unterkühlten Konferenzraum des Hotels stellen sich vor:

Mürvet Öztürk ist Abgeordnete der Grünen im hessischen Landtag. Als türkischstämmige Kurdin gehört sie der Religionsgemeinschaft der Aleviten an und versteht sich aufgrund des eigenen biografischen Hintergrunds und aus politischer Überzeugung als Anwältin von Minderheiten.

Der Journalist *Jörg Armbruster* war bis Ende 2012 Korrespondent der ARD für den Nahen und Mittleren Osten. Er kennt aus früheren Jahren noch den „jämmerlichen Zustand“ von Erbil und äußert großen Respekt vor der Aufbauleistung der Kurden in ihrer Provinzhauptstadt. Bereits zu Beginn der Reise macht er auch auf die katastrophale Lage der Yeziden aufmerksam, die von allen jetzt verfolgten Gruppen die schwächste Lobby haben.

Auch *Martin Durm* ist Journalist. Der SWR-Redakteur ist als ehemaliger ARD-Korrespondent für den Nahen und Mittleren Osten mit Sitz in Kairo und als Berichterstatter über die Revolten in Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien mit den Problemen der Region bestens vertraut.

Nach seiner Wahrnehmung werden derzeit die düsteren Prophezeiungen für die Christen durch die Wirklichkeit noch überholt. Eine Instrumentalisierung der Christen für die kurdischen Autonomiebestrebungen will er nicht gänzlich ausschließen, ebenso fragt er, ob deren Schutz durch die Peschmerga wirklich verlässlich sei.

Christoph Schumacher ist als Berater des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Hans-Joachim Fuchtel, in der Koordinierung von Städtekooperationen im Rahmen der Deutsch-Griechischen Versammlung engagiert – themen- und projektbezogen, wie er betont, also zum Beispiel in der Frage der Müllverarbeitung.

Susanne Schultz hat nach ihrem Geographiestudium mit dem Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit zwei Jahre in Indien gearbeitet. Derzeit ist sie als Praktikantin im BMZ tätig. Für die Irakreise hat sie die Aufgabe der Protokollantin übernommen.

Younia Hilbert ist in Al_Amadiyah nördlich von Dohuk geboren und in Sulaymaniyah aufgewachsen, von wo aus sie mit ihrer Familie nach Bagdad fliehen musste. Ihren Beruf als Geologin mit Hochschulabschluss konnte sie wegen des irakisch-iranischen Kriegs nie ausüben. Als Sekretärin bei der Deutschen Eisenbahn-Consulting in Bagdad hat sie ihren späteren Ehemann kennengelernt, dem sie dann nach Schorndorf-Schlichten gefolgt ist (wo sie immer noch Heimweh nach Bagdad hat). Seit 2007 ist

sie Zweite Vorsitzende des Kirchengemeinderats der chaldäischen Gemeinde in Stuttgart und wirkt als Sudiakonin bei der Liturgie mit.

Sizar Majeed, jetzt *Sizar Happe*, ist hier zuhause: Er ist im Erbil Stadtteil Ankawa geboren und Priester der Erzdiözese Erbil. Bis 2007 war er Pfarrer der Gemeinde St. Joseph in unmittelbarer Nachbarschaft des Erbil Bischofsitzes. Seit 2007 ist er Pfarrer seiner chaldäischen Mitchristen in Süddeutschland.

Karl Ammann kommt ebenfalls in eine vertraute Region. Von 1960 bis 1968 hat er im Libanon gelebt, studiert und geheiratet und bringt eine besondere Sensibilität für die Christen im Orient mit. Zwischen 1974 und 2008 war er in verschiedenen Aufgabenbereichen in der Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes tätig, der heutigen Caritas international. Als Consultant ist er jetzt mit dem Aufbau eines Koordinierungsbüros der katholischen Hilfswerke in Deutschland befasst.

Berthold Münch ist als Rechtsanwalt in Heidelberg tätig und hat ein besonderes fachliches und menschliches Interesse an Flüchtlingen, die aus religiösen Gründen verfolgt werden. Besonders liegen ihm die Mandäer am Herzen. Für die Herkunftsländer und ebenso für Deutschland als Zufluchtsland stellt sich für ihn die Frage, ob ein Staat das Recht hat, eine religiöse Überzeugung als Gefährdung einzustufen. Angesichts der aktuellen Situation und des Ausreisedrucks bei den Flüchtlingen sieht er die Gefahr, dass die Region ausblutet.

Manfred Weidmann aus Tübingen ist ebenfalls als Rechtsanwalt tätig und Mitglied im bundesweiten Rechtsberaternetzwerk für Asylbewerber. Für ihn ist es kaum zu verkraften, dass Christen in der Türkei und jetzt auch in dieser Region keine Zukunftschancen mehr haben sollen. Desgleichen bewegt ihn das Schicksal der Yeziden in Deutschland, die gerne in ihre Heimat zurückkehren wollen, aber keine Möglichkeit dazu haben.

Thomas Broch aus Pfaffenweiler im Breisgau wurde als früherer Pressesprecher der Diözese Rottenburg-Stuttgart und jetzt „reaktiver Rentner“ im Oktober 2013 zum Bischöflichen Flüchtlingsbeauftragten der Diözese bestellt. Am Herzen liegt ihm auch die Situation der Chaldäer sowohl im Bereich des Rottenburg-Stuttgarter Bistums als auch in ihrer Heimatregion, in der sie jetzt von Verfolgung und Vertreibung bedroht sind.

Klaus Barwig ist Referent für den Fachbereich Migration an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und seit Jahrzehnten Fachmann für Flüchtlings- und Asylrecht und für bedrängte religiöse Minderheiten. Im Sommer 2014 wurde er von Bischof Gebhard Fürst zum Beauftragten für die Belange der Chaldäer bestellt. Die Zukunft Angehöriger orientalischer Kirchen in muslimischen Ländern wie der Türkei und jetzt auch des Irak beschäftigt ihn seit Jahren. Die Rückkehrchancen nicht muslimischer Flüchtlinge in ihre Heimatländer sind für ihn deutlich geringer als für Muslime. Er sucht deshalb nach Wegen wie etwa Resettlement-

Verfahren außerhalb des Asylrechts, da das Asylrecht für Personengruppen ohne Rückkehrchancen der völlig falsche Weg sei. Ein Problem stellt für ihn die exklusive Parteilichkeit kirchlicher Verantwortlicher für ihre eigene Klientel dar. So sehe er etwa die Gefahr, dass die chaldäische Hierarchie in erster Linie im eigenen Bereich helfe. Die Frage sei, ob es Kräfte in der Gesellschaft gebe, die über die



Grenzen der eigenen Klientel hinaus zu kooperieren bereit seien. Um dies zu klären, müssten zunächst Gespräche mit den einzelnen Gruppen über deren Bedarfe und Interessen geführt werden. In der jetzigen Situation stelle sich die Frage, ob es bei Christen und Yeziden überhaupt noch eine Bereitschaft gebe zu bleiben. Den meisten europäischen Politikern sei nach seiner Wahrnehmung das Ausmaß der aktuellen Flüchtlingskatastrophe überhaupt noch nicht bewusst, so Klaus Barwig.

Birgitta Berhorst vom Ministerium für Arbeit und Soziales Brandenburg trifft erst im Laufe der Nacht in Erbil ein.

ERSTER AUGENSCHEN

Es ist schon dunkel geworden, als wir zu Fuß zum Bischofshaus in Ankawa gehen. Es sind



nicht einmal zehn Minuten vom First-Class-Hotel, in dem wir untergebracht sind, bis zu dem Rohbaugerippe gegenüber dem Bischofssitz, in dem über 2.000 Menschen notdürftig untergebracht sind, und der Zeltstadt auf dem Gelände rund um die St. Josephs-Kirche für ebenso viele Menschen. Das Abendlicht schafft eine fast malerische Situation im Umfeld der großen, nach babylonischem Architekturmuster erbauten Bischofskirche, aber die Fluchtgeschichten und -schicksale, die die Menschen unseren SWR-Kol-



legen bereitwillig berichten, strafen jede Verharmlosung Lügen. Vielen sind Verzweiflung und Resignation ins Gesicht geschrieben.

**„WIR WISSEN NICHT, WIE ES WEITERGEHT:
GESPRÄCH MIT ERZBISCHOF AMIL NONA**

Als erster offizieller Gesprächspartner empfängt uns an diesem Abend der Oberhirte der chaldäischen Erzdiözese Mosul, Amil Nona. Selbst aus seiner Bischofsstadt vertrieben und im eigenen Land im Exil, nimmt er am Sitz der kurdischen Nachbardiözese Erbil seine Amtsgeschäfte wahr. Erzbischof Bashar Warda von Erbil, unser eigentlicher Gastgeber, hält sich derzeit noch in Europa auf, wo er unter anderem im Deutschen Bundestag eine Rede über die Situation in seiner Heimat hält (s. Anhang).

„Ich hätte Sie gerne unter anderen Umständen empfangen“, eröffnet Erzbischof Nona das Gespräch, nachdem Klaus Barwig ihm für den Empfang gedankt und die Intentionen der Reise erläutert hatte. Dann berichtet er – scheinbar fast emotionslos, aber bei näherem Hinhören sehr resigniert und verbittert – die Ereignisse, die er seit Juni 2014 mit seinen Leidensgenossen teilt.

Es sei eine zweistufige Vertreibung durch die Terrorbanden des IS gewesen: Zuerst im Juni aus Mosul in die umliegenden christlichen Dörfer, dann – am 5. August, dem Datum von schicksalhafter Bedeutung, das immer wieder in den Gespräch als *das* Datum der Katastrophe auftaucht – ins östlich gelegene Kurdistan. Es sei eine Vertreibung ohne Kampf gewesen, aber nachdem sich die kurdischen Peschmerga-



Kämpfer zurückgezogen hätten, seien die Menschen ohne Schutz gewesen. In einer Nacht seien zwischen 100.000 und 120.000 Menschen nach Erbil gekommen, allein nach Ankawa rund 40.000. Diese Menschenmenge sei ein riesiges Problem gewesen. Keine Stadt könne eine so große Zahl von Menschen unvorbereitet aufnehmen.

Überall in der Region hätten sich die Menschen verstreut. Sie hätten sich in den Kirchen notdürftig niedergelassen, in öffentlichen Sälen und Schulen, in Rohbauten.

Etwas anders stelle sich die Situation in der Region um Dohuk und Zakhu dar: Dort gebe es zahlreiche christliche Dörfer, die nur noch zur Hälfte bewohnt gewesen seien und die jetzt voll von Flüchtlingen seien.

Um die Situation einigermaßen zu bewältigen habe man ein Komitee von vier Bischöfen gebildet, dessen Leiter er sei und das für Katholiken und Nichtkatholiken Sorge. Wo Christen und Yeziden zusammenlebten, werde selbstverständlich auch den Yeziden geholfen. Denn die Lage der Yeziden sei noch schwieriger als diejenige der Christen, da sie kaum organisierte Strukturen und auch wenig Unterstützung aus dem Ausland hätten.

Derzeit stünden für das Komitee zwei Aufgaben im Vordergrund: den Bedarf der Menschen zu erheben und den Kontakt zu Hilfsorganisationen herzustellen und Hilfen zu vermitteln. Die Grundversorgung mit Lebensmittel und den Dingen des täglichen Bedarfs sei einigermaßen gesichert, aber jeden Tag ergäben sich neue

Probleme. Das Hauptproblem sei das Beschaffen von Wohnmöglichkeiten. Besonders im Hinblick auf den nahe bevorstehenden Winter bräuchten die Menschen in den Zelten und den Rohbauten dringend winterfeste Wohnungen. Die Schulen müssten bald wieder geräumt und für den Unterricht geöffnet werden – derzeit gebe es weder für die einheimischen Kinder noch für die Flüchtlingskinder Unterricht. Der



Bau von Camps durch die UN gehe sehr schleppend voran. Bislang seien zwei Camps geplant; das sei viel zu wenig – benötigt würden mindestens 25 Camps.

Zu diesen äußeren Schwierigkeiten kämen jetzt – zum Zeitpunkt des Gesprächs mit Erzbischof Mona also nach 40 Tagen – bei vielen Menschen massive psychische Probleme hinzu. Die Menschen hätten alles verloren und seien bettelarm. Auch das Geld, das den Kirchen zur Verfügung stehe, sei rasch aufgebraucht. Auch sei

für die Kirchen nur eine temporäre Hilfe möglich; die Anzahl der Flüchtlinge und die Dauer der Katastrophe überfordere sie zunehmend. „Wir wissen nicht, wie es weitergehen soll“, meint der Erzbischof. „Die beste Lösung wäre es, wenn die Menschen in ihre Dörfer zurück-

Außerdem bedürfe es der raschen militärischen Unterstützung einer westlichen Allianz, besonders der USA, für die Peschmerga. Auf die irakische Zentralregierung müsse politischer Druck ausgeübt werden, damit sie gesetzliche Regelungen schaffe, die die Christen



kehren könnten. Aber das ist mit politischen und militärischen Voraussetzungen verbunden. Wir hoffen ja, dass sich die Lage bald verbessern wird, aber derzeit ist das nicht in Sicht.“

Der Westen, so erklärt Erzbischof Mona im Gespräch mit uns, hat dem Irak gegenüber eine moralische Verpflichtung – ein Argument, das wir auch von anderen Gesprächspartnern immer wieder hören werden. Dabei gehe es um eine Strategie kurzfristiger und langfristiger Hilfe. Kurzfristig sind Programme dringend vonnöten, die den Menschen zu überleben helfen.

und andere nichtmuslimische Minderheiten schützen und ihnen ein Leben mit gleichen Rechten ermögliche.

Ob die Hilfsgüter und –gelder, die durch westliche Regierungen an die irakischen Regierungen gehen, gerecht verteilt werden, entziehe sich seiner Kenntnis; das Komitee habe hier weder Einblick noch Einfluss.

Ob eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer jemals wieder möglich ist, steht für den Erzbischof unter großen Fragezeichen. Die Christen hätten alles Vertrauen verloren – sowohl in die

Peschmerga, die sie in den Dörfern ohne Schutz vor dem IS zurückgelassen haben, als auch in die Zentralregierung in Bagdad und deren Armee. Nicht zuletzt sei das Vertrauen zu den einstigen muslimischen Nachbarn zerstört, die sie im Stich gelassen, verraten und beraubt hätten. Eine Rückkehr in die Dörfer, die einmal ihre Heimat gewesen seien, sei nur möglich, wenn dort wirklich Sicherheit gewährleistet sei.

Der Umgang mit der Ausreisewilligkeit sei ein großes Problem. Zunächst gingen viele in die Nachbarländer; von dort aus versuchten sie den Weg nach Europa bzw. nach Deutschland.



Das Land verliere viele Menschen – vor allem auch junge und gut ausgebildete Menschen, die dringend gebraucht würden. Deshalb sei es so wichtig, dass viel für die Versorgung der

Flüchtlinge getan werde. Die kurdische Regierung tue das ihr Mögliche und sei offen für alle. So halte sie zum Beispiel eine kostenlose medizinische Versorgung durch Ärzte und in Krankenhäusern vor. Aber darüber hinaus sei auch für die kurdische Provinzregierung eine wirklich effiziente materielle Hilfe kaum möglich, da sie selbst vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehe, denn Zentralregierung in Bagdad habe seit Januar kein Geld mehr überwiesen und alle Programme gestoppt.

Die Kirche selbst habe kaum Einflussmöglichkeiten – weder ob die Menschen gehen noch ob sie bleiben wollen, sagte Erzbischof Mona. „Die Kirche betont immer, dass sie wünsche, dass die Menschen bleiben. Aber jeder muss das für sich entscheiden. Unsere Aufgabe hier ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen in Sicherheit und Würde leben können.“

Ob er selbst denn noch an eine Zukunft des Christentums im Irak glaube, wird Erzbischof Mona gefragt.

„Wir Christen haben immer Hoffnung“, antwortet er. Das Christentum im Irak sei gefährdet, aber wenn sich die Lage stabilisiere und Sicherheit gewährleistet sei, dann sehe er für das Christentum durchaus eine Zukunft. „Und wenn alle Christen gehen, wir Bischöfe und Priester bleiben.“

Wie ambivalent seine Sicht der Dinge ist, wird freilich deutlich, wenn er zugleich zugibt: Wenn sich die Lage nicht verbessert, gehen die Zahlen rapide zurück. Jeden Tag fliegen zwei Flugzeuge mit Christen von Erbil nach Jordanien.

Bedeutet der Wille zum Bleiben letztlich die Bereitschaft zum Martyrium? Ja, meint der Erzbischof, im Irak ist diese Bereitschaft notwendiger als irgendwo sonst. Und obwohl viele Christen, auch Priester, das Land verlassen wollten, gebe es immer noch genügend, die bleiben wollten. Selbst in Mosul, wo es sehr gefährlich sei, seien viele geblieben, und viele wollten irgendwann auch wieder dorthin zurück.

Zur Situation der Chaldäer stellte Mona fest, dass die chaldäische Kirche heute über sehr viele Kontakte ins Ausland – nach Europa und die USA – verfüge. Die meisten Familien seien getrennt und über viele Länder verstreut. Die Verbindungen, die zwischen dort und hier bestehen blieben, seien sehr hilfreich. Die größte Hilfe komme von den chaldäischen Christen im Ausland.

Einen grundlegenden Bruch hat nach den Worten von Erzbischof Mona das Verhältnis, das Vertrauen zwischen Christen und Muslimen erlitten. Die IS-Banden, die in die Dörfer einfallen, seien zahlenmäßig nicht sehr groß. Aber sie erhielten häufig Unterstützung durch die einheimische Bevölkerung. So hätten zum Beispiel früher die Christen die Wasserversorgung in einem Dorf gewährleistet und dafür auch von den muslimischen Mitbewohnern Lob und Anerkennung erhalten. Nach dem Einfall des IS hätten dieselben Personen, die früher voll des Lobes gewesen seien, die Kirchen geschändet und die Häuser ihrer christlichen Nachbarn ausgeraubt. Ein Zusammenleben mit den einstigen Nachbarn werde also künftig sehr schwierig –

möglicherweise nicht in der Großstadt Mosul, wohl aber auf den Dörfern.

Mona macht für diese prekäre Entwicklung auch die Destabilisierung der früheren staatlichen Strukturen im Irak mit verantwortlich. Eine starke Regierung – ist an Saddam Hussein gedacht? – hätte früher nicht zugelassen, dass mit Berufung auf den Koran die „Gläubigen“ den „Ungläubigen“ ihren Besitz, ja ihre Frauen raubten, wenn die Situation es zulässt. Heute stehe dem keine staatliche Gewalt mehr entgegen.

Und wie kann dann eine muslimische Regierung in Kurdistan Schutz garantieren? Die kurdische Regierung sei stark, anerkennt Erzbischof Mona. Allerdings gebe es auch in Kurdistan starke religiöse Parteien, die im Parlament vertreten seien, und namentlich bekannte und der Regierung benannte Mullahs, die zu Übergriffen auf Christen aufgerufen hätten. Auch rechne man damit, dass etwa 100 Kurden beim IS seien.

Ein regelmäßiges Gespräch mit den Führern der nichtchristlichen Religionen in Kurdistan? – Steht derzeit nicht auf der Agenda.

ABENDLICHES GESPRÄCH MIT SALAH AHMAD

Nach einem (unerwartet) griechischen Abendessen im Restaurant des Classy-Hotels treffen wir uns zu einem abendlichen Austausch mit Salah Ahmad, Psychotherapeut und Leiter des *Kirkuk Center for Torture Victims*. Der im irakischen Kirkuk geborene Ahmad, der als Flüchtling nach Deutschland kam und neben seiner

Tätigkeit im Irak auch in Berlin-Mitte an einem Zentrum für Gewaltopfer wirkt, berichtet von 15.000 Irakern und 5.000 Syrern, die behandlungsbedürftig seien. Waren schon die Opfer von Saddam Husseins Schreckensregime zum Teil schwer traumatisiert, so führen jetzt die unbeschreiblichen Grausamkeiten des IS zu noch deutlich gesteigerten, schwersten seelischen Traumatisierungen. „Die Hälfte von ihnen wird sterben, wenn wir nicht eingreifen“, ist Salah Ahmad überzeugt. „Manchmal“, so erzählt er, „sind die Geschichten so schwer zu ertragen, dass man sich von den Klienten entfernt.“

Supervision, um die Therapeuten zu entlasten, ist kaum möglich. Dazu kommt, dass die meisten Mitarbeitenden Psychiater sind, unter ihnen lediglich 25 spezialisierte Traumatherapeuten. Das Kirkuk-Zentrum ist die einzige Institution im Land, die Traumatherapeuten ausbildet. Eine Expertentagung Ende September 2014 soll zur weiteren Lösung der Problematik beitragen.

Die Lage im Irak ist nach Ahmads Einschätzung höchst dramatisch. Rund 1,8 Millionen Flüchtlinge leben im Nordirak – darunter fast eine Million Syrer, die schon seit längerem im Gefolge des Bürgerkriegs im Nachbarland hier Zuflucht gesucht haben. Ahmad nennt das Beispiel einer kleinen Stadt mit rund 250.000 Einwohnern, die 65.000 Flüchtlinge zu verkraften hat. Lediglich 42 Toiletten stehen den Flüchtlingen zur Verfügung – verheerende Verhältnisse.

Während Ahmad sich zu den Bemühungen des UN-Organisationen sehr kritisch äußert, würdigt er die Haltung der Kurden: „Man sieht, dass alle sich bemühen, aber es sind Grenzen gesetzt.“ Und trotz aller Freundlichkeit – die Menschen leiden. Am Schlimmsten ergeht es



auch aus seiner Sicht den Yeziden. Den Hass der Araber gegenüber den Yeziden verstehe er nicht, sagt er. Aber es handle sich um einen importierten Hass. In Kurdistan gebe es über 14 Religionen, und noch nie habe es bislang Probleme gegeben. Aber beim IS handle es sich um eine „Sammlung der verschiedensten böartigen Menschen“. Fast 40 Prozent seien Europäer, 11 Prozent Türken, auch Chinesen seien dabei. Die meisten aber seien Saudis und Menschen aus den Maghreb-Staaten, möglicherweise seien auch vereinzelte Kurden dabei. Aber es handle sich nicht um einen Kurden-Christen-Yeziden-Krieg, sondern um eine Gewalt, die dieses Land beherrschen wolle, ist Salah Ahmad überzeugt. Jedenfalls lehne er es ab nach Sündenböcken zu suchen. Bei den Peshmerga kämpften Kurden, andere Muslime und Christen gemeinsam für ihr Land.

Christliche Kirchen im Irak

ASSYRER

Das Volk der christlichen Assyrer lebt gegenwärtig in den Nahoststaaten Irak, Iran, Syrien, Türkei, Libanon sowie in westlichen Ländern und in Übersee. Die Assyrer sind die Nachfahren der Christen des Vorderen Orients, die seit dem 3. Jahrhundert im Gegensatz zu der byzantinischen Reichskirche selbständige (autokephale) Kirchen gründeten und nicht das Griechische, sondern das Syrische als Liturgie- und Theologiesprache verwendeten. Sie selbst führen ihre Existenz auf die altorientalischen Völkerschaften der Assyrer, Babylonier und Aramäer zurück, die seit der 2. Hälfte des 3. Jahrtausends v. Chr. in Syrien und Mesopotamien ansässig wurden.

Das römische Reich, die Herrschaft der neupersischen Sasaniden, Byzanz, das arabische islamische Kalifat, die Mongolenstürme und die Herrschaft der Osmanen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts prägten die Bewohner der wechselnden Staatsgebilde. Eine Minderheit der Christen des Vorderen Orients überstand die Einschmelzung in den Islam und bildete bis zum Ersten Weltkrieg eine kleine Sprach- und Religionsgemeinschaft in einem geschlossenen Siedlungsgebiet Obermesopotamiens.

FÜNF KONFESSIONEN

Die Assyrer bekennen sich zu zwei selbständigen (autokephalen) syrischen Kirchen: zu der schon im 3. Jahrhundert entstandenen Alten Apostolischen Kirche des Ostens und zu der im 5. Jahrhundert entstandenen Kirche von Antiochia und dem Gesamten Osten. In den folgenden Jahrhunderten spalteten sich die mit Rom unierte Chaldäische Kirche, die ebenfalls mit Rom unierte Syrisch-Katholische Kirche und die evangelische Kirche von den beiden ursprünglichen Kirchen. Also entstanden insgesamt fünf Konfessionen.

Die heutigen Assyrer sprechen Spätformen des Aramäischen, einer zur semitischen Sprachfamilie gehörenden Kultursprache, die seit dem 1. Jahrtausend v. Chr. die älteren Sprachen in Mesopotamien, Syrien und Palastina verdrängte. Die von den Christen verwandte Form des Aramaischen wird als Syrisch bezeichnet. Die altsyrische Hochsprache der Christen des Vorderen Orients formte sich seit dem 3. Jahrhundert und blieb bis zur Gegenwart in zwei Dialekten (Ostsyrisch und Westsyrisch) Liturgie- und Theologiesprache der alten syrischen Kirchen. Parallel dazu entwickelten sich neuaramäische bzw. neusyrische Volksdialekte, z.B. das Westneusyrische oder Turoyo, das im Tur Abdin zur Volkssprache der meisten dort wohnenden Christen wurde. Außerdem

entstand der Urmia-Dialekt, der zur Schriftsprache entwickelt wurde und von den meisten ostassyrischen Gemeinden verwendet wird.

Das ursprüngliche Siedlungsgebiet der Assyrer liegt größtenteils im mesopotamischen Raum, vor allem in Obermesopotamien und im armeno-kurdischen Bergland (heutige Staaten Irak, Syrien und Türkei). Nach Osten dehnt es sich auf iranisches Territorium bis in die Hochebene am Urmia-See aus. Bis 1915 lebten rund eine Million Assyrer in einem Dreieck, das sich nach jeder Seite etwa 300 km ausdehnt. Westlichster Ausläufer ist das Bergland des Tur Abdin (westlich davon die Städte Mardin und Diyarbakir) in der Südosttürkei. Nach Süden und Südosten wird das Gebiet durch Siedlungen in der nordsyrischen Ebene nahe der türkischen Grenze und in der Mosul-Ebene begrenzt, im Nordosten durch das Hakkari-Gebirge (Osttürkei, ehemaliges Hauptsiedlungsgebiet der Angehörigen der Alten Apostolischen Kirche des Ostens).

DIE CHALDÄER UND DIE CHALDÄISCHE KIRCHE

Durch den Einfluss katholischer Missionen, die seit dem 16. Jahrhundert besonders unter den ostsyrischen Christen wirkten, kam es zur Abspaltung größerer Teile der Kirche von Antiochia und dem gesamten Osten, die 1552 zur Union mit Rom übertraten. Den ostsyrischen Kirchenritus behielten sie bei. Rom bezeichnete sie als Chaldäische Kirche, ihr Patriarch bekam den Titel „Patriarch von Babylon“. Somit vereinte sich die Chaldäische Kirche mit Rom und erstarkte im 19. Jahrhundert. Seitdem ist sie die zahlenmäßig größte christliche Kirche im Irak, wo es heute acht Diözesen gibt. Hinzu kommen je zwei im Iran und in den USA, je eine im Libanon, in Syrien, Ägypten, Kanada, Australien und in der Türkei. Die Chaldäischen Katholiken zählen heute weltweit etwa 3,5 Millionen Gläubige unter 23 Bischöfen. Von den ca. 200 Priestern wirkt etwa die Hälfte im Irak, 20 betreuen die rund 160.000 katholischen Chaldäer in den USA. Etwa 18.000 Chaldäische Christen leben heute in Frankreich, rund 5.000 in Deutschland.

Die Chaldäer bilden mit den Assyrern und Aramäern (Suryani) eine gemeinsame Volksgruppe und sprechen je nach Region leicht unterschiedliche Dialekte des Neuaramäischen. Das Altaramäische war die Sprache Jesu.

Sowohl unter Saddam Hussein als auch nach dessen Sturz haben viele Chaldäer, wie es auch bei Angehörigen anderer Minderheiten der Fall ist, den Irak verlassen. Die Situation der Christen wurde nach dem Fall von Bagdad 2003 immer bedrohlicher. Große Teile der christlichen Bevölkerung waren gezwungen, ihre Heimat im Irak zu verlassen und in sichere Gebiete zu flüchten. Aus diesen wurden sie, wie auch die Angehörigen anderer syrischer Kirchen, im Sommer 2014 durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) erneut vertrieben.

DIE ASSYRISCHE NATIONALBEWEGUNG

Mit dem Aufkommen des modernen Nationalgedankens im Europa des 19. Jahrhunderts und seiner Verbreitung in Asien und Afrika kam es Anfang des 20. Jahrhunderts auch unter den Christen der syrischen Kirchen zu einer nationalen Bewegung und Sammlung. Große Teile der syrischen Christen bezeichnen sich heute als Assyrer, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Konfessionen. Sie einigt die gemeinsame christliche Religion mit allen ihren in Jahrhunderten gewachsenen Traditionen, Gebräuchen, Lebenseinstellungen und kulturellen Gewohnheiten sowie das gemeinsame Siedlungsgebiet, ihre Geschichte und ihre Sprachen (die aramäische Schriftsprache und die beiden davon abgeleiteten Sprachrichtungen West- und Ostaramäisch bzw. West- und Ostassyrisch).

ASSYRER IM 20. JAHRHUNDERT

Während des Ersten Weltkrieges waren nicht nur die christlichen Armenier, sondern auch die Angehörigen der syrischen Kirchen Opfer grausamer Verfolgung und Vertreibung. Die Assyrer verloren in den nördlichsten Gebieten Obermesopotamiens und im Iran über 50 Prozent ihrer Gesamtbevölkerung. Bis auf spärliche Reste wurden sie aus ihren alten Siedlungsgebieten vertrieben und mussten unter schwierigsten Bedingungen jahrelang in Lagern zubringen, die unter Aufsicht des Völkerbundes standen. Bei der Gründung der jungen Nationalstaaten Irak, Syrien und der modernen Türkei wurde das Verlangen der Assyrer nach Selbstbestimmung und Autonomie nicht berücksichtigt. Trotz internationaler Versprechungen konnten sie nicht in ihre alten Wohngebiete zurückkehren. Mit dem Vertrag von Lausanne 1923, der endgültigen Grenzziehung und der Regelung der sogenannten Mosul-Frage im Jahre 1925 war ihr Schicksal besiegelt: Es blieb ihnen keine andere Wahl, als zu den Angehörigen ihres Volkes in den verschiedenen neuen Staaten des Nahen Ostens zu fliehen.

In einigen Staaten des Nahen Ostens wurde ihnen der Status einer anerkannten nationalen oder religiösen Minderheit mit daraus folgenden kulturellen Rechten verweigert. Der Irak und die Türkei verbieten die Volksbezeichnung Assyrer und versuchen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, nicht nur die Nationalbewegung der Assyrer, sondern auch das Glaubensleben der christlichen Konfessionen zu unterdrücken. Ähnlich ist es im Iran, auch wenn dort die Bezeichnung Assyrer nicht verboten ist. Mit der Machtübernahme der Ayatollahs 1979 begann dort eine Phase der Intoleranz und Verfolgung der nicht-muslimischen Religionsangehörigen. Die feindselige Haltung der erstarkten muslimischen Bewegung bewirkte eine Massenauswanderung der Assyrer aus dem

Iran. Insgesamt stellt das letzte Vierteljahrhundert für die Assyrer im Nahen Osten einen der grausamsten Abschnitte ihrer Geschichte nach den Genozid-Verbrechen von 1914 bis 1922 dar.

TÜRKEI: ASSYRER ZWISCHEN DEN FRONTEN

In der Türkei geraten die Assyrer seit 1984 zunehmend zwischen die Fronten des erbittert geführten Krieges des türkischen Militärs gegen die Anhänger der radikalen kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Assyrer werden sowohl von der PKK als auch von den türkischen Regierungstruppen, von Spezialeinheiten der Polizei sowie von islamisch-fundamentalistischen Kräften und von kurdischen Agas in unterschiedlicher Intensität bedrängt und unter Druck gesetzt. Von den Anti-Terror-Einheiten des türkischen Militärs wird ihnen immer wieder die Kooperation mit dem kurdischen Widerstand vorgeworfen. Von der PKK werden sie andererseits verdächtigt, mit den türkischen Unterdrückern zu kollaborieren. Immer wieder kommt es zu Anschlügen auf assyrische Familien. 1993 beispielsweise wurden Assyrer aus ihren Dörfern verschleppt, Kleinbusse mit assyrischen und yezidischen Passagieren angegriffen und ein assyrisches Dorf geräumt. Unter solch ständiger Bedrohung verließen in den letzten Jahren mehrere zehntausend Assyrer ihre türkische Heimat. Heute leben nur noch höchstens 12.000 Assyrer in der Türkei, etwa 500 Familien im Tur Abdin und wenige Tausend in Istanbul.

EINE NEUE HEIMAT IM EXIL

Etwa 35.000 Assyrer haben in der Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden. Viele leben hier als ausländische Arbeitnehmer, andere als Flüchtlinge mit einem langfristigen Bleiberecht. Grundlage dafür ist der sogenannte Christenerlass, der als Einreisestichtag den 31. Dezember 1989 festlegt. Inzwischen erkennen auch die meisten Gerichte eine religiöse Gruppenverfolgung an. Einige gehen jedoch von einer innerstaatlichen Fluchtalternative in Istanbul aus. Die Istanbul assyrischen Gemeinden sind aber hoffnungslos überfordert mit der Unterstützung und Versorgung aller Flüchtlinge aus dem Tur Abdin: Überfüllte Wohnungen und verbreitete Arbeitslosigkeit führen zu massiven Existenzproblemen.

VERFOLGUNG DER ASSYRER IM IRAK

Im Irak bilden die Assyrer mit mehr als einer Million Menschen nach den Arabern und Kurden die drittstärkste Bevölkerungsgruppe. Nach dem Machtantritt der Baath-Partei unter Saddam Hussein (1968) begann für sie eine besondere Leidenszeit: Immer wieder wurden größere

Gruppen verhaftet, wurden Menschen hingerichtet. Zahlreiche assyrische Intellektuelle „verschwanden“ – über ihr Schicksal herrscht zum Teil bis heute Ungewissheit. Systematisch wurden unter Saddam Hussein etwa 200 assyrische Dörfer von der Armee zerstört, 150 Kirchen und Klöster wurden dem Erdboden gleichgemacht. Viele Assyrer wurden, wie die Kurden, in sogenannte „Modelldörfer“ deportiert, die Internierungslagern gleichen.

Schon der erste Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak forderte etliche Menschenleben in der männlichen assyrischen Bevölkerung. Etwa 40.000 Assyrer wurden Opfer von Genozid. Zu ihnen gehören auch 2.000 assyrische Opfer der Giftgasangriffe, die das Saddam-Regime 1988 gegen Siedlungen und Städte der Kurden und Assyrer im Nordirak (Halabdjia) durchführte. Unter den Flüchtlingen aus dem Nordirak, die im Frühjahr 1991 nach dem 2. Golfkrieg in die Nachbarstaaten Türkei und Iran flohen, befanden sich auch Zehntausende Assyrer. Nachdem die Alliierten nördlich des 36. Breitengrades im Nordirak eine Schutzzone eingerichtet hatten, entschloss sich die Mehrzahl dieser Flüchtlinge, in ihre zerstörten Dörfer zurückzukehren. Unter dem Schutz der Alliierten konnte sich Irakisch-Kurdistan zu einem autonomen, selbstverwalteten Föderalstaat entwickeln, in dem Kurden und Assyrer gleichberechtigt zusammenleben konnten. Doch der Konflikt zwischen den beiden großen Kurdenparteien, die Besetzung assyrischer Dörfer durch Kurden und Anschläge auf assyrische Politiker haben viel von diesen Hoffnungen zunichte gemacht. Nach dem Sturz des Baath-Regimes Saddams Husseins, dessen Bedrohung wie ein Damokles-Schwert über dem Assyrern hing, nach dem Abzug der US-Streitkräfte und schließlich nach der Terror-Offensive des IS ist die Zukunft der Assyrer erneut völlig unsicher.

DIE MANDÄER¹

Eine eigenständige, ebenfalls von Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen bedrohte Minderheit sind die Mandäer, eine monotheistische, in ihrer metaphysisch-spirituellen Prägung gnostische Religionsgemeinschaft, die teilweise auch in der biblischen Tradition verwurzelt ist.

Die Mandäer oder Sabier (aramaisch-mandäisch: „getauft“), wie sie von muslimischer Seite genannt werden, sind eine der ältesten Religionsgemeinschaften der Menschheitsgeschichte. Ihre Existenz lässt sich aufgrund von babylonischen, persischen und islamischen Zeugnissen bis ins 3. Jahrhundert n. Chr. zurückverfolgen. Die Anzahl der Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft wird auf 60.000 geschätzt. Die meisten von ihnen, etwa 30.000, leben im Irak und dort vor allem in größeren Städten wie Bagdad, Basra, Samara und Nasirija sowie im südlichen Iran. Die Zahl der Mandäer im

¹ Quelle: Gesellschaft für bedrohte Völker

Iran wird von mandäischen Organisationen auf 10.000 geschätzt. Schätzungsweise 20.000 Mandäer leben in der Diaspora in Westeuropa, aber auch in Australien und den USA, Kanada und Neuseeland. Tausende Mandäer leben als Flüchtlinge außerdem in Syrien und Jordanien.

Woher kommen die Mandäer?

Es wird vermutet, dass die Mandäer aus Palästina stammen. Verfolgung und Unterdrückung sollen sie während des ersten Viertels des 1. Jahrhunderts n. Chr. in die Stadt Harran in Syrien vertrieben haben. Durch die Anfeindungen der christlichen und später auch der islamischen Religionsgemeinschaften sahen sie sich bald gezwungen, auch diesen Ort und die umliegenden Gebiete zu verlassen und in den Süden Babyloniens bis in die Marsch-Gebiete des heutigen südlichen Irak umzusiedeln. Andere Forscher sind der Meinung, dass die Mandäer zuerst in Mesopotamien, in der Nähe der Flüsse Euphrat und Tigris, lebten.

Das klassische Mandäisch ist ein aramäischer Dialekt, der dem Aramäischen des babylonischen Talmud nahe steht. Neben dem klassischen Mandäisch existiert auch eine moderne gesprochene Form des Mandäischen, die Neumandäisch genannt wird, große Anteile des Arabischen aufweist und nur noch von den Mandäern im Iran in der Provinz Khusistan gesprochen wird.

Woran glauben die Mandäer?

Der Mandäismus ist eine monotheistische Religion und die älteste noch existierende gnostische Religion („Gnosis“ heißt im Altgriechischen „Wissen“, „Erkenntnis“). Die Weltanschauung der Mandäer fußt auf dem gnostischen Dualismus, der die Welt in zwei Ebenen teilt: Dem mandäischen Verständnis nach leben die Menschen in der von Finsternis beherrschten Welt, die jeder mit dem Tod verlässt. Alle Seelen finden nach dem Passieren mehrerer Wachtstationen Erlösung im Lichtreich. Die Mandäer glauben an einen Boten, der alle Seelen aus der Welt der Finsternis ins Licht führt und somit das Weltenende hervorruft. Wenn er seine Aufgabe erfüllt hat, existiert nur mehr die Lichtwelt, und die Zeit des Leidens und der Qualen ist vorüber.

Die Schöpfungsgeschichte der Mandäer ist der jüdisch-christlichen sehr ähnlich. In Entsprechung zu den biblischen Schöpfungserzählungen gelten auch bei den Mandäern Adam und Eva als die ersten Menschen. Der Mandäismus jedoch beschreibt die Geburt Evas nicht als Entstehung aus Adams Rippe, sondern als Gabe der Lichtwelt an Adam. Daraus erklärt sich die Gleichberechtigung der Frau in den mandäischen Gemeinschaften. Ein Zeichen dafür ist, dass ein Neugeborenes den Nachnamen der Mutter bekommt. In der Geschichte der Mandäer gab es auch Priesterinnen.

Was verbindet den Mandäismus mit Johannes dem Täufer?

Das heilige Buch der Mandäer – „Sidra Rabba“ oder auch „Ginza“ („Schatz“) genannt – wurde 1925 von dem deutschen Religionswissenschaftler Mark Lidzbarski ins Deutsche übersetzt. Die wichtigsten Zeremonien im Mandäismus sind Bestattung, Totenfeier und Taufe. Diese geht auf Johannes den Täufer zurück, den letzten Propheten dieser Religion. Jeder Mandäer wird mehrmals im Leben getauft – anzustreben wäre eine Taufe jeden Sonntag. Während der Taufe („Masbütä“ genannt) sind sie in ihrer Vorstellung der Lichtwelt am nächsten. Durch das rituelle „Untertauchen“ erreichen sie die Vergebung der Sünden, die Heilung von Krankheiten und die Vertreibung von Dämonen.

Die mandäische Taufe findet traditionell in einem fließenden Gewässer („Jordan“ genannt) statt. Im weißen Gewand, das für den Gläubigen aus sieben und für den Priester aus neun Stoffteilen besteht, wird der Gläubige von einem Priester in das Wasser geführt. Das Leben hält ihrem Glauben nach für einen Augenblick inne, um nach der Taufe frisch und klar von neuem zu beginnen. Beten, Fasten und die Fürsorge für andere sind weitere wichtige Pfeiler dieser Religion. Der Mandäismus ist keine missionarische Religion. Es existiert kein Gesetz, das den Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft das Übertreten zu einer anderen Religion verbietet oder Angehörigen anderer Religionen das Konvertieren zum Mandäismus verwehrt oder aber gebietet. Durch Heirat oder Zwangsheirat bzw. Zwangskonvertierung verlieren Mandäer jedoch ihre Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft.

Menschenrechtsverletzungen

Für die muslimische Mehrheitsbevölkerung gelten die Mandäer nicht als eine im Koran erwähnte „Buchreligion“ und genießen daher nicht den Schutz der islamischen Gemeinschaft. Auch Christen respektierten ihre Religion nicht. So versuchten portugiesische Missionare im 19. Jahrhundert, die mandäische Gemeinde im Irak nach Muskat, Goa oder Ceylon umzusiedeln, um sie leichter zum katholischen Glauben bekehren zu können.

Nach dem Machtantritt von Saddam Hussein 1979 sahen sich die Mandäer verstärkt Anfeindungen ausgesetzt: Von 1991 bis 1993 wurden die in den Marschen (Sumpfgebiete im Süden des Irak) lebenden Mandäer Opfer eines Vernichtungsfeldzuges. Das Regime ging mit brutaler Härte gegen die Bevölkerung in den Sümpfen zwischen Basra, Samara und Nasirija vor. Davon waren insbesondere die „Marscharaber“ betroffen, eine Gruppe, die seit 5.000 Jahren in den Marschgebieten lebte. Als nach Aufständen der Schiiten in der Folge des 2. Golfkrieges 1991 zahlreiche Aufständische und Deserteure in das unwegsame, 150.000 qkm große Gebiet fluchteten, nahm Saddam Hussein dies zum Anlass, die gesamte Region trocken zu legen. Davon

waren auch die Mandäer betroffen. Die Mandäergemeinde in den Marschgebieten schrumpfte von 5.000 bis 7.000 Mitgliedern auf 1.000 bis 2.000. Außerdem wurden die Zentren ihrer Kultur zerstört. Sie verloren ihre Heimat, in der sie nachweislich seit dem 5. Jahrhundert n. Chr. gelebt hatten. Überlebende flüchteten in die größeren Städte des Irak.

Seit dem Sturz Saddam Husseins 2003 ist die Situation der Mandäer noch bedrohlicher geworden. Morde an Mandäern, Vergewaltigungen von mandäischen Frauen und Mädchen, öffentliche Demütigungen, Entführungen und Zwangskonvertierungen haben seit 2003 zugenommen. Im Irak wird die Vergewaltigung einer Mandäerin nicht bestraft, denn nach muslimischer Überzeugung geschieht dies zur Läuterung der Ungläubigen. Des Weiteren nehmen diskriminierende Maßnahmen und Schikanen gegen Mandäer zu: grundlose Entlassungen, Enteignungen, Verhaftungen und Ausschluss aus Regierungsämtern. Die Frauen werden zum Tragen von Kopftüchern gezwungen. Junge Männer mussten während des letzten Irakkrieges den Militärdienst antreten, obwohl ihnen ihre Religion das Töten kategorisch verbietet. Mittlerweile sehen sich Mandäer nicht selten gezwungen, ihre Religion und Tradition zu leugnen, was in ihren Lehren als eine der größten Sünden eingestuft ist. Sie konvertieren „freiwillig“ zum Islam und nehmen aus Angst vor Verfolgungen und Demütigungen muslimische Namen an. Der Shiiten-Führer und Jurist Ayatollah Al-Hakeem verbreitete 2003 auf seiner Homepage die Meinung, dass die Mandäer entweder getötet oder zum Übertritt zum Islam gezwungen werden müssten. Hunderte mandäische Familien sind inzwischen in die Nachbarländer Syrien und Jordanien geflohen, wo sie unter erbärmlichen Bedingungen leben.

Mittwoch, 17. September 2014: Impressionen und Gespräche



IMPRESSIONEN BEIM BISCHOFSHAUS IN ERBIL

Das Quartier rund um das Bischofshaus in Erbil, nur zwei Straßenzüge von unserem Hotel entfernt, vermittelt ein Kontrastbild zu der vitalen Großstadt mit ihrem von modernen Fahrzeugen belebten Straßenverkehr und ihren einen immensen Bauboom bezeugenden Neubauquartieren. Hier wird auf begrenztem Raum exemplarisch das Ausmaß der Vertreibungskatastrophe sichtbar. Auf den Anlagen zwischen Bischofshaus und St.-Josephskirche drängt sich Zelt an Zelt. Rund 2.000 Menschen sind hier untergebracht. Ein Blick in die Zelte macht deutlich, dass diese Menschen alles verloren haben – Matratzen, Decken, ein paar wenige Habseligkeiten, das ist alles, was sie besitzen. Immerhin: Sie sind fürs Erste versorgt. Sie haben einen trockenen Platz zum Leben und zum Schlafen, auch wenn es ohne Klimaanlage in den Zelten tagsüber brütend heiß ist. Sie bekommen Nahrungsmittel; auf den Kochstellen, die den Familie zur Verfügung stehen, können sie

sich selber ihre Mahlzeiten zubereiten. Trinkwasser gibt es an einer zentralen Ausgabestelle. Kinder spielen und toben mit scheinbar ungebrochener Lebensfreude umher. Dazwischen allerdings sieht man auch Kinder, die sich still in eine Ecke zurückziehen. Eine Mutter mit zwei kleinen Mädchen erzählt uns, dass sie und die Kinder zwei Wochen lang in der Gewalt der IS-Schergen gewesen seien. Eine andere Frau bit-



tet uns, ihr bei der Wohnungssuche zu helfen. Ihr Mann, der neben ihr steht, hat ein Bein verloren und stützt sich mühselig mit Krücken ab. Für ihn und andere behinderte Menschen ist das Leben im Provisorium sehr beschwerlich.



Auf der anderen Seite, gegenüber dem Bischofshaus, steht der Rohbau eines großen Einkaufszentrums, den Erzbischof Warda für die Flüchtlinge angemietet hat. Im Hochparterre sind Wohnkabinen mit festen Wänden errichtet worden – drei mal sechs Meter groß, für je etwa zwei bis drei Familien. Ihre Matratzen liegen auf dem blanken Betonboden, die Wände sind unverputzt. Etwa 1.200 Menschen leben auf dieser Ebene. In der Tiefgarage, in die im Gegensatz zur oberen Ebene kein Tageslicht gelangt, sind die Bereiche nur durch lose Plastikvorhänge abgeteilt. Der Gestank ist infernalisch. Hier drängen sich ebenfalls rund 1.200 Menschen.

Auch hier sind die Menschen mit dem Nötigsten versorgt. Es gibt zentrale Wasch- und Duschkabinen, einen Küchenbereich mit einzelnen Kochstellen. Aber das Entscheidende fehlt diesen Menschen: die Hoffnung, dass dieses elende Leben irgendwann und irgendwie wieder auf eine bessere Zukunft hingeht.

Als ich mit Karl Ammann, den ich wegen seiner Arabischkenntnisse um Begleitung bitte, in den Rohbau hineingehe, werden wir sofort von einer erregten Menschenmenge umringt. „Unsere Kinder und wir haben keine Zukunft

mehr“, sagt ein Mann, der seit seiner Flucht aus einem christlichen Dorf vor vielen Wochen dasselbe Gewand auf dem Leib trägt. „Wohin sollen wir gehen?“ Ein Greis, der daneben steht, sagt: „Man will uns hier nicht mehr, und niemand hilft uns.“ Sie haben alles verloren. Aber das Schlimmste ist vielleicht: Sie haben mit ihrer Heimat auch die Hoffnung verloren. Was einem Menschen äußeren und inneren Halt und Geborgenheit geben kann, wurde zunichte gemacht. Das Vertrauen ist zerstört – zu den einstigen muslimischen Nachbarn, zu den Kurden, die sie in ihrer Stadt und ihrer Provinz aufgenommen haben; auch zu den Verantwortlichen der Kirche, die ihn doch eigentlich sehr entschlossen helfen. Sie wollen fort aus diesem Land, in dem ihnen so Schlimmes zugefügt worden ist. Dem Wunsch der Kirchenoberen, die Menschen möchten doch im Land bleiben, begegnen zumindest die Menschen hier mit großem Misstrauen: man wolle doch nur den Stuhl retten, auf dem man sicher sitze.

Ich fühle mich in dieser Situation sehr hilflos. Die Menschen haben uns gebeten, dass wir zuhause von ihnen berichten, damit sie nicht vergessen werden. Das ist das einzige, was wir ihnen versprechen können.





„WIR SIND STOLZ AUF UNSER LAND. UND WIR WOLLEN IN WÜRDE HIER BLEIBEN“ – GESPRÄCH MIT DEM SYRISCH-KATHOLISCHEN ERZBISCHOF VON MOSUL, PETROS MOSHY

„Wir sind die Ureinwohner von Mesopotamien. Wir sind friedliche Menschen. Und wir möchten in Würde hier bleiben.“ Immer wieder hören wir dies. Auch von unserem ersten Gesprächspartner an diesem Tag, Petros Moshy, dem Mosuler Erzbischof der mit Rom unierten Syrisch-Katholischen Kirche.

Von den rund 45.000 Gläubigen seiner Kirche in den Diözesen Mosul und Kirkuk leben etwa 35.000 in Qaraqosh südöstlich von Mosul, die übrigen in anderen Gegenden des Nordirak. Nach einem ersten Angriff des IS auf Qaraqosh, so erzählt der Erzbischof, seien viele geflohen;

nur etwa 1.000 Menschen seien mit ihm zurückgeblieben; nachdem dank der Präsenz der Peschmerga wieder Ruhe eingekehrt sei, seien viele zurückgekehrt. Dann der zweite Angriff – in der Schicksalsnacht vom 5./6. August, dem die Peschmerga trotz zunächst gegenteiliger Zusicherung nicht standhalten konnten. Sieben Menschen seien ermordet, Frauen entführt worden. Viele seien aus Angst nach Ankawa geflohen. Auch er sei um zwei Uhr am Morgen mit dem Rest seiner Mitchristen dem Rückzug der Peschmerga zuvorgekommen und geflohen – mit nichts als seinem Pass und den Kleidern, die er trug. Um 4.30 Uhr habe dann der IS Qaraqosh gestürmt.

In Erbil sei die Lage dramatisch gewesen. Manche seien bei Verwandten untergekommen; er selbst habe in einem Haus mit sieben Familien

Zuflucht gefunden, man habe wegen des beengten Platzes abwechselnd schlafen müssen. Man habe die Bischöfe hier um Hilfe gebeten, Unterkunft organisiert, Schulen belegt. Aber die Lage nach sei wie vor dramatisch. Viele lebten auf der Straße. Es gäbe Hotels und andere Häuser zu mieten, aber die Leute hätten kein Geld für die Miete. Man müsse dringend Unterkünfte für sie besorgen, besonders mit Blick auf den bevorstehenden Winter. Winterfeste Quartiere seien bislang nicht in Aussicht, lediglich Sommerzelte seien bereitgestellt worden. Die jetzige Situation habe mit Menschenwürde nichts zu tun. Eine koordinierte Hilfe könne er bislang nicht erkennen.

Wie es weitergehen soll, ist für Erzbischof Petros Moshy völlig ungewiss. Natürlich besteht



die Hoffnung, möglichst bald wieder nach Hause zu kommen. Aber ob die Dörfer zurück erobert werden können, ist völlig ungewiss. Und wenn, dann müssen man davon ausgehen, dass alle vermint sei. Auch die Infrastruktur, die Wasser- und Stromversorgung sei zerstört.

Zerstört sei aber vor allem das Vertrauen. Die christlichen Dörfer seien von schiitischen und sunnitischen Nachbarn umgeben gewesen. Die Beziehungen seien immer gut gewesen. Aber nun hätten sich die sunnitischen Bewohner mit dem IS zusammengetan, und dieser habe keinerlei Achtung vor dem Leben anderer. „Wie kann ein anderer Mensch mich zwingen, zum Islam überzutreten? Mit welchem Recht kann man unsere Frauen als Eigentum betrachten? Alles rauben, was Christen oder Schiiten gehört?“ Dass Sunniten ihren bedrängten Nachbarn geholfen hätten, sei ihm nicht bekannt.

Eine Rückkehr sei also nur möglich, wenn internationaler Schutz gewährleistet sei. Eine internationale Schutzzone müsse errichtet werden, die auch Mosul einschließe und die den Christen ein Leben in Menschenwürde und auf der Basis von Menschenrechten ermögliche. Sie wollten nicht mehr Menschen zweiter und dritter Klasse sein. Das sei nur mit Hilfe der USA bzw. einer westlichen Allianz möglich. Allerdings sei es enttäuschend gewesen, dass die USA erst mit Luftschlägen interveniert habe, als sich die Peschmerga zurückgezogen hätten.

Wie stehen die Chancen, die einstigen Wohngebiete zurück zu erobern? Die Peschmerga habe dies zugesichert, aber bislang geschehe

nichts. Auch Jugendliche aus den eigenen christlichen Reihen seien bereit, eine Miliz zu gründen und auf der Seite der Peschmerga zu kämpfen. Allerdings seien sie überhaupt nicht an Waffen ausgebildet. Es wäre Aufgabe des Staates gewesen, sie zu beschützen, sagt der Erzbischof. Aber der irakische Staat habe völlig versagt; das Vertrauen in die staatlichen Organe sei restlos erschüttert. Jetzt seien sehr viele der Vertriebenen ungeduldig und wollten in sichere Länder ausreisen. Wie viele bereits den Weg in den Libanon oder nach Jordanien gefunden hätten, sei ihm nicht bekannt. Für die meisten allerdings sei dies sehr schwierig, ja fast unmöglich, weil sie kein Geld und rund drei Viertel von ihnen nicht einmal mehr Ausweispapiere hätten. Auch fehle andernorts die Aufnahmebereitschaft.

Fast verzweifelt bittet der Erzbischof uns – gleichsam als Repräsentanten der westlichen Welt – zu bleiben und die Verfolgten zu schützen. Und er fügt hinzu: „Wenn Sie uns nicht beschützen können, dann eröffnen Sie uns wenigstens einen Weg, unser Land zu verlassen, und ermöglichen Sie uns, in Ihrem Land zu leben.“ Es falle ihm schwer, dies als Bischof zu sagen. Und noch schwerer würde es für ihn sein, seinem Land und seiner Kultur den Rücken zu kehren. „Wir wollen das alle nicht. Wir sind die Ureinwohner von Mesopotamien, die Ureinwohner des Irak. Wir sind friedliche Menschen. Wir sind stolz auf unser Land. Wir wollen in Würde hier bleiben und leben.“

HASEM TAHSIN BEG – BEGEGNUNG MIT EINER AUTORITÄT DER YEZIDEN

Bereits während der letzten Gesprächsrunde mit Erzbischof Petros Moshy war Hasem Tahsin Beg zugegen. Der Titel Beg weist ihn als Prinzen aus, und er selbst stellt sich als Sohn des weltweit höchsten Führers der Yeziden vor, Mir Tahsin Saied Beg.

Yeziden, so berichtet er, sind Angehörige einer seit 3.000 Jahren bestehenden monotheistischen Religion, die sie als eine der ältesten der Welt betrachten. Sie leben in Armenien, Schweden, Irak, Iran und Syrien, aber auch in den USA, in Deutschland und Schweden. Nach seiner Zählung leben rund 600.000 im Irak, davon – bislang – knapp 400.000 in Sinjar. Weltweit gebe es rund 7-800.000 Yeziden.

Als eine menschliche Katastrophe bezeichnet es der Prinz, was nach dem Fall von Mosul und der Einnahme von Sinjar am 4. August 2014 durch den IS geschehen ist. Hunderte seien unmittelbar ermordet worden, Tausende auf der Flucht ins Sinjargebirge gestorben – genaue Zahlen gebe es nicht. Etwa 3.000 bis 4.000 Mädchen und Frauen (später erfahren wir von anderen seriösen Gesprächspartnern, es seien mindestens 5.000) seien in die Hände der Dash gefallen, wie die IS-Krieger genannt werden. Man wisse, dass sie zunächst nach Mosul in ein Gefängnis namens Madush gebracht worden seien. Später wurden sie – „je nach Alter und Zustand“ auf einem für jeden zugänglichen Mädchenmarkt verkauft, nach Mosul und Tall’Afar, im Durchschnitt für rund 200 Dollar.

Die jungen und hübschen Mädchen und Frauen seien an die Prinzen und Kalifen übergeben worden.

Die vertriebenen Yeziden leben heute in Erbil, in Dohuk und in Sulaymaniyah. Wir werden sie wenige Tage später sehen: in notdürftigen Zelten und Verschlagen entlang den Straßen, unter Brücken, in Rohbauten, in für sie zunächst geräumten Schulen. Nur ein kleiner Teil ist im zentralen Heiligtum der Gemeinschaft in Lalish untergekommen.

Wer die nach ihrer Flucht im Sinjargebirge eingekesselten Yeziden befreit hat, darüber gibt es unterschiedliche Aussagen. Es waren womöglich Kämpfer der verbotenen türkisch-kurdischen PKK, die für die unbeschreiblichen Strapazen ausgesetzten Yeziden einen Korridor nach Syrien freigekämpft haben, von wo aus sie dann ins nordirakische Kurdistan gelangten.

„Was hier passiert ist, ist unbeschreiblich“, sagt Hasem Tahsin Beg. Dies sei die 73. Verfolgung seit dem Bestehen der yezidischen Religion; aber diese sei die schlimmste. Freilich hätten bereits 1970 Yeziden in Deutschland Asyl bekommen.

Wie sieht die Zukunft aus?

Natürlich habe die yezidische Religionsgemeinschaft insgesamt eine Zukunft, ist Hasem Tahsin Beg überzeugt; es seien genügend Menschen übrig. Aber um hierzubleiben, fehle jedes Vertrauen. Der Gast rechnet damit, dass etwa die Hälfte seiner Glaubensgenossen ausreisen will. Sinjar sei umgeben vom Islam.

„Die wollen uns hier nicht mehr“, sagt er. Deshalb sehen die Menschen ohne internationalen Schutz keine Zukunft im eigenen Land mehr und sind auf keinen Fall bereit, in ihre Dörfer zurückzukehren. Man dürfe sich auch nichts vormachen: Ohne die laizistischen Parteien im kurdischen Parlament, die die Yeziden beschützen, könnten diese keinen Tag länger hier bleiben. Und was den Schutz in ihrer Heimatregion um Sinjar angehe – nun, Kurdistan sei weit weg. Es gebe nur die Alternative: internationaler Schutz oder Aufnahme in europäische Länder. Wenn jedes Land 4.000 oder 5.000 aufnehmen würde ...



Zum Zeitpunkt des Gesprächs beschreibt Hasem Tahsin Beg die Situation als eine vollkommene Überforderung für die kurdische Regierung. Ohne internationale Hilfe müsse alles in eine Katastrophe münden. Desillusioniert fügt er allerdings hinzu, es habe seit dem 4. August viele Kontakte gegeben; die Außenminister von Frankreich und Schweden seien gekommen; viel Hilfe sei versprochen worden – aber geschehen sei bislang nichts. Die Vertriebenen kampierten in leeren Schulen – aber was sei mit

dem Unterricht sowohl für die Kinder der Einheimischen als auch für die Kinder der Vertriebenen?

So bleibt die Situation unübersichtlich und ambivalent. Es gibt einen starken Druck von mindestens 100.000 Yeziden, die ausreisen wollen. Die in Deutschland lebenden Yeziden, die ihre Glaubensbrüder mit rund 170.000 Euro unterstützt haben, drängen sie zu bleiben. Rund 2.000 junge Yeziden haben sich zu einer eigenen Miliz zusammengefunden, die gemeinsam mit rund 50.000 kurdischen Peschmerga gegen den IS kämpfen. Aber sie sind viel zu schwach ausgerüstet. Mit den privaten Waffen, die jeder Kurde besitzt, und mit Waffen, die sie über die Peschmerga erhalten, sind sie bereit, ihre Dörfer zu schützen. Aber sie müssten dringend aufgerüstet werden.

Schwierig gestaltet sich auch die Möglichkeit für die irakischen Yeziden, bei yezidischen Familien in der Türkei unterzukommen. Anfang August, so berichtet Hasem Tahsin Beg, sei die türkische Grenze für alle Passinhaber offen gewesen, seither allerdings sei der Grenzübertritt nur noch auf illegale Weise möglich. Blockiert die türkische Regierung? Oder gibt es für eine Kautions von 5.000 Euro doch die Möglichkeit, sich in die Türkei zu retten?

Es ist schwer, in dieser verworrenen Situation Fakten von Gerüchten zu unterscheiden und einigermaßen klar zu sehen ...

ERZBISCHOF YAKUB PAPAVI WEIST DEM WESTEN DIE VERANTWORTUNG ZU

Massive Beschuldigungen erhebt der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Mosul mit Sitz in Qaraqosh, Yakub Papavi, gegen eine nach seiner Meinung verheerend falsche Politik auf internationaler und ebenso auf nationaler Ebene, und zwar seit 2003, dem Jahr des Kriegs der USA und ihrer Verbündeten gegen Saddam Hussein. Oder noch einmal anders: Das eigentliche Problem bestehe nicht darin, dass es zu wenig Waffen gebe, sondern in der falschen Politik des Westens und der Großmächte insgesamt. Der aktuelle irakische Staat falle aus; er sei ein Instrument des Westens. Die Großmächte übten die Kontrolle über das Land aus. Und sie hätten nur zugeschaut, obwohl sie gewusst hätten, was passieren würde. „Alle reden sie von Menschenrechten“, beklagt der Erzbischof, „und haben nichts unternommen.“ Im Gegenteil: Die Menschen würden für politische Zwecke instrumentalisiert. So seien aus einstigen Nachbarn plötzlich Feinde gemacht worden.

Die Christen im Irak seien im Grunde die Opfer, die nach 2003 zwischen die Fronten der Araber und der Kurden geraten seien. Man habe das, was jetzt passiere, schon seit Jahren kommen sehen und auf eine Verbesserung der politischen Situation gewartet. Jetzt erlebe man hier, in ihrem „Urland“, einen Exodus der Christen, wie er bereits seit 1986 aus der Türkei erfolgt sei. Nur gehe jetzt alles viel schneller, weil



es bereits etablierte Gemeinden in Europa gebe, die ihre Glaubensbrüder aufnehmen.

Eine Lösung der Probleme bestehe nicht darin, zu wenig Waffen gegen den IS zu haben. Und sie bestehe nicht in der finanziellen Hilfe. „Die zerstörte Seele kann man nicht durch Lebensmittel ersetzen; die Würde ist weg, die Seele ist kaputt.“ Jetzt erlebe man das, was der IS wahrscheinlich letztlich gewollt habe: den Exodus der Christen.

Genau dagegen aber wendet sich Erzbischof Yakub vehement: „Wir sprechen von unserem Mutterland. Wir lieben unsere Mutter nicht nur, wenn sie schön anzusehen ist. Wir lieben sie ausschließlich, weil sie unsere Mutter ist.“ Das heißt für ihn: „Wir haben die Pflicht, das Land zu lieben und zu verteidigen. Und wir haben das Recht, darin zu wohnen und zu leben.“

Was sind nun die Forderungen und die Erwartungen des Erzbischofs?

„Wir brauchen Leute, denen wir vertrauen können.“ Das bedeutet: klare Aussagen, wie die Regierung die Christen schützen will und kann. Das geht nur mit der Zentralregierung zusammen. Und das geht nur von innen. Jede ausländische Intervention würde als Besatzung erlebt und verstanden.

Ist das aber von der derzeitigen Zentralregierung in Bagdad zu erwarten? Bis jetzt ist sie nicht in Erscheinung getreten. Auch Hilfen und Gelder aus dem Ausland, die an die Zentralregierung gegangen sind, sind nicht angekommen. Es gibt keine andere Erklärung, davon ist der Erzbischof überzeugt, als dass die Zentralregierung mit dem IS zusammenarbeitet. Das

deckt sich mit seiner Vermutung, dass der Exodus der Christen, wie ihn der IS zu erzwingen versucht, auch politisch gewollt ist.

Daraus spricht eine enorme Verbitterung. „Der Schmerz ist nicht, in einem Zelt zu schlafen. Der größte Schmerz ist, von unserer Regierung, von unserem eigenen Vater, verlassen worden zu sein.“ Das drücke sich etwa in der Verfassung von 2005 aus, die auf der Basis der Scharia festschreibe, dass im Irak kein Christ Präsident werden dürfe.

Die Forderung von Erzbischof Yakub Papawi ist einerseits klar, andererseits seltsam. Klar ist: „Wir wollen unsere eigenen Rechte in unserem eigenen Haus haben. Derzeit vermissen wir die Rechte in unserem eigenen Land. Auch wenn wir Gott danken, dass unsere Leute [sc die syrisch-orthodoxen Christen] nicht umgebracht worden sind wie die anderen [christlichen und yezidischen Minderheiten].“ Also: „Aus meiner Sicht: was wir wirklich brauchen, ist Sicherheit und Menschenwürde.“ Das ist die Grundvoraussetzung für ein weiteres Leben der Kirche im Irak und auch dafür, dass die Kirchenoberen ihre Verantwortung wahrnehmen können: „Wir müssen weiter Schäfer sein, und was macht ein Schäfer ohne Schafe? Sonst werden wir ausgerottet und weiter ausgelöscht ...“

Aber auf welche Zentralregierung (über die kurdische Regierung verliert der Erzbischof kein Wort; sie scheint für ihn keine für die Zukunft konstitutive Rolle zu spielen) setzt er seine Hoffnung und richtet er seine Erwartungen? Die derzeitige Regierung kann es wohl

nicht sein bei allem, was er an Vernichtend-Enttäuschtem über sie sagt. Immer wieder kommt es zum Vorschein: der Sündenfall der falschen Politik des Westens 2003 und danach und das Versagen der Vasallenregierung in Bagdad.

War vorher alles besser? Es scheint so: „Das Leben verlangt immer mehr Sicherheit. Vor 2003 war die Sicherheit sehr stark, weil die Regierung stark war.“ Freilich: „Es gab auch negative Dinge. Ein Familienvater hat nur drei Dollar verdient. Man hat nicht alles gehabt ...“

Die Ausführungen des Erzbischofs werfen viele Fragen auf. Entsprechen sie der gemeinsamen Position aller Oberhäupter der orientalischen Kirchen? Und ist das Argumentationsmuster nicht aus anderen geschichtlichen Beispielen bekannt?: „Es war zwar nicht alles in Ordnung, aber doch insgesamt irgendwie besser oder zumindest nicht nur schlecht ...“ Gewiss: der Irakkrieg, den die US-Regierung unter George W. Bush mit erlogenen Begründungen geführt hat, hat sich immer schon und erst recht im Rückblick als Fehler mit verheerenden Folgen erwiesen. Aber entsprechen derart einseitige Schuldzuweisungen und Kausalitätskonstruktionen für die heutige Misere den Fakten?: „Jetzt haben wir das Ergebnis dessen, dass der Westen sich 2003 eingemischt hat. Und die dumme Politik hatte das zu diesem Zeitpunkt nicht gesehen.“ Und wer könnte die schlimmen Folgen übersehen: „Jetzt sind wir im 21. Jahrhundert, und trotzdem kann man Frauen auf einem Basar kaufen.“



Nicht von ungefähr äußern Kurden immer wieder auch Misstrauen gegenüber Christen. Sie waren in den angeblich so sicheren Zeiten vor 2003, an die der Erzbischof erinnert, schlimmsten Verfolgungen und Leiden ausgesetzt.

Misstrauen scheint überhaupt die Grundstimmung zu sein – auch unter den Minderheiten. Wären die Minderheiten nicht erfolgreicher, sie würden gemeinsam Forderungen an die Regierung richten?, wird gefragt. Es fehlen Wahrheithaftigkeit und Aufrichtigkeit, lautet die Antwort. Es braucht Klarheit, wer wohin gehört und wer wofür verantwortlich ist.

Ist die Konsequenz jetzt eine neue Diskussion über eine Regionalisierung des Irak nach ethnischen und religiösen Gruppen, wie sie die Kurden für ihre Region erkämpft haben?

Die Idee sei gut, meint der Erzbischof. Aber sie komme zu früh.

INITIATIVEN DES UNHCR

Einen eigentümlich hilflosen Eindruck hinterlassen die Vertreter des UNHCR, die nächsten Gesprächspartner. Nasir Abdel Fernandes, der gemeinsam mit seiner Kollegin Leyla Nugmanova die Bemühungen der UN-Flüchtlingsorganisation vorstellt, rechtfertigt sich gleich eingangs damit, dass er erst seit sechs Wochen als Verantwortlicher vor Ort ist. Er scheint angesichts der Dimensionen der Katastrophe zunächst völlig überfordert zu sein.

Mr. Fernandes stellt zunächst die Zahlen vor Augen: Allein in der Region leben derzeit rund 200.000 Flüchtlinge aus dem benachbarten Syrien. Im eigenen Land vertrieben sind rund 850.000 Menschen, davon etwa eine halbe Million in der Region Dohuk, die anderen in der Region um die Provinzhauptstadt. Weit über eine Million Flüchtlinge und Internal Displaced Persons also im Norden Iraks. Er äußert sich sehr anerkennend über die Zusammenarbeit mit der einheimischen Mehrheitsbevölkerung und deren große Aufnahmebereitschaft.

Was die Arbeit des UNHCR vor Ort angeht, so wird nicht ganz deutlich, ob sich die Ausführungen seiner beiden Repräsentanten auf bereits



faktisch Geschehendes oder auf in Aussicht genommene Vorhaben bezieht: Es geht zunächst in allererster Linie darum, die Menschen zu schützen und Leben zu retten. Schutzhäuser für Frauen und Kinder müssen errichtet werden, Camps erbaut und eingerichtet, Lebensmittelpakete verteilt, Wasseraufbereitung organisiert werden. Die vielen Kinder benötigen nicht nur Versorgung, sondern auch Unterricht. Die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, Wohnungen zu mieten und Arbeit zu finden.

Dringend erforderlich ist der Informationsaustausch mit den zuständigen Ministerien und gesetzliche Regelungen zum Schutz der Menschen. „We are struggling“, sagt der UNHCR-Mann.

Ein Problem für den UNHCR ist es auch, dass er gemäß seinem Auftrag wohl für die syrischen Flüchtlinge im Land zuständig ist, nicht aber für die Binnenvertriebenen, die keinen Flüchtlingsstatus haben, derzeit aber am dringendsten auf Hilfe angewiesen sind.

Die meisten von ihnen haben keine Ausweise, und es ist jetzt die größte Herausforderung, sie zu registrieren, um ihre Versorgung sicherzustellen, um Arbeitsaufnahme, einen legalen Aufenthalt oder auch die von vielen gewünschte Ausreise zu ermöglichen. Die Kirchen hätten hier starke Unterstützung zugesagt; die meisten Christen seien bereits registriert, vermutet er – was allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht den Tatsachen entspricht. Auch für die Unterbringung im Rahmen von Resettlement-

Programmen sind Identitätspapiere unerlässlich.

Derzeit, so berichten Mr. Fernandes und seine Mitarbeiterin, seien sechs mobile Teams mit insgesamt rund 25 Fachleuten außerhalb der Camps im Einsatz, um Dokumentationsprobleme zu lösen, bei der Wohnungssuche zu helfen, Unterstützung bei der Beschaffung von Mikrokrediten zu leisten und besonders bedürftigen Familien mit Geldleistungen zu helfen. 300 Familien erreiche man bislang damit.

Die gesamte organisatorische Infrastruktur sei noch im Aufbau, ebenso eine verlässliche, datenbasierte Dokumentation des Bedarfs, erläutert der UNHCR-Vertreter und beantwortete damit kritische Fragen seiner Zuhörerinnen und Zuhörer: Warum die Vertreter seiner Organisation nur in den Büros seien und nicht draußen bei den Leuten; wo Ärzte und Therapeuten seien; was mit den jungen Leuten sei, die untätig und ohne Möglichkeit von Schulbesuch, Ausbildung, Arbeit seien. Warum angesichts des nahen Winters von den rund 26 benötigten Camps noch so gut wie nichts zu sehen sei, nicht einmal Erschließungsvorbereitungen.

DR. SALAH AHMAD VOM KIRKUK-ZENTRUM FÜR TRAUMATISIERTE FLÜCHTLINGE, ...

... der bereits am Vorabend als Gesprächspartner zur Verfügung gestanden hatte und der jetzt erneut zu den Gästen aus Deutschland gekommen war, forderte, der UNHCR solle ihm in zwei Camps Räume zur Behandlung von Gewaltopfern zur Verfügung stellen. Erneut be-

klagte er die bürokratischen Hürden v. a. der internationalen Organisationen, die eine effektive Zusammenarbeit verhinderten, räumte aber auch ein, diese seien durch das überraschende Ausmaß des Angriffs völlig überfor-



dert.

Nach einem kurzen Statement eines Vertreters der 1992 gegründeten Caritas Iraq mit Sitz in Bagdad, in der derzeit etwa 120 Mitarbeitende und zahlreiche Freiwillige engagiert sind, führt Salah Ahmad seine Ausführungen vom Vorabend fort und skizziert seine Vision einer Zukunft für die derzeit vertriebenen Minderheiten der Christen, Yeziden und Schiiten, aber auch ebenfalls verfolgter Sunnien.

Niemand habe mit einer solchen Eruption der Gewalt gerechnet, die von den Terroristen des IS ausgehe, da diese keine Angst vor dem Tod

hätten, sondern im Gegenteil als Martyrer das Paradies erwarteten.

Aber sein Therapieansatz lautet: Es muss weitergehen.“ Und zwar entsprechend der Situation in den Vertreibungsgebieten, die zu den ärmsten Regionen Kurdistans gehören. 90 Prozent der Bevölkerung seien einfache ungebildete Leute. Andererseits sei das Land in der Niniveebene sehr fruchtbar. Das bedeute: Eine erfolgreiche Struktur, die diesen Menschen gerecht werde, liege in der Landwirtschaft. Das habe auch eine lange Tradition. Während der Irak heute zu 80 Prozent auf Import angewiesen sei, seien vor der Zeit Saddam Husseins 70 Prozent der Erzeugnisse des Landes exportiert worden, v. a. Zitrus- und Ackerfrüchte, Schafe, Wolle. Erst Saddam Hussein habe dies alles zerstört. Jetzt gehe es darum, an diesen Voraussetzungen anzuknüpfen und landwirtschaftliche Projekte aufzubauen, die bereits kurzfristig ertragreich seien und für mehr Unabhängigkeit im landwirtschaftlichen Bereich sorgten. Dafür eigne sich vor allem der Anbau von Zitrusfrüchten. Ein Komitee aus Landwirtschaftsexperten müsse dafür ins Leben gerufen werden – in Zusammenarbeit und unter Einbeziehung der Regierung, aber keinesfalls unter deren Federführung. Deren Überforderung zeige sich ja u. a. darin, dass sie es noch nicht einmal geschafft habe, die verschleppten Mädchen und Frauen zu registrieren.

Damit kommt Dr. Ahmad wieder auf sein Kernthema zu sprechen: Gewalterfahrung und Traumatisierung. Auch unter Saddam Hussein

habe es Grausamkeiten gegeben. Der Unterschied sei jedoch, dass jetzt alle betroffen seien. „Man erlebt Gewalt in einer Grausamkeit, wie man so etwas zuvor noch nie erlebt hat“, sagt der Therapeut. Öffentliche Massenhinrichtungen würden inszeniert, von Jugendlichen als Spiel nachgeahmt. Scheinhinrichtungen zerstörten die Psyche der Menschen. Der IS verbreite Angst und Schrecken auch durch eine perfekt inszenierte Internetpropaganda, in der u. a. gezeigt werde, wie IS-Kämpfer mit den Köpfen von Enthaupteten Fußball spielen. Die Menschen, denen er als Therapeut begegne, hätten zum Teil Gewalterfahrungen erlebt, über die er nicht sprechen könne. Familienangehörige und selbst kleine Kinder müssten damit leben, wie ihre Nächsten vor ihren Augen ermordet worden seien. In Mosul, sollte man dorthin wieder Zugang bekommen, werde

man eine Massentraumatisierung erleben, wie man sie zuvor noch nie gesehen habe.

„WIE EIN SCHMUTZIGER GERUCH“

In jedem Menschen, so Salah Ahmad, gebe es einen Anteil von Sadismus. Doch erlaubten Erziehung, Moral, Kultur es nicht, dies auszuleben. Es seien gerade unterprivilegierte Menschen, die bislang eine autoritäre, erniedrigende Behandlung erfahren haben, die besonders für Gewalt anfällig seien, wenn Macht freigesetzt und ihnen ermöglicht werde, mit Menschen umzugehen, wie sie wollen. Die IS-Scherzen mit ihrem unvorstellbaren Sadismus seien zu Hause häufig Versager gewesen. Jetzt werden sie nach 40 Morden zu „Fürsten“. Sie genießen es, in der Hierarchie dieses Systems etwas zu gelten und andere Menschen nach ihren eigenen Regeln zu behandeln.



Eine religiöse oder ideologische Motivation vermag Ahmad nicht zu sehen. Dieser Terror sei importiert und habe mit irakischer oder kurdischer Kultur nichts zu tun. Massive Vorwürfe richtet er an die Nachbarstaaten: Saudi-Arabien, Qatar, die Türkei hätten den IS geradezu aufgebaut.

Auf 23 Jahre Erfahrung als Therapeut blickt Salah Ahmad zurück. Tausende Menschen habe er gerettet, indem er ihnen geholfen habe wieder leben zu lernen und als Paare und Familien wieder zu einander zu finden. Gerade die Therapien von Paaren und Familien seien lange andauernde Prozesse. Geheilt werden können Traumatisierungen nach seiner Erfahrung nicht; wohl aber können Menschen befähigt werden, mit den Traumata zu leben oder sogar anderen Menschen bei ihren Traumata zu helfen.

Auch von den Belastungen dieser Tätigkeit spricht Ahmad. Gerade junge Therapeuten seien manchmal stark überfordert – zumal nur wenige seiner mitarbeitenden Psychologen speziell ausgebildete Traumatherapeuten seien. „Wie viele solch schrecklicher Geschichten kann man nach einem Tag mitnehmen? Eine einzige oder acht oder ...?“ Er selbst hilft sich, indem er, wenn er in Berlin ist, nach der Arbeit nicht nach Hause fährt, sondern in seinen Garten und dort laute Musik hört. Im Irak fährt er mit dem Auto in die Berge ... „Es ist wie ein schmutziger Geruch, den man loswerden möchte. Aber am nächsten Morgen kommt er wieder.“

ARCHIMANDRID EMANUEL YOUKHANA: „WIR SIND GLÜCKLICH, UNSEREN LEUTEN HELFEN ZU KÖNNEN, ABER WIR SIND NOCH GLÜCKLICHER, WENN SIE KEINE HILFE BENÖTIGEN.“

Breiten Raum nimmt am Nachmittag auch das Gespräch mit Archimandrit Emanuel Youkhana von der Assyrischen (auch Apostolischen) Kirche des Ostens. Der vollständige Name dieser nicht mit Rom unierten, selbständigen und autokephalen Kirche lautet „Heilige Apostolische und Katholische Assyrische Kirche des Ostens“. Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte im Zuge der christologisch-dogmatischen Auseinandersetzungen in der antiken Kirche werden sie auch als „Nestorianer“ bezeichnet, was sie selbst jedoch eher zurückweisen.



Youkhana ist auch Leiter des 1993 gegründeten „Christian Aid Programm Nohadra Iraq“ (CAPNI), einer lokalen NGO in Dohuk und bewährten Partnerin von Caritas international und der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Zwei Millionen Euro Spenden habe CAPNI seit Ausbruch der Gewalt im Irak bereits eingenommen, und es sollte noch mehr werden, betont Emanuel Youkhana. „Wir sind glücklich, unseren Leuten helfen zu können, aber wir sind

noch glücklicher, wenn sie keine Hilfe benötigen.“

So hilft CAPNI: Man habe bereits 6.500 Lebensmittelpakete ausgegeben, vor allem in der Region Dohuk, wo er von rund einer halben Million Vertriebenen ausgeht – alle sehr arm. Auch die Opfer der Syrienkrise gehören zu den Adressaten der Hilfe. Man habe 673 Schulen für die vorläufige Unterbringung requiriert. Jetzt müsse man sich angesichts dieser von Menschen verursachten Katastrophe auf den nahen Winter vorbereiten. 14 Camps wolle man in der Region errichten. Der Schwerpunkt der Bemü-



hungen richte sich auf die „informal settlements“, die überall dezentral entstehenden notdürftigen Behausungen, in denen die Menschen noch schwerer zu erreichen sind als in den zentralen Unterkünften.

Aber die Hauptaufgabe liegt für den zeitweise auch in Wiesbaden lebenden Archimandrit nicht ausschließlich darin, alle Anstrengungen auf die Folgen der Katastrophe zu richten und individuelle Hilfe zu leisten, so sehr individuelle Not der individuellen Lösung bedürfe. Aber darüber hinaus und vor allem müsse es darum gehen, die Ursachen der Katastrophe anzugehen. Deren Wurzeln, so Youkhana, liegen nicht im Irak, obwohl dort derzeit der Brennpunkt ist. Sie stellen vielmehr ein internationales Problem dar und müssen auf dieser Ebene angegangen werden.

Tatsache sei, dass lange vor dem Islam im Irak fünf christliche Religionsgemeinschaften existierten, ebenso jüdische Gemeinden und die yezidische Religionsgemeinschaft. Dies sei national und international aus dem Bewusstsein verschwunden finde in keinem Lehrplan und keinem Schulbuch Niederschlag. Für die Gestaltung einer neuen Zukunft in diesem Land aber sei es von ausschlaggebender Bedeutung.

Was bedeutet das? Keine Kontingentlösungen, um die Auswanderung der jetzt verfolgten Gruppen zu unterstützen. Vielmehr: Unterstützung, dass Christen, Juden, Yeziden, Mandäer und andere im Land bleiben. Dies, so Emanuel Youkhana, sei seine dringende Bitte. Denn der Irak sei der einzige Ort auf der arabischen Halbinsel, in dem Araber und Muslime nicht die Mehrheit stellten.

Die „kollektive Lösung“, die er statt individueller Lösungen fordert, besteht daher in der Realisierung von „Resettlement“-Programmen,

also der Wieder- bzw. Neuansiedlung der verfolgten Minderheiten in eigenen Siedlungsgebieten.

Dies müsse auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben werden: Auf der politischen Ebene müsse für die genannten Gruppen das Recht auf ein Leben hier verfassungsrechtlich gesichert werden. Militärisch müsse die Peshmerga durch eine Allianz westlicher Verbündeter unterstützt werden, wie es u. a. durch die Luftwaffe der USA geschehe. Im Bereich von Erziehung und Bildung müsse ein neues Bewusstsein geformt werden. Für Jugendliche müsse ein Arbeitsmarkt geschaffen werden; NGOs, Jugend- und Frauenorganisationen müssen gebildet werden, die dafür sorgen, dass junge Menschen eine Ausbildung erfahren. Im Augenblick habe die humanitäre Hilfe Vorrang. Insbesondere müsse jede mögliche Initiative ergriffen werden, um die Gewalt zu stoppen. Aber für die Zukunft müsse es darum gehen, politische Rahmenbedingungen und Infrastrukturen zu entwickeln, die eine Zukunft im beschriebenen Sinne ermöglichen.

Teilen alle Kirchen im Irak diese Position? Archimandrit Youkhana sieht das Problem nicht im guten Miteinander der verschiedenen Kirchen, sondern darin, dass diese ihren Einfluss in die Gestaltungsmöglichkeiten des Parlaments einbringen. Christen in die Politik – das ist sein Petition.

Und das Verhältnis zu den anderen Religionen, den Yeziden, den Mandäern? Die seien älter als Christentum und Islam, obwohl sie im Laufe der

Zeit aus beiden Religionen Bestandteile übernommen hätten. Sie seien eine „hermetische“ Religion – allein aus religiösen Gründen sei der Zugang nicht leicht. Aber auf jeden Fall gelten ihnen die „Opfer-Sympathie“.

Und der Islam? Wie ist das Verhältnis zu den Vertretern eines „anderen“, vielleicht sogar des „wirklichen“ Islam?

Youkhanas Antwort sollten wir auch bei anderen Partnern immer wieder begegnen: Was ist denn dieser angeblich „andere“, „wirkliche“ Islam. Durch wen wird er repräsentiert? Beanspruchen nicht auch die im saudischen Wahabismus verankerten Muslime, die die Welt mit Fanatismus und Gewalt in Atem halten, der „wahre“ Islam zu sein? Auch sieht Youkhana Differenzen in den Positionen von Klerus und Politikern.

Auf jeden Fall: In „Runde Tische“ setzt er wenig Vertrauen.



**IM FOKUS DER SORGE: DIE YEZIDEN – GESPRÄCH MIT
DEM AMTIERENDEN GENERALKONSUL DR. OLIVER
SCHNAKENBERG**

Der Weg führt die Reisegruppe aus Schwaben am Abend noch in den Amtssitz des amtierenden Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in der irakischen Kurdenprovinz, Dr. Oliver Schnakenberg.

Im Mittelpunkt der Sorge steht das Schicksal der aus Sinjar und dem umliegenden Gebiet vertriebenen Yeziden. Von 750.000 spricht er, die sich im Raum Dohuk aufhalten – die größte Zahl, die bisher in diesem Zusammenhang genannt worden ist. Die yezidischen Vertriebenen sind, soweit sie nicht entlang den Straßen, in Rohbauten, in behelfsmäßigen Unterkünften kampieren, vor allem in öffentlichen Schulen untergebracht. Die einheimische Bevölkerung in der Region ist durch die große Zahl der

Schutz suchenden Menschen in ihrem Alltagsleben stark eingeschränkt. Allerdings – so berichtet Schnakenberg – gibt es zumindest bislang keine Spannungen. Im Vordergrund stehen Solidarität und Unterstützung.

Der bevorstehende Winter, in dem für die Vertriebenen das Leben in den Provisorien unerträglich wird, ist auch im Generalkonsulat Gesprächsgegenstand. Acht bis zehn Lager seien in der Region Dohuk geplant. Vor Ort aktiv sind lokale NGOs wie CAPNI und Stiftungen; der bereits anderweitig gewonnene Eindruck, dass die Hilfen durch den UNHCR nur sehr langsam anlaufen, wird auch hier bestätigt. Ob dieser in der Lage ist, die benötigten Camps bis zum Wintereinbruch zu errichten, erscheint in der Runde als fraglich. Wenn dies aber nicht geschieht, steht eine weitere große humanitäre Katastrophe bevor.



Gut geregelt, so kann Dr. Schnakenberg berichten, sei inzwischen die Unterkunft der syrischen Flüchtlinge, die ebenfalls im Raum Dohuk leben. Sie geraten bei der bedrängenden Situation der irakischen Binnenvertriebenen fast in den Hintergrund der Aufmerksamkeit ...

Skepsis besteht auch hier bezüglich der Rückkehrmöglichkeiten der Vertriebenen in ihre Heimatregionen. Dass Mosul in naher Zukunft befreit werden könnte, scheint nicht in Sicht zu sein. Vielen bleibt derzeit nur die Perspektive der Auswanderung. Eine Rückkehr ohne Schutz in die Heimat ist ausgeschlossen. Und nach einer Rückeroberung der Dörfer – die Wohnungen dürften geplündert, die Häuser durch den IS vermint sein.

Das Verhalten der einheimischen Bevölkerung etwa in Erbil schildert der Gastgeber als ambivalent. Die Menschen sind solidarisch und bereit zu helfen. Andererseits verdrängen sie den Krieg aus ihrem Bewusstsein. Etwa 1,2 Millionen Mitglieder der rund 5,3 Millionen zählenden Einwohnerschaft in der Provinz Kurdistan sind arbeitsfähig. Die Gehälter sind gut, die Menschen haben starken Nachholbedarf und geben viel Geld aus. Man kann dies überall sehen: die vielen neuen und guten Autos im Straßenkehr und der immense Bauboom an den Rändern von Erbil sprechen ihre eigene Sprache. Die Situation in Bagdad sehe völlig anders aus, weiß Dr. Schnakenberg.

Ausdrücklich hebt er die gute Zusammenarbeit mit den kurdischen Behörden hervor – mit dem Gouverneur, dem Bürgermeister von Erbil, den

Regierungsstellen. Wie sich die Dinge allerdings entwickeln werden, ist unsicher: die irakische Zentralregierung hat seit Januar ihre Zahlungen an die Kurdenprovinz eingestellt, so dass keine Gehälter mehr bezahlt werden können.

ABENDESSEN UND AUSKLANG

Das Abendessen, zu dem Bischof Erzbischof Bashar Warda, der Gastgeber in Erbil, an diesem Abend eingeladen hat, beginnt mit erheb-



licher Verzögerung. Lange muss der Erzbischof auf seine verspäteten Gäste warten, der an diesem Tag aus Deutschland zurückgekehrt ist, wo er vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat (s. S. 85 ff). Aber die von Klaus Barwig überbrachten persönlichen Grüße von Bischof Dr. Gebhard Fürst und die Gespräche bei dem großzügigen Mahl lassen die zunächst etwas heikle Stimmung sich wieder entspannen.



Eine schöne Überraschung bietet der Abend auch noch als die Gäste durch laute Musik nach draußen, auf das Freigelände vor dem Bischofshaus, gelockt werden: Junge Freiwillige machen mit den Kindern des Flüchtlingslagers ein fröhliches Freizeitprogramm. Sie singen, tanzen, machen Bewegungsspiele ... Immer wieder kann man mit Staunen und Bewunderung feststellen, wieviel Vitalität, Lebensfreude, Kraft zur Daseinsbewältigung in dieser schwierigen Situation in den Kindern lebendig ist.

Manche ziehen sich allerdings auch traurig in sich zurück ...

Wie jeden Tag klingt der Abend im Biergarten nahe dem Hotel aus.



Donnerstag, 18. September 2014: Stationen und Gespräche

DEUTSCHE SCHULE IN ERBIL: AMBITIONIERTES PROJEKT MIT ERHEBLICHEN BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Mit dem Bus führt die morgendliche Fahrt aus dem älteren Stadtbereich hinaus durch Straßen, zwischen denen links zahllose Neubauten entstehen – Hochhäuser, Wohn-„Parks“, bombastische Villen. Der Bauboom in der Kurdenhauptstadt ist immens, es scheint viel Kapital vorhanden zu sein. Allerdings stamme ein großer Teil der Investitionen von Anlegern aus den Golfstaaten und aus Saudi-Arabien, die hier Geld parken, hören wir. Der sichtbar riesige Leerstand lässt vermuten, dass hier vielfach gar nicht daran gedacht, wirklich Wohnraum zu schaffen. Bei einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von über 2.000 US-Dollar dürfte es auch schwer sein, unter der weniger begüterten Bevölkerung Mieter oder Käufer für die Eigentumswohnungen zu finden. Angesichts der katastrophalen Unterbringungsmöglichkeiten für die Vertriebenen und Flüchtlinge kann man diese diskrepante Situation durchaus als zynisch empfinden. Aber auch Anzeichen von Armut unter der einheimischen Bevölkerung sind durchaus auszumachen ...

Erstes Ziel unserer Fahrt ist die deutsche Schule von Erbil, wo uns die stellvertretende Schulleiterin, Frau Media Samaga, empfängt. Sie stammt, wie sie erzählt, aus Bochum und ist Gymnasiallehrerin für Chemie.



Die 2005 – nicht zuletzt auf Initiative des Bürgermeisters von Erbil, Nihad Latif Qoja – gegründete Gesamtschule kann 2014 Unterricht bis zum neunten Schuljahr anbieten, 2015 soll die Mittlere Reife möglich sein, 2011 das Abitur. Auch ein Kindergarten wird bereitgehalten. Nicht nur deutsche, sondern auch einheimische Kinder werden hier unterrichtet – an Sprachen werden Deutsch, Kurdisch, Arabisch und



Französisch angeboten. Einheimische Kinder erlernen in einem Jahr die deutsche Sprache.

Die politische Situation bedeutet für das ambitionierte Projekt allerdings starke Beeinträchtigungen für seine weitere Entwicklung. Zum Zeitpunkt unseres Besuchs ist wegen der als bedrohlich eingeschätzten aktuellen Lage den fünf aus Deutschland entsandten Lehrerinnen und Lehrern nach dem Ende der Sommerferien



der Flug nach Erbil bis 9. Oktober untersagt. Einheimische Lehrerinnen und Lehrer müssen ihren Unterricht mit täglich sechs Stunden ersetzen.

Aber das Hauptproblem ist der starke Rückgang der Schülerzahlen überhaupt. Nur 163 Kinder besuchen zur Zeit des Besuchs die für rund 250 Kinder ausgelegte Schule, 40 weitere kommen in den Kindergarten hierher. Deutsche, Schweizer und österreichische Kinder sind kaum hier; die erwartete Anzahl von einheimischen Rückkehrerkindern aus Deutschland wird bei weitem nicht erreicht. Und die Eltern hierzulande haben oft kaum das Geld, um die erforderlichen 2.700 US-Dollar im Schuljahr aufzubringen – zumal, wie Frau Samaga sagt, viele in unvollständigen Familien leben, ohne



Arbeit sind und ohne Kindergeld auskommen müssen.

Es ist also ein eher düsteres Bild, was uns die stellvertretende Schulleiterin von ihrer Schule vermittelt, obwohl die fröhlich herumtollenden Kinder einen anderen Eindruck erwecken. Da sie verständlicherweise nicht fotografiert werden dürfen, bleiben für die dokumentierte Erinnerung nur Erwachsene und leere Räume ...

Ein vertieftes Gespräch ist leider nicht möglich, da das Ministerium für religiöse Angelegenheiten uns früher erwartet als ursprünglich vereinbart. So endet der Besuch mit einem eiligen Durchgang und etwas abrupten Abschied.



DOPPELBESUCH IM MINISTERIUM FÜR RELIGIÖSE ANGELEGENHEITEN – KHALID JAMAL ALBER UND ...

Ohne Verzögerung führt der weitere Weg an diesem Vormittag ins Ministerium für religiöse Angelegenheiten der kurdische Regionalregierung, wo uns zunächst dessen Generaldirektor Khalid Jamal Alber empfängt, der für den Kontakt zu den christlichen Kirchen zuständig ist und auch deren Beschaffung etwa für den Kirchenbau verantwortet.



Dass dieses Ministerium bis 2004 „für islamische religiöse Angelegenheiten“, seit 2004 allgemein „für Stiftungen und religiöse Angelegenheiten“ und seit 2009 neben der Provinz Erbil auch für die Provinzen Dohuk und Sulaymaniyah gemeinsam zuständig ist, spiegelt sowohl die regionalpolitischen als auch die bildungs- und kulturpolitische Entwicklungen der Provinz in diesen Jahren.

So ist neben der Information, dass Direktor Alber schon viermal den Heiligen Vater getroffen hat, vor allem das Verhältnis zwischen der staatlichen Schulverwaltung und den Kirchen und deren Privatschulen von Interesse. Zum Beispiel steht die Frage im Raum, die noch vom Besuch in der deutschen Schule übrig geblieben ist: ob es einen obligatorischen islamischen Religionsunterricht auch an den christlichen Schulen gebe. Seit zwei Jahren gebe es einen „Unterricht für religiöse Kultur“ klärt uns der Gesprächspartner auf. Und wer bestimmt die Lehrpläne?

Die Auskünfte sind nicht ganz klar – aber in etwa zeichnet sich folgendes Bild ab: Es gibt eine funktionale Kooperation mit dem Bildungsministerium. Dort werden Lehrpläne und

Schulbücher auch für die christlichen Privatschulen erstellt. Dabei gilt auch eine gewisse partielle Eigenständigkeit der von der Kirchen verwalteten Privatschulen: Sie entwickeln in Teilen eigene Lehrpläne, es gibt aber auch gemeinsam verbindliche Pflichtfächer wie z. B. Heimatkunde oder die kurdische und arabische Sprache. In christlichen Stadtteilen wie Ankawa oder in den Dörfern mit vorwiegend christlicher Bevölkerung wird sogar die aramäische Sprache praktiziert. Die Schulen erstellen also eigene Programme, aber für einen anerkannten Abschluss müssen auf jeden Fall die staatlichen Pflichtpläne eingehalten werden.



Die kirchlichen Privatschulen, so berichtet Direktor Alber, genießen wegen des bei ihnen vermittelten hohen Bildungsniveaus eine große Reputation. Neben dem Arabischen und dem Kurdischen lehren sie oft auch noch Englisch, Französisch und Italienisch. Ihre Abschlüsse sind international anerkannt. So ist es nicht verwunderlich, dass eine große Nachfrage nach ihnen besteht. Ob dies auch auf die von der türkischen Güla-Bewegung und der stark amerikanisch orientierten Shuefat-Bewegung getragenen islamischen Privatschulen zutrifft, wird nicht erwähnt.

Das Ministerium hat jährlich ein variables Budget zwischen einer und zwei Millionen Dollar für Personal- und Sachkosten zur Verfügung. Für Baumaßnahmen stellt die irakische Zentralregierung dem kurdischen Finanzministerium Mittel zur Verfügung, die allerdings – wie die gesamten Finanzzuweisungen aus Bagdad – seit Januar 2014 ausbleiben.

Die aktuelle Katastrophe wirkt sich auch auf die Tätigkeit im Ministerium für religiöse Angelegenheit aus. Khalid Jamal Alber selbst, der in Zusammenarbeit mit dem Bischofskomitee die Geldmittel für die Vertriebenenhilfe verteilt, berichtet, er sei seit dem Ausbruch der Angriffe des IS nicht mehr in seinem Büro im Ministerium gewesen. Er habe mit europäischen Delegationen viele Gespräche zur Situation der Christen und Yeziden geführt. Über das konkrete Engagement seines Ministeriums bei der derzeitigen Flüchtlingsproblematik will er sich nicht äußern und verweist auf das nachfolgende Gespräch mit dem Minister. So viel sagt er allerdings: Alle Mittel aus internationalen Quellen seien verteilt und würden von den einzelnen Regionen verwaltet.



Die derzeitigen Gewaltausbrüche hätten nichts mit der Situation in Kurdistan selbst zu tun, erklärt Alber. Zwar seien vor zwei Jahren auf Initiative islamischer Parteien in Dohuk Angriffe auf von Christen geführte Alkoholgeschäfte und Massagesalons erfolgt. Aber insgesamt sei das Verhältnis zwischen den kurdischen Muslimen und den Christen traditionell gut. Ein tiefes Misstrauen der Christen gegenüber den muslimischen Kurden – selbst bei Bischöfen – auch hier in Kurdistan kann er nicht bestätigen. Daher sei derzeit auch kein interreligiöser Versöhnungsdialog erforderlich. Im Gegenteil: Präsident Barzani habe bei den genannten Ausschreitungen direkt interveniert. Er habe nach eigenen Worten seit 20 Jahren keine Waffen mehr getragen. Aber wenn es zur Verfolgung von Minderheiten in Kurdistan komme, werde er persönlich wieder zur Waffe greifen.

... MINISTER KAMAL MUSLIM – KEINE KONFLIKTE ZWISCHEN DEN RELIGIONEN: „ALLE SIND WILLKOMMEN. DIE EINHEIMISCHEN HABEN DIE TÜREN GEÖFFNET UND GESPENDET, WAS SIE SPENDEN KÖNNEN.“

Der Ressortminister für religiöse Angelegenheiten, Kamal Muslim, der uns anschließend empfängt, unterstreicht die Wucht des Problems, das die kurdische Provinzregierung und die Gesellschaft dort zu bewältigen hat: Zusammen mit den syrischen Flüchtlingen, die von den seit Anfang August vertriebenen rund 850.000 Christen und Yeziden zu unterscheiden sind, leben nach seiner Schätzung derzeit rund 1,5 Millionen Binnenvertriebene und Flüchtlinge in

dem relativ kleinen Gebiet – bei einer einheimischen Bevölkerung von rund 5,4 Millionen. Er würdigt die Verbindungen zur Bundesregierung und die Hilfen aus dem westlichen Ausland. Die größte Hilfe, das betont auch er, bestünde darin, die Menschen nicht zum Auswandern zu ermutigen, sondern alle Bemühungen zu unterstützen, dass sie wieder in ihre Heimatdörfer zurückkehren können.



Einen Konflikt zwischen den Religionen sieht er in Kurdistan nicht; dies sei ein Problem, das von außen hereingetragen worden sei, betont der Minister. Hierin unterscheide sich die Kurdenprovinz auch vom übrigen Irak. Deshalb bedürfe es auch keiner Szenarien und Projekte für die Zukunft, um in Kurdistan ein gutes Zusammenleben zwischen den muslimischen Kurden und den kurdischen religiösen Minderheiten zu

fördern oder gar erst zu ermöglichen. Vor einem Zusammenleben in der Zukunft habe er überhaupt keine Angst.

Als Minister Kamal Muslim nach seiner Einschätzung bezüglich einer Aussage aus seinem eigenen Ministerium gefragt wird, aus Kurdistan seien etwa 200 junge Männer zum IS gesto-



ßen bzw. arbeiteten in radikalen Parteien mit – was zu tun sei, um die für Radikalisierung anfälligen Ränder der kurdischen Gesellschaft gegen diese Einflüsse zu schützen, wiegelt er ab: Das sei doch nur eine kleine Zahl, vielleicht sechs oder sieben Kurden, die vom IS als Spione umgebracht worden seien. Der Zulauf aus westlichen Staaten sei viel größer. Es sei ja umgekehrt so, dass gerade Kurdistan so sicher sei, dass die Menschen hierher kämen. Alle seien willkommen. Die kurdischen Behörden leisteten alles in

ihrer Macht Stehende, um ihnen zu helfen: öffentliche Gebäude und Schulen seien für sie geöffnet worden; erstmals in der Geschichte Kurdistans hätten Christen und Yeziden sogar in Moscheen Zuflucht gefunden. Er sehe auch kein Problem, dass die Solidarität der Einheimischen überstrapaziert werde, so der Minister. „Die Einheimischen haben die Türen geöffnet; alles was sie spenden können, haben sie gespendet.“ Auch die Regierung habe alle verfügbaren Budgetmittel für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.

Natürlich müsse jetzt dafür gesorgt werden, dass die Schulen wieder geöffnet werden und das öffentliche Leben sich wieder normalisiere. Winterfeste Unterkünfte müssten errichtet werden. Man habe diese Probleme durchaus im Blick, insbesondere der Gouverneur. In jeder Stadt gebe es ein Komitee, das ermittle, was am dringendsten benötigt werde: vor allem feste Schuhe, Kleidung, Babynahrung. Aber die eigentliche Aufgabe sei die Bekämpfung des IS. „Auch wenn alle Vertriebenen winterfeste Zelt haben, gibt es noch andere und viel schlimmere Probleme“, sagt Minister Kamal Muslim. Wie lange dieser Kampf dauere, könne er nicht sagen, das komme auch auf die militärische Unterstützung aus dem Westen an. Die Kooperation mit der Zentralregierung in Bagdad sei leider schlechter als früher. Seit Januar habe es kein Geld mehr gegeben, weder für die öffentlichen Aufgaben noch für die Flüchtlinge und Vertriebenen. Dabei gehörten die Vertriebenen aus den Dörfern doch in die Zuständigkeit der Zentralregierung ...



**KAMPF FÜR DAS LEBEN UND DIE RECHTE DER FRAUEN:
SUZAN AREF**

Als die „Women Empowerment Organization“ (WEO) 2004 gegründet worden ist, richteten sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf die Verbesserung der politischen Situation für die Frauen. Aufgabengebiete waren Sozialdienste, Medienarbeit, Befähigung der Frauen zu wirtschaftlicher Selbständigkeit.

Jetzt, so berichtet Suzan Aref, die Direktorin der Organisation, müsse diese mit ihren zwei Büros in Ankawa alle Anstrengungen darauf konzentrieren, den Frauen unter den Binnenvertriebenen zu helfen, sie ausfindig zu machen, zu klären, was sie am Dringendsten benötigen.

Die WEO wurde von Frauen und Männern aufgebaut. Das Team der Hauptamtlichen zählt 18 Frauen und Männer; in einem Lager in Ankawa sind 150 Personen auf Vertragsbasis tätig, in einem anderen 30 – je nach der aktuellen Situation der Projekte. Zusammenarbeit besteht auch mit der „Bar Association“, die im Bereich häuslicher Gewalt engagiert ist.

Zum Zeitpunkt des Gesprächs ist es den Mitarbeitenden des WEO gelungen, in einem einzigen Camp mit ca. 70.000 Vertriebenen die Namen von 415 Mädchen und Frauen zu ermitteln und zu registrieren, die von den IS-Banden verschleppt worden sind. Exakte Schätzungen der Gesamtzahl der Betroffenen sind schwierig. Der UNHCR geht von rund 1.500 aus, Frau Aref hält die Zahl 4.000 bis 5.000 für seriös. Kinder

und Frauen sind die hilflosesten Opfer der Wirren, die mit den Überfällen des IS auf Mosul und dann auf die Dörfer begannen, sich fortsetzten, als die Menschen nach der Flucht nach Ankawa zunächst wieder in die von den Peschmerga befreiten Dörfer zurückgeführt wurden, um dann erneut – nach dem Rückzug der Peschmerga – überfallen und vertrieben zu werden.

Die Mädchen und Frauen würden zu unterschiedlichen Preisen verkauft, berichtet Suzan Aref. Christliche Frauen „erzielten“ im Durchschnitt rund 1.000 Dollar, yezidische Frauen dagegen nur 500 Dollar, das sie als religionslos und daher als minderwertig gelten.

Der Vorteil der WEO gegenüber staatlichen Organisationen bestehe in ihrer „grassroot“-



Struktur. Sie bauen keine bürokratischen Hürden auf und stellen keine Anforderungen. Vielmehr gehen sie von Zelt zu Zelt und bieten den Menschen die erforderlichen Hilfen an. In diesem Zusammenhang versuchen sie, mit behutsamen Befragungen das jeweilige Schicksal der Familien, der Mädchen und Frauen zu erkunden. Dabei ist große Sensibilität erforderlich, denn die Menschen reden nicht gerne über das Erlittene. Nach Möglichkeit versuchen sie eine psycho-soziale Beratung der Familien, damit die nach geltenden Moralvorstellungen „entehreten“ Mädchen und Frauen wieder in ihren Familien und im sozialen Umwelt aufgenommen und akzeptiert werden. Es sei schwierig, die Menschen dazu zu bringen, sich in die entsetzliche Lage der Mädchen und Frauen einzufühlen, berichtet Suzan Aref.

Bitter enttäuscht redet Frau Aref – auch sie – über die offiziellen Regierungsstellen, besonders über die irakische Zentralregierung. Es gebe keinen Notfallplan für die Menschen, die nach schrecklichen Erfahrungen, nach dem Tod von Angehörigen auf der Flucht sind. Überhaupt habe die Regierung kein Interesse an der Lage der Menschen, sondern ausschließlich an ihrer Macht. Von Gerechtigkeit oder Bestrafung der Täter könne keine Rede sein. Die Menschen hätten jedes Vertrauen verloren.

Insbesondere das Schicksal der Mädchen und Frauen spiele keine Rolle. Das habe eine lange Tradition. Frauen seien zwar in den Parlamenten vertreten, hätten jedoch keinen Einfluss und dienten eher zur Dekoration. Sie brauchen

oft zwei bis drei Jahre, bis sie ihre Rolle gefunden haben, und dann ist die Zeit vorbei. „That ist the reality.“ Die Vereinten Nationen mit ihren internationalen Konventionen sollten die Menschenrechte schützen, „doch sie tun nichts“. In Dohuk verteilten sie Zelte, aber – so beklagt Suzan Aref – das sei zu wenig. So gebe es beim UNHCR wenig wirksame Hilfe. Die Prozesse dort seien langwierig und bürokratisch; unterstützt würden vorrangig die nationalen staatlichen Organisationen. In der Problematik der Frauen aber komme man mit den nationalen Stellen nicht weiter. Besser gehe es dagegen mit örtlichen NGOs und mit der UNICEF.

Sie seien an den „Graswurzeln“, betont Frau Aref immer wieder – ausschließlich abhängig von Spenden, für die sie ein weites Netzwerk aufgebaut haben. Aber es sei schwierig, die Menschen so zu überzeugen, dass sie helfen mögen. So müssen sie mit kleinen Budgets hart arbeiten.

Das bezeugen die Tätigkeitsfelder, in denen die WEO aktiv ist: rechtliche Unterstützung, Befähigung zur wirtschaftlicher Selbständigkeit, u. a. durch Mikrokredite, Qualifikationsunterstützung in der englischen Sprache und in Computerkenntnissen mit besonderen Schwerpunktmaßnahmen für besonders benachteiligte Frauen und – nicht zuletzt – die persönliche Stärkung und Förderung der Mädchen und Frauen in ihren jeweiligen individuellen Fähigkeiten. Die WEO führt auch spezifische Programme für Kinder und für jugendliche Mütter

mit Kleinkindern durch. Nicht zuletzt unterhält die Organisation eine eigene Radiostation.

Die Schutzbefohlenen müssen oft mit Personaldokumenten ausgestattet werden. Die meisten von ihnen sind traumatisiert, und sie müssen darin unterstützt werden, wieder ein normales Leben führen zu lernen.

Als zivilgesellschaftliche Organisation ist die WEO nach den Worten ihrer Direktorin keiner politischen oder religiösen Richtung zugehörig oder gar davon abhängig. Es gehe ausschließlich um die Probleme der Frauen, betont sie.

Das Problem der zivilgesellschaftlichen Gruppierungen sei, dass sie in verschiedenen Netzwerken aktiv seien und nicht mit einer Stimme sprächen. Im Kontakt mit internationalen Regierungen und Organisationen müsse ein weltweites Unterstützernetzwerk aufgebaut werden, das ihnen helfe, gegenüber der eigenen Regierung eine Monitoringrolle aufzubauen.

Allerdings formuliert Direktorin Suzan Aref klare Konditionen für Kooperationen: Sie müssen ausschließlich an der Verbesserung der Lage der Frauen ausgerichtet sein, sie dürfen keinen Einfluss zu nehmen versuchen, und sie dürfen mit keinen Sponsoring-Auflagen verknüpft sein. Sehr selbstbewusst – Respekt!

Dass der IS so nahe an Erbil herangerückt, hat für die Arbeit der WEO massive Unsicherheiten gebracht. Jetzt sei die vielfältige internationale Unterstützung auch für sie spürbar und hilfreich. Prognosen für die Zukunft seien allerdings nicht möglich.

PLÄDOYER FÜR EINE GEMEINSAME ZUKUNFT: GOUVERNEUR NAWZAD HADI MAWLOOD UND BÜRGERMEISTER NIHAD QOJA

Durch den Abendverkehr von Erbil führt die Fahrt zum Amtssitz des Gouverneurs der Region Erbil – es ist die einzige Gelegenheit, wenigstens einen Blick auf die berühmte mittelalterliche Zitadelle der Kurdenhauptstadt und andere Sehenswürdigkeiten der Innenstadt zu werfen, da die Zeit ansonsten mit anderen Dingen als mit Sightseeing ausgefüllt ist.



Der Gouverneur kommt etwas verspätet von einem Besuch bei den Peschmerga-Truppen an der nahen Front zurück, dann empfängt er uns gemeinsam mit dem Bürgermeister von Erbil, Nihad Qoja, in einem großen Empfangssaal des streng bewachten Gouverneurspalastes. Ein riesiges Blumenbouquet erinnert daran, wie wir erfahren, dass Gouverneur Mawlood erst vor kurzem von einer Herzoperation zurückgekehrt ist.

Gleich zu Beginn des Gesprächs verdeutlicht er seine liberale und laikale Position: „Wir Muslime glauben nicht, dass wir eine islamische Partei brauchen“, betont er. „So etwas dient

nur als Vorwand, um Minderheiten zu unterdrücken.“ Partei, so der Gouverneur, bedeuten den Anspruch auf Machtpositionen. Das bräuchten sie, die Kurden, nicht, um den jetzt erforderlichen Kampf zu führen.

Diese Position beinhaltet auch das Bekenntnis zu einem friedlichen multiethnischen und –kulturellen Zusammenleben. Bereits 2006 nach Ausschreitungen in Bagdad seien die meisten Christen nach Kurdistan geflohen. Die Christen seien wohlgekommen, weil sie ruhige, friedliche Menschen seien, die sich bemühten, sich zu integrieren. Aber das kurdische traditionell friedliche Modell des interkulturellen Zusammenlebens passe den Islamisten nicht und werde auch von den Nachbarländern misstrauisch beobachtet. Die Störungsversuche beträfen im Übrigen durchaus auch gemäßigte Sunniten, von denen etwa 100.000 als Flüchtlinge in Irakis-Kurdistan lebten.

Angesichts der aktuellen Situation mit hunderten vertriebenen Christen und Yeziden in Kurdistan stelle sich nun freilich die bedrückende Frage, wie es weitergehe, meint der Gouverneur: „Für die Zukunft reicht es nicht aus, dass wir nur ein Zufluchtsort sind.“ Die humanitäre Rettung, so dringend sie jetzt erforderlich sei, reiche nicht aus. Auch Flüchtlingslager müssten gebaut werden, besonders mit Blick auf den bevorstehenden Winter. „Aber auch Flüchtlingslager sind keine Lösung.“ Nur in Zelten zu leben und zu essen zu haben, reiche ebenfalls nicht aus, unterstreicht er. Das

heißt in der Konsequenz: Die Menschen müssen wieder nach Hause zurückkehren. Sie brauchen ein besseres Leben, Schulen, ein funktionierendes Gesundheitssystem.

Die erste, jetzt akute Phase sei also: Leben retten. Die zweite aber müsse unbedingt bedeuten: Die Menschen wieder nach Hause zurück bringen.

Dies nicht zu tun, bedeute, dem IS das Feld zu überlassen. „Dann hat der Dash gewonnen. Und das wollen wir nicht“, unterstreicht Gouverneur Mawlood. „Wenn wir die Leute ausreisen lassen, dann nimmt der IS diese jetzt von ihm besetzt gehaltene Region in Besitz. Dann verödet das Land.“ Die internationale Gemeinschaft müsse sich jetzt entscheiden, ob sie das kurdische Modell unterstützen wolle oder ob sie gleichgültig bleibe. Und man dürfe sich nichts vormachen: Wenn der IS irgendwann einmal gehe, dann würden noch viel schlimmere Nachfolger kommen. „Wir dürfen aber nicht zulassen, dass es immer schlimmer kommt.“

Das große Problem sei: Die Menschen wollen nicht mehr zurück. Das Vertrauen zu den ehemaligen Nachbarn, zu den Arabern insgesamt, sei restlos zerstört. Es hänge alles davon ab, dass ihr Leben und ihre Sicherheit garantiert seien.

Das aber bedeutet als Erstes: effiziente militärische Hilfe durch den Westen und Unterstützung der Peshmerga; dringend notwendig ist sodann eine dauerhafte internationale Garan-

tie durch eine internationale Allianz. Vor diesem Hintergrund müsse es internationale Entwicklungszusammenarbeit geben. Sie selbst – die Kurden – seien durchaus bereit, dafür Opfer zu bringen. Immerhin, so betonen der Gouverneur und Bürgermeister Qoja, kämpften die Peshmerga für die Sache der Christen und Yeziden in Gebieten, die gar nicht in der Provinz Kurdistan liegen, und ließen für diese Menschen ihr Leben. Das Unverständnis für den oft auch gegenüber den Kurden und ihren Per-



schmerga geäußerten Vertrauensbruch ist unüberhörbar. Die christlichen Dörfer habe man im August nur deshalb räumen müssen, weil die Übermacht des IS zu diesem Zeitpunkt zu groß gewesen sei. Man sei von den Arabern verraten und geschlagen worden und habe sich

aus strategischen Gründen ins Hinterland zurückziehen müssen,

Auch das Spannungsgefüge innerhalb der muslimischen irakischen Gesellschaften sei eine schwierige Herausforderung, erläutern die beiden Politiker. Den jetzt bedrängten Minderheiten müsse Schutz gewährt werden. Aber es müsse auf jeden Fall vermieden werden, dass es zwischen Schiiten und Kurden einerseits, zwischen Schiiten und Sunniten andererseits oder schließlich zwischen Sunniten und Kurden zum Krieg komme. Auf keinen Fall könnten die Peschmerga etwas nach Mosul vordringen, oder auf schiitischem Gebiet kämpfen. Das gelte auch für die jeweils anderen Parteien.



Vielmehr sei es für die kurdische Seite jetzt angezeigt, die Sunniten zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam den IS zu vertreiben.

Einer Aufspaltung, einem zerfallenden Irak wollten die beiden kurdischen Politiker keinesfalls das Wort reden. Man müsse vielmehr das Verhältnis zwischen Sunniten, Kurden und Schiiten durch eine Regionalisierung in einem föderalen Staat ausbalancieren. Was man auf keinen Fall wolle, sei ein schiitisch dominierter Staat. Auch eine Vereinnahmung der Sunniten durch die Schiiten oder ggf. umgekehrt dürfe es nicht geben. Genau dies sei aber das Problem vor der Krise gewesen: Bundespolizei, Militär und Beamtschaft seien schiitisch dominiert gewesen, die Regionalpolizei dagegen sunnitisch. Dazwischen gebe es einen enormen Unterschied in der Qualität von Ausbildung und Ausstattung. In Mosul hätten sich dann die Konsequenzen gezeigt: Die hochtechnisierte irakische Armee habe kampflos das Feld geräumt und dem IS modernstes amerikanisches Kriegsgerät im Wert von 30 Millionen Dollar hinterlassen, die schlechter ausgerüsteten sunnitischen Einheiten seien in dieser Situation machtlos gewesen.

Diese sensible Balanceproblematik zu ignorieren sei der große Fehler der USA gewesen. 2005 hätten sie die sunnitischen Stämme unterstützt, mit ihrer Hilfe seien diese dann wieder vertrieben worden, und die Schiiten hätten die politische Übermacht erhalten. Diese Entwicklung habe den Extremisten Tür und Tor geöffnet.

Zum Schicksal von den IS-Banden entführten christlichen und yezidischen Mädchen und Frauen betonten Mawlood und Qoja, sie seien sich der Verantwortung für diese Menschen sehr wohl bewusst. So gebe es Versuche, über arabische Stämme, die mit den Kurden zusammenarbeiten, und deren Mittelsmänner, Entführte zum Schein zu kaufen und ihnen dann die Rückkehr zu ermöglichen. „Diese Banden brechen den Menschen die Ehre.“ Und das betrifft nicht nur die unmittelbaren Opfer: „Wir sind als Kurden in unserer Ehre verletzt.“

Wie sieht die nächste Zukunft aus?

Die Gesprächspartner nennen mehrere Punkte: Für die Flüchtlinge, die in der Region Erbil bleiben müssen, werden bessere Lager gebaut und bessere Lebensbedingungen geschaffen. Das kann gelingen. Viel schwieriger sei dies in der Nachbarregion Dohuk mit einer weitaus größeren Zahl von Vertriebenen – mehr als die Einwohnerzahl dieser Region.

Des Weiteren konzentriere man sich auf militärische Aktionen. Man werde nicht den Winter abwarten, sondern bereits vorher die christlichen Dörfer in der Ninive-Ebene erobern und die Menschen zurückbringen. Dann müsse dort eine Schutzzone für sie eingerichtet werden. Das dies gelingt, davon ist vor allem Bürgermeister Qoja unerschütterlich überzeugt: „Wir sind in der Lage, diese Gebiete selber zu schützen – unter der Bedingung freilich, dass die Unterstützung durch internationale Luftschläge anhält.“

Anders stelle sich die Situation in Mosul dar. Eine Eroberung durch die Peschmerga verbiete sich aus den bereits genannten Gründen. Die Stadt zu bombardieren, sei angesichts der rund zwei Millionen Menschen, die dort lebten und von den IS-Kämpfern auch als menschliche Schutzschild benutzt würden, völlig unmöglich. So bleibe der Weg, eine militärische Lösung vorzubereiten, indem man das sunnitische Militär der Zentralregierung unterstütze. Dieser Weg allerdings sei langwierig.

Ansonsten: Mit dem UNHCR arbeite man gut zusammen. An einem Konflikt zwischen der Türkei und dem Iran habe man kein Interesse, da es nach beiden Seiten starke wirtschaftliche Interessen und Verflechtungen gebe. Dass die Türkei angeblich den Dash unterstützt habe, sei ihnen nicht bekannt.

Ebenso wenig sei ihnen an einer Eskalation der Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten gelegen: die Kurden seien mittendrin und bewegten sich in diesem Konflikt immer auf einem schmalen Grad.

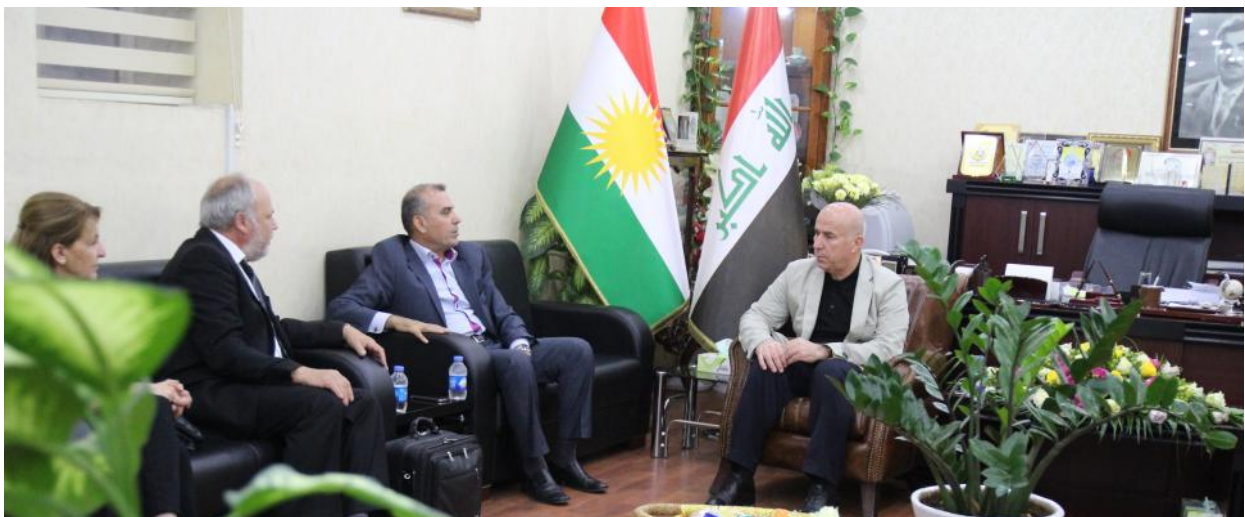
Welche Rolle spielt das Unabhängigkeitsstreben der Kurden? Dies müsse im internationalen Rahmen erörtert werden. Ganz entscheidend sei, ob die neue Regierung in Bagdad es schaffe, die Probleme zwischen Zentral- und Regionalregierung zu lösen und ob die Kurden irgendwann die Möglichkeit bekämen, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden. Bisher gebe es dazu seitens der Zentralregierung immer nur Ausreden. Das sei wie in einem kurdischen

Sprichwort: „Wenn die Frau die Straße kehrt, fragt der Mann, warum gehst du tanzen?“

Befragt nach neuen Allianzen mit der PKK, werden die Antworten eher ausweichend. Eine Zusammenarbeit mit der PKK ist den irakischen Kurden nach internationalen Abkommen verboten. Andererseits gibt es im Norden Flüchtlingslager der PKK, die von der kurdischen Regionalregierung unterstützt wird. Dass die PKK in den Kämpfen des Sommers aber eine wichtige Rolle gespielt und gemeinsam mit den Peshmerga durchaus einen Anteil daran für sich beanspruchen dürfen, dass die ins Sinjargebirge geflohenen Yeziden schließlich doch herauskommen konnten, auch dies wird eingeräumt – ebenso wie sie auch in einer gemeinsamen Verantwortung für das militärische Versagen gesehen werden.

Alles in allem werden bei aller zuversichtlichen Einschätzung doch auch die großen Schwierigkeiten thematisiert: Die Sorge vor dem bevorstehenden Winter ist enorm, vor allem hinsichtlich der Situation in der Region Dohuk. Dringend benötigt werden Winterquartiere

und Winterbekleidung. Beklagt werden die Schikanen und die Beschlagnahmungen von internationalen Hilfslieferungen durch die Türkei, die nur schleppend erfolgende finanzielle Unterstützung durch westliche Länder wie etwa auch die Bundesrepublik und nicht zuletzt die Tatsache, dass die Zentralregierung in Bagdad bereits seit Januar keine Gelder mehr überweist. Das ganze öffentliche Leben und auch vieles an humanitärer Hilfe müsse aus privaten Quellen finanziert werden. Größte Hochachtung erfährt daher die enorme Solidarität der kurdischen Bevölkerung. Ohne deren enorme Leistung, ohne deren große Spendenbereitschaft an Geld, Lebensmitteln, Kleidern, ohne deren Bereitstellung an öffentlichen Gebäuden wie Schulen u. a. hätte man der unvorstellbaren Not der Vertriebenen kaum in der Weise entgegen wirken können, wie es trotz aller Schwierigkeiten geschehen ist. Bürgermeister Qoja berichtet, er werde aus familiären Gründen demnächst nach Deutschland zurückkehren, wo er bereits früher gelebt hat. Das lässt auch in Zukunft auf Begegnungen und Kooperation hoffen.



Freitag, 19. September 2014: Ein Tag mit sehr unterschiedlichen Begegnungen

CHRISTEN – EINE „SECOND HAND COMMUNITY“? ANSICHTEN VON HERRN ASSISI MAJOR

Zur “Second Hand Community” sieht Mr. Assisi Major die christlichen Minderheiten im Irak degradiert. Er stellt sich als Mitarbeiter des „Headquarter of Catholic Department and Development“ vor, einer zivilgesellschaftlichen Organisation für die Belange der christlichen Minderheiten. Weder im Parlament noch in der Verfassung seien die Christen angemessen repräsentiert. Die Schulbildung sei ausschließlich islambasiert.

Das immer wieder auch in anderen Gespräch aufscheinende Misstrauen der Christen gegen alle islamischen Mitbürger und Institutionen findet bei ihm eine sehr radikale Ausprägung: „Jeder Muslim ist ein Extremist – so lange, bis er das Gegenteil beweist.“

Nach 1.700 Jahren friedlichen Zusammenlebens sieht er angesichts der jetzigen Feindseligkeiten keinerlei gemeinsame Zukunft mehr zwischen Christen und Muslimen. Die einzige Chance bestehe in einem eigenen Siedlungsgebiet mit eigener Verfassung, und zwar unabhängig von der muslimischen Gesellschaft. Dafür benötige es einen „sicheren Himmel“, gemeint ist wohl ein militärisches und politisches Protektorat alliierter westlicher Schutzmächte – wohlgermerkt: nur für Christen, die Muslime bekämen anderweitig schon genügend Hilfe.

Der aus seiner Sicht unüberwindbare Vertrauensbruch gegenüber allen Arabern bezieht sich für Assisi Major auch auf die Regierung und die politischen Organisationen der teilautonomen Kurdenprovinz. Lediglich zu den fünf christlichen Abgeordneten im regionalen Parlament habe man Kontakte. Ansonsten sei das Bestreben der Kurden ausschließlich eine Unabhängigkeit mit eigenem Rechtsstatus, in dem sie ihre eigene Identität nach den Gesetzen der Scharia leben können.

Was sollten sie für ein Interesse haben, dass die Christen geschützt werden?



RAWAND PAULS GORGIS: DIE NOT DER CHRISTEN WIRD HERUNTERGESPIELT; DIE REDE VON EINEM „WAHREN“ ISLAM IST EINE GEFÄHRLICHE THESE

Womöglich noch radikaler äußert sich Rawand Pauls Gorgis, der sich als Vorsitzender der Syrischen Schriftsteller-Union vorstellt und von ei-



nem Kollegen begleitet, der sich allerdings nicht selbst äußert. Auch für ihn besteht die einzige Chance der Christen, im Irak zu bleiben, in einer eigenen, autonomen christlichen Region, garantiert durch eine internationale Schutztruppe unter Aufsicht der UN. Dort, wo der IS vertrieben werden kann, soll das internationale Militär durch eigene christliche Milizen ergänzt und verstärkt werden.

Die Kluft zu den Muslimen hin ist unüberbrückbar: Überall sei davon die Rede, der iS sei nicht der „wahre“ Islam. Das ist nach Ansicht von Gorgis „eine sehr gefährliche These“. Was heißt das im Umkehrschluss anderes als: der IS repräsentiert den „wahren“ Islam, einen anderen gibt es nicht.

Aber auch der Blick auf die Yeziden ist nicht gerade freundlich: Die Medien, so Gorgis, heben den Genozid an den Yeziden gegenüber dem Genozid an den Christen in unangemessener

Weise hervor. Dem müsste auch eine entsprechende Dokumentation der Verfolgung der Christen gegenüber gestellt werden. Bevorzugt würden im Übrigen auch die syrischen Flüchtlinge im Nordirak.

Die aktuelle Krise wird nach Ansicht des Gastes von der irakischen Regierung als Problem der Christen und der Kirchen und nicht als Problem des irakischen Staates wahrgenommen. Dies allerdings sei diese Krise: ein Problem des irakischen Staates und eine Herausforderung für die Verantwortung der gesamten irakischen Gesellschaft.

Sein Verband, so erklärt Rawand Pauls Gorgis, sei ein zivilgesellschaftliches Koordinierungskomitee in Ankawa mit karitativen, kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Sektionen. Mit 100 Mitgliedern betreue es in Kooperation



mit dem von Erzbischof Warda geleiteten High Comitee fünf Zentren mit Binnenvertriebenen, insgesamt rund 10.000 Familien. Das bedeute: Versorgung mit frischen Nahrungsmitteln, Obst und Gemüse, ebenso Gesundheitsversorgung und Maßnahmen der Rehabilitation.

Mit dem Vorwurf, andere Gruppen von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen würden gegenüber den Christen bevorzugt, korrespondiert seine dringende Forderung, für die Christen Häuser zu bauen und portable Behandlungszentren einzurichten. „Die Christen wollen nicht in Lagern leben“, betont er. Für ältere, chronisch kranke oder behinderte Menschen und ebenso für Kinder werde sonst der bevorstehende Winter zur Katastrophe.

Kritisch äußert er sich darüber, dass es über den Spendenfluss und die Umsetzung des Geldes keine Informationen gebe. Ob damit die an die staatlichen Strukturen fließenden Hilfgelder gemeint sind oder auch diejenigen an die Kirche, wird nicht deutlich. Allerdings fordert Gorgis, dass die Verwendung der finanziellen Zuwendung in die koordinierende Verantwortung des High Comitee gegeben werden, das dafür ein gesetzlich legitimes Mandat erhalten solle.

Er selbst und sein Verband seien gerne bereit, Erzbischof Warda dabei unterstützen – denn er leiste gute Arbeit, allerdings sei er kein Fachmann ...

DIAKON SHWAN KHAKON: „ICH KANN NICHT BESCHREIBEN, WIE DRAMATISCH ES WAR“ – KRISENMANAGEMENT RUND UM DAS BISCHOFSHAUS IN ERBIL

Was rund um das Bischofshaus im Erbil Christenviertel Ankawa geleistet wird, macht allerdings einen anderen Eindruck: den eines sehr konsequenten und effizienten Katastrophenmanagements durch Erzbischof Bashar Warda.

Diakon Shwan Khakon, der für die Flüchtlingsversorgung auf dem Areal der Chaldäerdiözese verantwortlich ist, führt noch einmal die Situation vor Augen, die hier zu bewältigen war. Allein hier, so berichtet der Diakon, habe er am 6. August 2014 630 Familien in Empfang genommen. Die Situation sei katastrophal gewesen. Die Menschen, darunter viele Kinder hätten auf der Straße geschlafen. Sie hätten überhaupt nichts mehr besessen als das, was sie auf dem Leib trugen. Man habe so schnell wie möglich die nötigsten Dinge wie Matratzen und Decken besorgt. Bischof Warda habe angeordnet, sofort zweimal am Tag eine warme Mahlzeit für die Flüchtlinge zu kochen. Man habe die Kirche geöffnet, Säle, Büros u. a. Tagsüber hätten sie sich im Inneren aufgehalten, nachts aber hätten sie großenteils im Freien geschlafen. Vier Tage habe dieser unbeschreiblich dramatische Zustand andauert, wo man hingesehen habe, seien erschöpfte Menschen gelegen; alles sei voll gewesen mit Müll und Fäkalien; man habe den Ausbruch von Seuchen befürchtet. Dann seien nach und nach Zelte und andere Hilfslieferungen eingetroffen. Die Lage habe sich etwas stabilisiert. Die Menschen

seien auch in Schulen untergekommen. Gegenüber dem Bischofshaus wurde der Rohbau eines großen Einkaufszentrums angemietet – der Name „Shlama-Mall“ bedeutet „Friedens-Mall“. Dort sind – aktueller Stand bei unserem Besuch im September – etwa 200 Familien mit rund 2.000 Personen untergekommen, in der Zeltstadt zwischen Bischofshaus und St.-Josephs-Kirche ebenfalls rund 250 Familien mit mindestens etwa 2.000 Angehörigen. Alles in allem also über 4.000 Menschen auf engem Raum.

Auch hier, noch nach den ersten Tagen, seien in der Shlama-Mall vier Menschen gestorben, darunter ein zehnjähriges Kind; auch in der Zeltstadt bei der Kirche habe es Tote gegeben. Viele der Vertriebenen seien immer noch sehr geschwächt oder krank. Man habe, so Diakon Khakon, mobile Toiletten und Duschkabinen

eingerrichtet, für jeweils fünf bis sechs Familien wurde eine Kochstelle eingerichtet, damit sie ihre Mahlzeiten selbständig zubereiten können.

Jetzt geht es darum, Lösungswege aus dem Ist-Zustand heraus zu finden. Erzbischof Warda bestelle jeden Tag um 16 Uhr zu einer Koordinierungs- und Planungsbesprechung ein, berichtet der Diakon. Bei ihm liefen alle Fäden zusammen. Die Menschen müssten registriert werden, damit man überhaupt wisse, wer hier sei, wie viele Menschen versorgt werden müssen. Nur so könne man den Bedarf an Wohnungen feststellen, haben man einen Überblick über den Versorgungsbedarf, könne man den Leute wieder zu Papieren verhelfen oder auch zu Berechtigungskarten und Gutscheinen für die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidern (*s. dazu u. S. 79-80*).



Erzbischof Warda versucht, so der Diakon, die Menschen aus dem Rohbau der Shlama-Mall heraus und in Wohnungen zu bringen. Manche davon liegen außerhalb von Erbil; Versorgungszentren werden eingerichtet, damit die Menschen ihre Hilfsgüter abholen können. Mit umliegenden Lebensmittelgeschäften werden Vereinbarungen geschlossen, damit die Menschen gegen Gutscheine einkaufen können; mit den Ladenbesitzern werden dann Gesamtabrechnungen getätigt. Ein großes Problem sind die mit Vertriebenen belegten Schulen – bald ist die Ferienzeit zu Ende, aber ein geregelter Unterricht ist auf längere Sicht weder für die einheimischen Kinder noch erst recht für die Kinder der Vertriebenen möglich ...

Manche der Rohbau-Bewohner, so hören wir auch, weigern sich, diese äußerst notdürftige Bleibe zu verlassen. Wie verunsichert und verängstigt müssen diese Menschen sein.

Die von anderen Gesprächspartnern oft geäußerten Klagen bzw. Misstrauensbekundungen werden von Diakon Shwan Khakon nicht bestätigt. Zwar ist er nicht über alle Details informiert, weil der Erzbischof der zentrale Informationsträger ist. Der UNHCR helfe sehr viel, auch wenn die Hilfe zunächst zögerlich angelaufen sei. „Aber“, so Khakon, „das war nicht anders möglich. Wie kann man so schnell so vielen helfen? Ich kann nicht beschreiben, wie dramatisch das war“, fügt er hinzu. „Ich kann es wirklich nicht beschreiben.“

Die kurdische Regierung und besonders das Gesundheitsministerium unterstützten die Aktivitäten sehr, betont der Diakon; die Flüchtlinge würden bevorzugt behandelt. Auch deutsche, französische und andere europäische Organisationen haben geholfen – mit Geld, mit Medikamenten, mit anderen Hilfsgütern. Die Solidarität sei sehr groß.

Jetzt müsse man allerdings sehen, wie es mit Blick auf den nahen Winter weitergehe ...

DAS LAND STEHT VOR IMMENSEN HERAUSFORDERUNGEN: VOLKER WILDNER VOM DWI

Das „Deutsche Wirtschaftsbüro Irak“ (DWI), so erklärt uns sein Leiter Volker Wildner, der uns nach unserer erneuten Fahrt durch Erbils Bau-boom-Region „Dream City“ empfängt, versteht sich als Brückenbauer zwischen dem deutschen und dem irakischen Markt. Das Büro in Erbil besteht seit Februar 2010, dasjenige in Bagdad bereits seit 2009. Getragen wird die Institution vom deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Fast alle deutschen Automobilfirmen sind in Erbil vertreten, berichtet Wildner. Doch alle haben das Problem, ihren Fachkräftebedarf aus einheimischem Potenzial zu decken. Man gehe von rund 1,2 Millionen Menschen, die dem Arbeitsmarkt in der kurdischen Provinz zur Verfügung stehen. De facto könne man jedoch nur mit ca. 500.000 rechnen. Wildner äußert sich über manches in der aktuellen gesellschaftlichen Situation kritisch; die Diskretion verbietet

es, alle Details des Gesprächs zu dokumentieren. Nur so viel: Das Arbeitskräftepotenzial unter den Rückkehrern aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern ist problematisch. Wer dort eine gut bezahlte Arbeit hat, kehrt nicht zurück; viele üben im Ausland einen gering qualifizierten und bezahlten Beruf aus und kommen damit in der Heimat nicht zurecht, werden von der einheimischen Bevölkerung schlecht akzeptiert und können mit den hiesigen Verdienstmöglichkeiten kaum eine Familie ernähren.



Kurden mit akademischer Ausbildung drängen mehr in die öffentliche Verwaltung oder in den Hochschulbereich als in die Wirtschaft und die Industrie. Gut qualifizierte Fachkräfte lassen sich oft nur schwer halten und wechseln bei attraktiveren Angeboten rasch den Arbeitgeber.

So ist der Arbeitsmarkt vor allem ein „Cash-Markt“, bei dem nachhaltiges Planen schwierig ist.

Die dringend erforderliche Qualifizierung junger Nachwuchskräfte ist vor allem in der Verantwortung der „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) mit Zentren in Erbil, Dohuk und Sulaymaniyah. Eine Ausbildung in Deutschland sei wenig sinnvoll, so Wildner, denn die Absolventen kämen entweder gar nicht oder mit Ansprüchen zurück, die mit dem irakischen Arbeitsmarkt nicht verträglich seien. Die Ausbildung erfolge v. a. durch computergestützte Programme; diese ins Kurdische umzuschreiben, sei sehr teuer. So gebe es einen großen Bedarf am Erlernen von v. a. technischem Englisch. Das sei auch für die technischen Berufe wichtig, die man zum Aufbau und Management der Flüchtlingscamps benötige, so Wildner.

Allerdings dürfe keine Konkurrenz zum heimischen Arbeitsmarkt entstehen. Das gelte auch für die Flüchtlinge, die zum Teil gut ausgebildet und bereit seien, für geringes Entgelt zu arbeiten.

Eigentlich, so beschreibt Wildner die wirtschaftliche Situation, sei Kurdistan der Ausgangspunkt für den irakischen Markt. Es gebe Bodenschätze, v. a. Gips und Schwefel. Die Raffinerien seien ausgebaut worden. Kurdistan sei die Kornkammer Irans gewesen, ein großer Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sei exportiert worden. Heute sei dies alles durch die dramatische Krise sehr stark eingeschränkt.

Zahlreiche Dörfer in der fruchtbaren Ninive-Ebene seien bereits unter Saddam Hussein und jetzt durch den IS zerstört worden. Die großen Staudammprojekte in der Türkei führten zu einer Verknappung des Wassers. Zur mangelnden Infrastruktur komme eine starke Konkurrenz aus der Türkei. Nennenswert sei allerdings die Insulinproduktion. Dafür gebe es aber auch im Land selbst eine erhebliche Nachfrage, da die Erkrankungsrate bei Diabetes jährlich um sechs bis zehn Prozent ansteige.

So sei aus dem einstigen Exportland ein weitgehend vom Import abhängiges Land geworden. Andererseits sei Kurdistan aber auch ein guter Absatzmarkt – vor allem für die Türkei, auch für den Iran, allerdings etwas weniger –, da hier sehr viel Geld sei, wenngleich sehr ungleich verteilt. Das zeige nicht zuletzt der immense Bauboom an den Rändern von Erbil, die bereits

genannte „Dream City“, wo man von Quadratmeterpreisen von durchschnittlich 2.000 bis 2.500 Dollar ausgehen müsse. Aber auch hier trüge der Schein: Viele Gebäude seien Investitionsruinen; sie würden nur erstellt, fänden aber keine Betreiber. Andere blieben Rohbau-ruinen, weil die türkischen Arbeiter aus Angst vor dem IS geflohen seien und die Arbeiten jetzt nicht mehr fortgeführt werden können ...

Die volkswirtschaftliche Situation sei insgesamt sehr unausgeglich, konstatiert Volker Wildner. Der größte Teil der öffentlichen Finanzen komme aus Bagdad, sei jedoch seit Monaten nicht mehr geflossen und werde aus privaten Quellen kompensiert. Man erhoffe sich Einkünfte aus dem Ölexport. Aber mit einer Exportmenge von rund 200.000 Barrel pro Tag liege man noch weit unter dem Break-Even-Point von 500.000 Barrel.



Es gebe eine beachtliche Schicht bestens ausgestatteter Familien. Daneben müssten zahlreiche ehemalige Peschmerga-Angehörige oder Polizisten als Taxifahrer arbeiten oder drei, vier andere Jobs annehmen, um irgendwie über die Runden zu kommen. Auch gebe es sehr viele einfache Familien – zwei oder drei von ihnen müssten sich oft eine einzige Wohnung teilen.

Die große Zahl von Flüchtlingen verstärke die sozialen Differenzen. Christen und Yeziden, so die Ansicht Wildners, seien zwar geduldet, aber nicht beliebt. Ankawa gelte als Ort des Bösen wegen des Alkoholismus' und der Prostitution unter den vielen entwurzelten Menschen.

Für ihn haben die Flüchtlinge in Kurdistan keine Zukunft. Am besten wäre es, sie könnten wieder in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren und man würde dort die Entwicklung der Infrastruktur, der Arbeitsplätze, der Landwirtschaft voran bringen und der Mentalität dieser Menschen entsprechende Lebensbedingungen ermöglichen.

Allerdings, so räumt er ein, gebe es gerade in Kurdistan insgesamt einen hohen Bedarf an Frauenberufen, auch für die Flüchtlingsfrauen: familienbezogene Berufe, Pflegeberufe, Erzieherinnen, Fahrerinnen von Frauentaxis u. a. m. Nur – in einer männerdominierten Gesellschaft sei die Berufstätigkeit von Frauen eine sehr schwierige Angelegenheit.

DR. MARIE BENNER VON „MALTESER INTERNATIONAL“: GESUNDHEITSVERSORGUNG „FROM LOCALS TO LOCALS“

Eine Gesundheitsversorgung, getragen von einem Netz lokaler Akteure – „from locals to locals“ – das wäre der richtige und notwendige Weg, um den Nöten der Menschen gerecht zu werden. Diese Position trägt uns Dr. Marie Benner vor, Gesundheitsfachplanerin von „Malteser International“ – in ihrem Büro gleich um die Ecke beim Deutschen Wirtschaftsbüro Irak, wo wir soeben mit Volker Wildner konferiert haben.



Aber die strukturellen und politischen Schwierigkeiten sind beträchtlich. Der UNHCR, auf den alle setzen, ist nur für die syrischen Flüchtlinge zuständig. Das war bereits bislang eine immense Aufgabe. Andere UN-Organisationen sind mit der plötzlich explodierenden Zahl von Binnenvertriebenen völlig überfordert. Dazu kommen die innenpolitischen Spannungen, die alles erschweren.

Viel zu spät, so berichtet Dr. Benner, sei das UN-„Office for the Coordination of Humanitarian Affairs“ (OCHA) ins Land gekommen. Es soll 25 Camps für rund 240.000 Menschen bauen –

derzeit seien ihres Wissens lediglich drei gebaut. Wenn dies überhaupt jemals realisiert sein würde, dann sei gerade einmal für die Hälfte der vertriebenen Christen und Yeziden gesorgt. Und die anderen?

Dr. Benner bestätigt noch einmal die Zahlen, die uns auch andernorts genannt worden sind – sogar noch mit leichter Tendenz nach oben: 450.000 Internal Displaced Persons (IDP) sind es allein in der Region Erbil, 550.000 gar in der Region Dohuk – und unter den Letzteren noch mehr kranke und behandlungsbedürftige Menschen als in der Region um Erbil. Geld und Medikamente aus Bagdad bleiben schon lange aus. Die Koordinierung auf Regierungsebene sei in der hiesigen Region chaotisch, in der Region Dohuk sei sie etwas besser, meint die Dr. Benner. Das Technische Hilfswerk, ebenfalls im Land präsent, warte täglich auf grünes Licht, um sich bei den Baumaßnahmen beteiligen zu können. THW und Malteser International wären auch bereit, die Verantwortung für ein Camp vollständig zu übernehmen, ebenso stünden die Malteser für mobile Kliniken bereit – aber von Regierungsseite gebe es bislang kein Signal.



Der fachliche Bedarf in der Gesundheitsversorgung unterscheidet sich nach Benners Erfahrung von der sonst in Katastrophensituationen üblichen Lage: Hier sind ansonsten eher unübliche Erkrankungen wie Bluthochdruck, Koronarerkrankungen oder Diabetes stark vertreten und erfordern langwierige Behandlungen. Dadurch erhöht sich der finanzielle Bedarf von in anderen Krisen durchschnittlich erforderlichen 30 Euro pro Person und Jahr auf etwa 100 Euro. Dazu kommt, dass in der irakischen Situation die Unterstützung der mentalen Gesundheit und entsprechende psychosoziale Behandlungen als zentrale Aufgabe gesehen werden. Vorgesehen ist auch die Ausbildung von Lay Counselors, selbst Flüchtlinge, die sich ihrerseits um ihre Schicksalsgenossen kümmern. Für ein Jahr ist deren Arbeit zunächst vorgesehen.

Doch wie finanzieren. Die Tätigkeit von Malteser International sei zunächst bis Februar 2015 gesichert, erfahren wir. Öffentliche Gelder werden zentral über den UNHCR vergeben, nicht über NGOs. Das führt wieder zu strukturellen Problemen und zu Fragen der Koordination zurück.

Partner der Malteser sind zunächst die Kirchen, obwohl diese hier traditionell nicht für das Gesundheitswesen zuständig sind. Auch ist ihre Solidarität fragil. Dasselbe gelte für die anderen NGOs, meint Frau Benner. Man könne nicht sagen, dass sie sich im Nordirak „tummeln“, es seien eher zu wenige Akteure. Aber das Zusammenwirken sei ziemlich unklar. Unlängst habe es ein Treffen aller Gesundheitsorganisationen

gegeben. Dabei sei deutlich geworden, dass es keinen Plan gebe, wer für welchen Aufgabebereich zuständig sei. Das gelte auch für die Errichtung der Camps. Man müsse sehen, dass die ethnisch und religiös bedingten Spannungen durch den Angriff des IS auch noch einmal „aufgerüttelt“ worden und deutlich zutage getreten seien, und die ziemlich komplizierte Konkurrenzsituation müsse man gerade seitens der ausländischen Helferorganisationen ernst nehmen und mit Diplomatie und Fingerspitzengefühl darauf reagieren. Sonst trage man nur zur Verschärfung der Konflikte bei. Dazu komme erschwerend, dass neben den

großen internationalen Organisationen die lokalen NGOs nicht viel Platz hätten und wenig Geld bekämen. Dennoch müsse gerade hier ein Strategiewechsel erfolgen: „from locals to locals“.

Rückkehr nach Ankawa. Abendessen und Ausklang im Biergarten.

Martin Durm war es an diesem Tag gelungen, an die 25 km entfernte Front zu fahren und mit dort stationierten Peschmerga zu sprechen – Mürvet Öztük begleitete ihn als Dolmetscherin.

Die Yeziden

Die Yeziden (kurdisch Eziditi) sind eine kurdischsprachige Volksgruppe und Anhänger einer volkseigenen Religion. Sie zählen sich selbst zu den Kurden. Weltweit leben etwa 700.000 bis 1.000.000 Yeziden, davon bislang allein im Nordirak rund eine halbe Million,

Das Yezidentum (Jesidentum, Jesidismus) ist eine ausschließlich bei ihnen verbreitete monotheistische Religion. Das liegt vor allem daran, dass man als Yezide nur geboren werden kann. Es besteht keine Möglichkeit, zum Yezidentum zu konvertieren. Zudem ist auch die Heirat mit andersgläubigen nicht zulässig. Grundsätzlich bedeutet die Heirat mit Andersgläubigen für Yeziden die Ausstoßung aus der Religionsgemeinschaft.

Muttersprache der Yeziden ist das nordkurdische Kurmandschi. Die Yeziden leben verteilt im Irak, Syrien, Türkei und ein ganz kleiner Teil im Iran.

Die Religion der Yeziden ist eine monotheistische Religion, deren Wurzeln nach eigenen Angaben weit vor dem Christentum und Judentum liegen sollen. Yeziden geben eine Ursprungszeit von 2000 v. Chr. in die Zeit des Mithraismus an.

Das Yezidentum kennt keine verbindliche religiöse Schrift. Die Vermittlung religiöser Traditionen und Glaubensvorstellungen beruht ausschließlich auf mündlicher Überlieferung. In der Literatur über die Yeziden werden zwei Bücher erwähnt, das "Buch der Offenbarung" (Kiteb-i Jilwe) und die "Schwarze Schrift" (Meshef Resch). Beide gelten aber als geheim gegenüber Nicht-Yeziden. Im Islam werden sie nicht als Buchreligion anerkannt.

Nach yezidischen Vorstellungen ist Gott allmächtig und erschuf die Welt. Er wäre schwach, wenn er noch eine zweite Kraft neben sich dulden würde. Folglich fehlt in der yezidischen Theologie eine Personifizierung des Bösen. Gemäß Yeziden erreicht der Mensch nach dem Ableben nach einer Seelenwanderung einen neuen Zustand. Der neue Zustand ist abhängig von den Taten im vorherigen Leben. In diesem Zusammenhang spielen der „Jenseitsbruder“ (biraye achrete) für einen Mann bzw. die „Jenseitsschwester“ (chucha achrete) für eine Frau eine wichtige Rolle. Unter den Mitgliedern der Glaubensgemeinschaft sucht man sich zu Lebzeiten einen Bruder bzw. eine Schwester für das Jenseits aus. Diese Wahlgeschwister übernehmen im Jenseits gegenseitig die moralische Mitverantwortung für ihre Taten, und in der Totenzeremonie "begleiten" sie den Verstorbenen/die Verstorbene auf dem Weg zur neuen Bestimmung. Nach den yezidischen Vorstellungen bestand die Verbindung der Jenseitsgeschwister bereits im vorherigen Leben und wird im künftigen Leben weiter bestehen.

Eine zentrale Bedeutung in den yezidischen Glaubensvorstellungen hat Taus-i Melek, der "Engel Pfau", dessen Symbol – wie es der Name sagt – ein Pfau ist. Nach der yezidischen Mythologie hat er in besonderer Weise der Allmächtigkeit Gottes gehuldigt und wurde deshalb von Gott zum Oberhaupt der sieben Engel erkoren. Er nimmt eine Art Stellvertreterfunktion Gottes ein. Nach der Schöpfungsgeschichte der Yeziden ist Taus-i Melek, den Gott mit sechs weiteren Engeln aus seinem Licht schuf, an der gesamten Schöpfung, an dem göttlichen Plan, aktiv beteiligt. Folglich verkörpert Taus-i Melek nicht den Widerpart in einem dualen Weltbild, sondern ist der Beweis für die Einzigartigkeit Gottes.

Eine wichtige Person für die Yeziden ist der als Reformier geltende Scheich Adi aus dem 11./12. n. Chr. Jahrhundert. Scheich Adi ist für die Jesiden eine Inkarnation des Taus-i Melek, der kam, um das Yezidentum in einer schwierigen Zeit neu zu beleben. An seinem Grab in Lalisch (in der Nähe von Mossul) findet jedes Jahr vom 6. bis 13. Oktober das "Fest der Versammlung" (Dschaschne Dschimaiye) statt. In der Nähe liegt auch der Sitz des weltlichen und geistigen Oberhauptes der Yeziden.

Das yezidische Kastensystem wurde von Scheich Adi gegründet; zuvor soll es kein Kastensystem gegeben haben. Wie bei anderen Kastensystemen gibt es die Geburt in eine Kaste und das Heiratsverbot zwischen Angehörigen verschiedener Kasten. Man unterscheidet zwischen der Kaste der Scheichs, der Kaste der Pirs und der Kaste der Murids (allgemeinen yezidischen Gläubigen).

Das religiöse und weltliche Oberhaupt der gesamten jesidischen Gemeinschaft ist der *Mir von Schaichān* (Mir: „Prinz“) Er gilt als der Stellvertreter von Scheich Adī und auch von Melek Taus und muss immer aus dem Kreis der Qatanī-Scheiche kommen. Das Amt des Mir ist erblich und wird vom Vater auf den Sohn übertragen, seit 1944 amtiert Mir Tahsin Saied Beg (* 1933). Im Jahre 2004 wurde ein Anschlag auf ihn verübt, den er verletzt überlebte.

Kraft seiner Autorität setzt der Mīr folgende Personen in ihre Ämter ein:

- den *Bābā Schaich* („Vater Scheich“), der als das spirituelle Oberhaupt der Jesiden und „Vater der Scheiche“ betrachtet wird; er muss aus der Familie von Scheich Fachr ad-Dīn stammen und hat einen speziellen Sitz am Heiligtum von Lalisch und wird auch *Echtiyārē Mergehē* genannt („Der Alte vom Heiligtum“)
- den *Peschimām* („Vorsteher“), der für Eheschließungen zuständig ist und aus dem Kreis der Ādanīs kommen muss
- die *Kocheks* („Kleine“), freiwillige Diener von Scheich ‘Adī, die im Auftrag von Bābā Schaich Brennholz sammeln und schöpfen; sie müssen keiner bestimmten Kaste angehören
- den *Tschawūsch*, den Wächter des Heiligtums von Lalisch; er muss unverheiratet bleiben und zölibatär leben.

(nach Wikipedia)



Samstag, 20. September 2014: In der Region Dohuk



SCHÖNES LAND: AUF DER FAHRT NACH LALISCH

Auf 6.30 Uhr ist die Abfahrt angesetzt. Alles steht parat, der Bus lässt jedoch eine halbe Stunde auf sich warten. Die Tür zur Garage sei verschlossen gewesen, der Hausmeister mit Schlüssel unauffindbar – man habe zuerst das Garagentor aufbrechen müssen ... Es sollte nicht die einzige Verzögerung an diesem Tag bleiben.

Die Fahrt führt nach Nordwesten. Was in Erbil selbst kaum zu merken ist – außerhalb der Stadtgrenze wird deutlich, dass die Front zu den vom IS besetzten Gebieten gerade einmal 25 bis 30 km entfernt ist. Die Straße führt lange durch brach liegendes Gelände, links und rechts mit Stacheldrahtzäunen bewehrt. Immer wieder kleinere Checkpoints, Ansammlungen von Militärfahrzeugen, halb in den Boden eingegrabene Militärposten mit Schießscharten, davor – zumindest scheinbar relaxed – bewaffnete Peschmergakämpfer.

Lange bleibt das Land versteppt, weit und öde. Kleine Siedlungen sind eingestreut, gelegent-

lich auch – völlig unmotiviert – große Neubausiedlungen, als Rohbauten verlassen.

Dazwischen Dörfer mit normalem Alltagsleben: Schulkinder, Händler, Familien ...

Nach und nach wird das Land hügeliger, grüner, schöner. Kultivierte Felder säumen die Straße;





Frauen ernten Gurken auf den Feldern, immer wieder begegnen uns Pickups, voll beladen mit Melonen und Früchten. Es wird deutlich, wie fruchtbar das Land in der Ninive-Ebene ist und wie geeignet für eine ertragreiche Landwirtschaft.

LALISCH – ZENTRALES HEILIGTUM DER YEZIDEN UND ORT DER TRAGIK



Nach langer Fahrt durch zerklüftetes, karstiges Bergland kommt unsere kleine Reisegruppe in Lalisch an, dem wichtigsten Heiligtum der Religionsgemeinschaft der Yeziden. Schon auf dem Weg zu dem mittelalterlichen Bauwerk in einem abgelegenen Tal sehen wir links und rechts der Straße Flüchtlinge in Zelten und notdürftigen Verschlagen kampieren. Das Heiligtum selbst wird durch Bewaffnete gesichert wie eine Festung. In den alten Gemäuern kauern Flüchtlinge in Winkeln und Nischen um provisorische Feuerstellen, ohne fließendes Wasser. Etwa zehn Personen müssen sich zwei Matratzen teilen, so erfahren wir. Kinder betteln uns an.



In einer großen Halle empfangen uns die Autoritäten der Yeziden, sie sitzen ringsum auf einer Bank entlang der Wand. Hasem Tasem Bek hatte uns bereits in Erbil besucht. Im Namen der Gruppe ergreift er das Wort, dankt der Bundesrepublik für Waffenlieferungen – das sei seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geschehen. Auch der Vatikan unterstütze sie. Im Gegensatz zu den Yeziden hätten die bedrängten Christen im Irak viele Kontakte ins Ausland,



über die sie Unterstützung bekämen. Aber der Vertreter des Papstes habe ihnen zugesichert, dass das Geld nicht nur den Christen, sondern auch den anderen Verfolgten zugutekommen solle. Auch über die Malteser und Caritas international sei ihnen Unterstützung zu geflossen. Insgesamt seien aus Deutschland rund 18 Millionen Euro gekommen, davon 173.000 von der yezidischen Community, vor allem aus Oldenburg, wo das Oberhaupt der Yeziden heute seinen Sitz hat.

Man habe hier ein Komitee gebildet, innerhalb dessen es Zuständigkeiten für Finanzen, Organisation und Medienarbeit gebe.

Dann ruft Hasem Tasem Bek noch einmal in Erinnerung, was seinem Volk geschehen ist. Etwa 400.000 Yeziden hätten in Sinjar gelebt, bevor sie im August von den IS-Banden überfallen worden sind. Etwa fünf Prozent von ihnen, also rund 2.000 Menschen, seien dort geblieben – alte Menschen, Kranke, Menschen, die sich nicht zur Flucht entschließen konnten. Was mit ihnen geschehen sei, wisse niemand. Nach Lalisch selbst seien nach der Flucht über das Sinjargebirge 437 Familien gekommen, also zwischen drei- und viertausend Personen. Wie viele in den Bergen gestorben sind, weiß niemand. Ungezählte leben in der Region in Zelten und Verschlägen den Straßen entlang, unter Brücken, in Bauruinen. Etwa 300 Schulen sind mit den Vertriebenen belegt worden.

Es sei die 73. Verfolgung seit der Gründung ihrer Religion, sagt unser Gesprächspartner;



diese seit die schlimmste von allen. „Wir Yeziden wissen nicht, wo unsere Zukunft liegt. Niemand will uns hier haben. Unsere Religion wird ausgelöscht.“

DAS SCHICKSAL DER MÄDCHEN UND FRAUEN

Besonders bedrückend ist das Schicksal der Mädchen und Frauen – Christinnen und Yezidinnen. Etwa 5.000 haben – nach seriösen Schätzungen – die Verbrecherbanden des IS verschleppt, um sie wie auf dem Basar zu verkaufen: an eigene Kämpfer, an muslimische „Interessenten“ im Irak, in Syrien, in Saudi Arabien, in den Golfstaaten. Durchschnittlich 500 Dollar werden für die yezidischen Frauen verlangt, weil sie für die Islamisten als religionslos gelten; durchschnittlich 1.000 Dollar „kosten“ Christinnen.

Unsere Reisegefährten vom SWR haben bei den yezidischen Autoritäten erreicht, dass wir mit einigen freigekommenen Opfern sprechen können. Bereits während des Gesprächs in der großen Runde sitzen sie abseits dabei; dann verlassen die meisten anderen Personen den Raum, und die Älteste der Mädchen – nennen wir sie Sahra – erzählt uns von ihrem Schicksal. Der vollständige Wortlaut ihres Berichts ist dokumentiert; aus Gründen der Diskretion sei er hier auf eine kurze Zusammenfassung begrenzt. Ebenso soll auf die Wiedergabe eines Bildes verzichtet werden. Die Mädchen haben Angst, Bericht und Bild könnten in falsche Hände geraten und ihre vielleicht noch lebende Mutter gefährden.

„Ich muss jetzt für meine Schwestern Mutter und Vater zugleich sein“, sagt die 20-jährige Sahra, die uns jetzt mit ihren vier Schwestern zwischen zehn und 18 Jahren gegenüber sitzt – bis auf die Jüngste tief verschleiert. Mit einer Gruppe von über 160 Mädchen und Frauen waren sie verschleppt worden. Was Sarah berichtet, ist erschütternd. Von dem Kaufmann spricht sie, dessen Nachbarn sie waren, bei dem sie eingekauft haben und der jetzt die Familien zusammentreibt, die Jungen und Männer von den Frauen und Mädchen trennt und erschießen lässt. Die Mutter hatte sich schützend vor die Töchter gestellt, sie wurde niedergeschlagen und fortgeschleppt; die Kinder haben nie mehr etwas von ihr gehört. Der angebliche Freund eines Onkels will sie und ihre Schwester sich gefügig machen, angeblich um sie zu retten. Es ist eine Geschichte von Verrat und Gewalt. Sie lässt aber auch etwas ahnen von der unglaublichen Besonnenheit und dem Mut, womit es Sahra gelingt, die Geschwister beieinander zu halten und schließlich in Sicherheit zu bringen. Erschütternd ist auch die nicht erzählte, die verschwiegene Geschichte, die die junge Frau in sich verbirgt – nicht nur uns Fremden gegenüber, sondern auch den eigenen Angehörigen. Denn eine Frau, die als entehrt gilt, hat in dem streng traditionellen Moralsystem keine Zukunft mehr. Zumindest das werde sich ändern, sagte das Oberhaupt der Gemeinschaft später im Gespräch mit Jörg Armbruster, Martin Durm und Mürvet Öztürk. Wie sehr ist das für Sarah und ihre Schwestern und die vielen anderen Opfer zu hoffen.





„DURCH DAS FEUER DES DASH KOMMT DER GLANZ UNSERER KIRCHE ZUM LEUCHTEN“: BISCHOF MAR ISSAC YOUSIF

Erneut führt die Fahrt durch schönes Land – sogar Wein wächst auf großen Anbauflächen. Kleine Dörfer, Moscheen. Schafherden tauchen auf und bleiben hinter uns zurück, ein Hirte auf einem Esel – es ist idyllisch. Und zugleich immer



wieder getrübt durch den Anblick der Flüchtlinge – in dieser Region vor allem Yeziden –, die



links und rechts der Straße kampieren, auch in Bauruinen oder unter Brücken.

Dohuk kommt in Sicht, die Hauptstadt der Region, mit ihren rund 500.000 Einwohnern in einem Kessel zwischen Bergen gelegen, etwa 600 m hoch. Eine lebendige orientalische Stadt, der man das Elend der Hunderttausenden in der



Stadt selbst und im Umland nicht auf den ersten Blick anmerkt.

Wir werden im Bischofsaus von dem Bischof der Assyrischen Kirche des Ostens empfangen, Mar Issac Yousif. Ihren Wurzeln in den antiken christologischen Auseinandersetzungen entsprechend ist das eine nestorianische Kirche.

Anwesend sind auch zwei Priester seiner Diözese – einer von ihnen bittet uns am Ende des Gesprächs, ihm bei seiner Emigration nach Deutschland behilflich zu sein, wo bereits einige seiner erwachsenen Kinder leben.

Bischof Issac hält es für falsch, wenn aus westlicher Perspektive die aktuelle Situation als Existenzkrise der Christen betrachtet wird. Die Sichtweise muss vielmehr so aussehen: die Assyrer sind die Urbevölkerung dieses Landes.

Und diese gehören dem Christentum an. Babylon und Ninive seien die ältesten Städte der Region. „Wir wollen als Volk benannt werden, seit 7.000 Jahren sind wir schon hier“, betont er. Die Kirche, zu der sie gehören, „ist unsere uralte Kirche, und das muss auch so bleiben.“ Der Bischof weist immer wieder auf seinen Militärdienst als junger Mann hin. Fünf Jahre lang habe er in der irakischen Armee in Russland gedient, acht Jahre habe er gegen den Iran gekämpft. Deshalb verwundert es nicht, wenn er sagt: „Es wird der Tag kommen, an dem ich mit der Waffe in der Hand für unsere Rechte und für unsere alten Städte kämpfe. Ich will für immer hier bleiben. In einem Zelt bei euch im Ausland will ich nicht leben.“

Nach seiner Einschätzung wollen so gut wie alle Yeziden das Land verlassen, von den Christen dagegen nur etwa ein Viertel. Damit liegt er unter den Einschätzungen anderer kirchlicher Autorität. Aber er sagt auch – einerseits etwas verrätselt, andererseits doch klar und deutlich: „Mit den Auswanderern habe ich nichts mehr zu tun. Alles hat eine Grenze, und außerhalb der Grenze kann ich nichts mehr für sie tun. Sie gehören natürlich weiterhin zu uns, aber es steht mir nicht mehr zu, ihnen zu helfen.“



Großes Vertrauen habe er zur kurdischen Regierung, vor allem zu Präsident Mazud Barzani. Kein Vertrauen dagegen habe er zu den Kurden insgesamt. Und Angst habe er nicht vor dem Dash, dem IS, denn dessen Ziel sei nicht in erster Linie das Töten, sondern das Vertreiben. Aber vor den extremistischen „Schläfern“ in der kurdischen Bevölkerung – vor diesen habe er Angst.

Aber dem setzt er entschiedenen Widerstandswillen entgegen. „Der Kurde“ habe Angst vor der Macht. Deshalb setzt der Bischof auf eine eigene Region unter internationalem Schutz – aber durchaus begleitet von der Entschlossenheit, diese auch mit eigenen Leuten unter Waffen zu verteidigen. Darin seien sich alle einig. Viele Jugendliche hätten sich bereit erklärt, zu kämpfen; auch jetzt seien schon junge Assyrer

unter den Kämpfern. Wegzugehen kommt für ihn auf jeden Fall nicht in Frage. „Wir haben als Volk eine eigene Geschichte, eine eigene Sprache, eine eigene Schrift. Wir sind das Volk mit den meisten Martyrern. Wir wurden schon im Weltkrieg umgebracht, weil wir Christen sind. [...]“

Darin seien sich die Bischöfe der orientalischen Kirchen „ausnahmsweise“ alle einig: Man wolle bleiben und die christliche Präsenz im Irak nicht aufgeben. Man könne die Menschen zwar nicht aufhalten, aber die Kirche sei gegen Auswanderung. Unter Leitung des chaldäischen Patriarchen Louis I. Sako habe man in Ankawa beschlossen, Mosul und die christlichen Dörfer zu befreien und die Region unter internationalen Schutz zu stellen. Noch einmal unterstreicht er die Einigkeit der Kirchen: „Wir sind eine Kirche für alle. Wir sind ein Volk.“

Nicht völlig klar ist seine Position hinsichtlich der Frage, ob dieses geschützte Territorium unabhängig werden oder weiterhin Teil des irakischen Staates bleiben solle. Denn er betont andererseits auch, der Westen müsse ihnen helfen, als christliches Volk gemeinsam mit Irakern und Kurden gemeinsam zu leben und seine eigenen Rechte zu bekommen. Bisher sei der irakische Staat von allen islamischen Staaten der einzige, in dessen Verfassung sich ein Passus befinde, der alles ausschließe, was der Scharia widerspreche. Zwar habe sich im Parlament „ein kleines Türchen“ geöffnet, dass sie als Christen leben könnten, aber ihre Rechte stünden nur auf dem Papier, seien nicht mehr

als bloße Worte. Sobald etwas gegen die Scharia sei, gebe es sofort ein Veto. „Ein einfaches Beispiel: Wenn ein Elternteil zum Islam übertritt, dann werden alle Kinder unter 18 Jahren automatisch Muslime.“ Oder: „Unlängst wurde mir berichtet, eine assyrische Frau trage ein Kopftuch und sei bestimmt zum Islam übergetreten. Ich habe sie vorgeladen. Sie sagte mir, man habe ihr 50 Dollar monatlich angeboten, wenn sie die Kopfbedeckung trage. „Natürlich, sagte ich. Mach es, wenn Du das Geld brauchst.“ Es sei heute zwar alles etwas einfacher als noch unter Saddam Hussein. Aber bei einem so strikten und fundamentalistischen Denken vieler Muslime sei es schwierig, friedlich zusammenzuleben. Der kurdische Regionalstaat und der irakische Nationalstaat machten da keine großen Unterschiede.

Ob ausländische Hilfe ankomme und seriös verteilt werde, wisse er nicht. Es gebe solche und solche Behauptungen. Aber er wisse eines: Der Winter komme. Und der sei hart. Er wisse, wovon er rede ...



Eine letzte Frage gilt der Ökumene unter den Kirchen der Assyrer. Der Bischof geht selbstverständlich von einer Gottesdienstgemeinschaft aus, ebenso von der Interkommunion. „Wir sind ein Volk mit einer Geschichte und einer Sprache. Wir haben nur unterschiedliche Namen“, betont er noch einmal. Es gebe keine theologische Trennung, die assyrischen Kirchen seien bereit zur Wiedervereinigung. Ob es nicht zutreffender sei, von einem Volk und vielen Kirchen zu sprechen, fragt Karl Amman zurück.

Bischof Issac antwortet mit einer Metapher, die wohl andeuten soll, dass die derzeitige Krise auch in dieser Frage einiges bewirken werde: „Wenn das Gold aus der Erde kommt, ist es schmutzig und mit anderen Materialien vermischt. Man sieht seinen Glanz nicht. Man sieht ihn erst, wenn es durch das Feuer gereinigt wird. So kommt durch das Feuer des Dash der Glanz unserer Kirche zum Leuchten.“



DER WEITERE TAGESVERLAUF IST VOLLER HINDERNISSE

Der Besuch bei Bischof Mar Issac Yousif hat mehr Zeit in Anspruch genommen, als der Tagesplanung gut getan hat. Dasselbe gilt für die Umwege und Verzögerungen, die durch die mangelnde Ortskenntnis des Busfahrers bedingt sind. So kommen wir mit stundenlanger Verspätung in Sarsang (?) an, wo eigens ein



Festmahl zu unserem Empfang vorbereitet worden war. Ein würdiger kurdischer Greis wartet auf uns auf der Straße und schickt nach dem Bürgermeister. Dieser ist sichtlich erbost und enttäuscht. Man habe das Essen inzwischen unter den bedürftigen Flüchtlingen verteilt, die in Zelten im eingefriedeten Areal bei der Kirche untergebracht sind. Eine gute Idee.

Traurig ist Younia Hilberts Tante in Al'Amadiyah, die sich schon lange auf den Besuch gefreut hatte. Tags zuvor war sie eigens nach Dohuk gefahren, um für die Gäste einzukaufen. Sie hatte stundenlang gekocht und wunderbaren Kuchen gebacken. Und nun machen die Gäste aus Deutschland gerade einmal eine Stippvisite in ihrem Haus mit dem schönen Garten vor der eindrucksvollen Bergkulisse nahe der türkischen Grenze.



LETZTE STATION DES TAGES: NOCH EINMAL DOHUK

Auch in Dohuk, wohin die Fahrt weiter führte – vorbei an einem der weitläufigen und luxuriösen, heute völlig zerstörten Paläste Saddam Husseins – gibt es Verstimmung. Ahmad Salah, der selbst nach Dohuk gekommen war, hatte ein Gespräch mit yezidischen Patienten seiner Traumapraxis vorbereitet. Es ist inzwischen abgereist, die Gesprächspartner in ihre Unterkunft zurückgekehrt.

Möglich wird schließlich doch der Besuch einer Schule nahe der chaldäischen Bischofskirche, in der hunderte yezidische Flüchtlingsfamilien untergebracht waren. Es ist bereits dunkel, als wir eintreffen. In dem Gebäude herrscht drangvolle Enge. Alle scharen sich um die fremden Besucher, teilweise mit distanzierter Scheu,

teilweise unkompliziert offen. Erwachsene berichten unseren beiden Kollegen Jörg Armbruster und Martin Durm von den unvorstellbaren Strapazen ihrer Flucht durchs Sinjar-Gebirge.

Kinder drängen sich danach fotografiert zu werden. Es ist immer wieder unglaublich, welche Vitalität und Lebenskraft die Kinder angesichts all des Schrecklichen aufbringen, das sie erlebt haben. Väter wollen mit ihren Kindern fotografiert werden. Ein würdiger Greis stellt sich inmitten einer Kinderschar ebenfalls für Gruppenfoto auf. Zum Star avanciert Mürvet Öztürk, die als Dolmetscherin eine Brücke für die Kommunikation bauen kann.

Ein kleiner Junge hat sich innerhalb des sicheren Aufenthaltsorts mit Matratzen noch einmal seine eigene kleine Schutzburg gebaut ...

EIN FREUNDLICHER UND OFFENER GESPRÄCHSPARTNER: BISCHOF RABBAN AL-QAS

Ein Teil der Gruppe besucht in dieser Zeit Bischof Rabban al-Qas, den chaldäischen Oberhirten der Diözese Zaku und Amadiyah mit Sitz in Dohuk. Bischof Rabban ist trotz der langen Wartezeit ein freundlicher und offener Gesprächspartner.

Rund 5.000 Familien aus dem immensen Heer der Vertriebenen in der Region konnte er inzwischen in Zusammenarbeit mit Bürgermeistern und Behörden in leerstehenden Häusern der umliegenden Ortschaften unterbringen. Auch in Dohuk sorgt der Bischof für die Registrierung der Vertriebenen. Die Kooperation mit den staatlichen Stellen lobt er ausdrücklich, ebenso die Hilfsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung. Das ist besonders bemerkenswert, als wegen der vielen belegten Schulen kein Unterricht möglich ist.

Er gehört zu denen, die der Traditionen einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft in Kurdistan doch noch eine Zukunft geben. Eine Rückkehr der Christen in die arabisch-islamischen Dörfer allerdings hält er nicht für möglich.

Spät am Abend kehren wir nach Erbil zurück.



Sonntag, 21. September 2014: Abschied und Aufbruch

SONNTAGSGOTTESDIENST IN DER ST.-JOSEPHS-KIRCHE IN ERBIL

Um 8.30 Uhr sind wir zum Gottesdienst im chaldäischen Ritus in die St.-Josephs-Kirche eingeladen. Pfarrer Sizar Majeed zelebriert, Reisebegleiter und Pfarrer der Chaldäergemeinde in der Diözese Rottenburg-Stuttgart mit einem Zuständigkeitsradius bis Mainz. Hier in St. Joseph war er viele Jahre Pfarrer. Fast alle kennen ihn, und sie freuen sich offensichtlich, ihn wiederzusehen.

Auf dem Weg zur Kirche müssen wir über schlafende Menschen hinweggehen, die sich nachts aus den Zelten ins Freie und in die Kühle begeben haben ...

Nach dem Frühstück im Hotel gibt's noch einmal unterschiedliche Aktivitäten. Einige wagen



noch einmal den Weg in die City, um wenigstens ein wenig von der wunderschönen Altstadt zu sehen und vielleicht auf dem Basar das eine oder andere für zuhause zu erstehen.



WIEDERSEHEN MIT BÜRGERMEISTER QOJA

Klaus Barwig, Christoph Schumacher, Susanne Schmidt und Thomas Broch suchen noch einmal Bürgermeister Nihad Qoja in dessen Erbil Rathaus auf, um mit ihm einige Zukunftsperspektiven zu sondieren. Gemeinsam ist ihre Einschätzung, dass die Zukunft der nordirakischen Kurdenprovinz in einer gemeinsamen multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft liegen muss. Dazu aber ist ein Vertrauens- und Versöhnungsdialog notwendig – ein sicher mühsamer Weg, aber unerlässlich. Die deutschen Gäste bieten ihm an, ihn dabei im



Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Man verabschiedet sich in der zuversichtlichen Gewissheit, sich wiederzusehen.

RWANGA FOUNDATION

Christoph Schumacher und Susanne Schmidt holen den bereits für den Vortag vorgesehenen Besuch bei Mr. Ravand Darwesh von Rwanga Foundation nach, einer wichtigen Partnerorganisation, wenn es in der Kurdenprovinz um die Durchführung von Hilfsprogrammen geht.

ABSCHIED IM BISCHOFSHAUS

Im Bischofshaus in Ankawa erwartet uns derweil Erzbischof Bashar Warda zu einem Abschiedsgespräch, das in ein gemeinsames Mittagessen einmündet, zu dem er eingeladen hat.

Zuvor jedoch lädt er uns noch zu einem Besuch ins Dachgeschoß des Bischofshauses ein.

REGISTRIERUNG DER VERTRIEBENEN: EIN DIENST AN IHRER MENSCHENWÜRDE

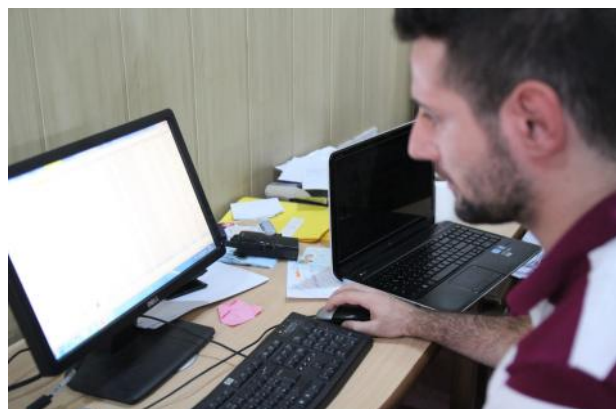
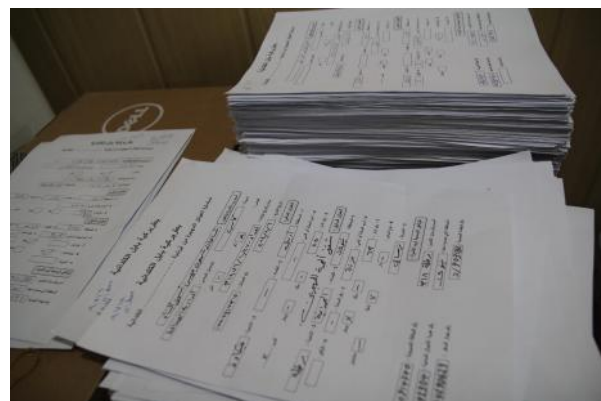
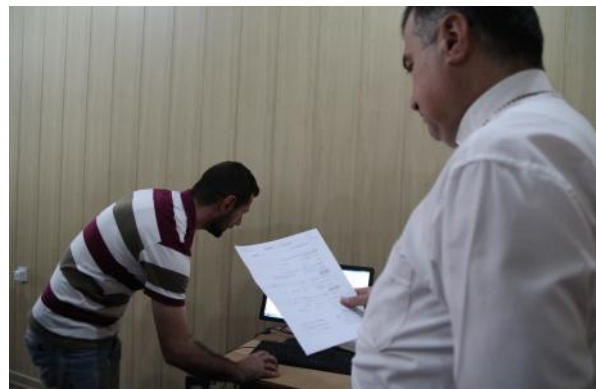
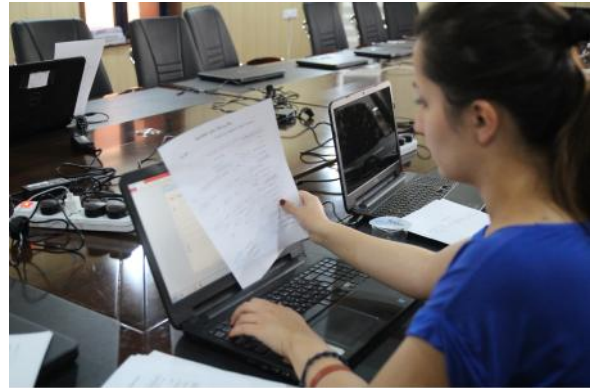
Hier steht ein langer Tisch mit 14 Computerarbeitsplätzen. Junge Frauen und Männer sind Tag für Tag dabei, die Personendaten von Tausenden von Fragebögen elektronisch zu erfassen. Auf einem weiteren PC führt ein Computerspezialist alles in einer zentralen Datenbank zusammen.

Eigentlich nichts Besonderes, man kann so etwas überall sehen. Aber die Tätigkeit der jungen Leute in Erbil macht ein Drama von unvorstellbarem Ausmaß deutlich. Sie registrieren Herkunft und Namen von Hunderttausenden von Flüchtlingen, die im Sommer dieses Jahres vor den Mörderbanden des sogenannten Islamischen Staates geflohen sind.

Als die Menschen zunächst aus Mosul, der zweitgrößten Stadt des Landes, und dann ein zweites Mal aus den umliegenden Dörfern vertrieben worden sind, da haben Ihnen ihre Verfolger nicht nur Geld und Schmuck geraubt, das wenige Hab und Gut, das sie noch bei sich hatten, sondern auch ihre Pässe. Das ist viel schlimmer als nur ein verlorenes Stück Papier: Mit dem Raub der Ausweise haben die IS-Milizen den Flüchtlingen ihre Namen, ihre Identität gestohlen. Ja ihre Würde sollte ihnen geraubt werden. Ein Mensch ohne Identität ist ein Niemand. Das war die infame Strategie.

Bischof Warda von Erbil und sein Mitbruder Rabban in Dohuk haben die Flüchtlinge aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Die Familien werden auf Fragenbögen erfasst: Väter, Mütter, die zumeist zahlreichen Kinder, Großeltern, alleinstehende Angehörige. Auch Familienmitglieder, die ermordet wurden, die auf der Flucht gestorben oder vermisst sind. Langsam nur zeichnen sich in dem anonymen Elend konkrete Bilder ab. Etwa 10.000 Personen waren in Erbil gerade einmal registriert, als uns die jungen Leute von ihrer Arbeit berichtet haben – sechs Wochen nach der Flucht. Mit Hilfe der Register lässt sich ermitteln, was an Lebensmitteln und Kleidern benötigt wird, wie viele Unterkünfte für den bevorstehenden Winter errichtet werden müssen. Nicht zuletzt dienen die Listen dazu, den Flüchtlingen wieder Ausweispapiere zu beschaffen. So werden sie aus anonymen Niemanden wieder zu Personen mit einer öffentlich dokumentierten Identität.

Der junge Mann, der die Daten zusammenführt, hat ein IT-Studium absolviert. Eigentlich wollte er schon lange bei seiner Familie in den USA sein; sein Vater war Angestellter beim amerikanischen Militär und musste das Land nach dessen Abzug verlassen. Er habe sich entschlossen, hier zu bleiben, bis diese Arbeit abgeschlossen sei, sagt er. Die jungen Leute an den Computern im Bischofshaus in Erbil leisten einen Dienst für die Würde dieser Menschen. Ihr konzentrierter Eifer zeigt, wie sehr sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind.





DER REST IST SCHNELL ERZÄHLT ...

... obwohl er sich lange hingezogen hat: Das Hotel schafft es wegen seines neuen Managers kaum, die Rechnung zu erstellen, was Sizar Majeed in beträchtliche zeitliche Bedrängnis bringt. Diese wird noch verschärft, als die Pass- und Zollkontrollen ihm und Younia Hilbert durch schikanöse Behandlung weitere wertvolle Zeit stehlen. Und das Flugzeug startet früher als vorgesehen – zu unserer Überraschung. Auch die Flugroute in steiler Kurze direkt in Richtung Türkei erscheint ungewöhnlich. Heute wissen wir, dass an diesem Tag in Syrien die Angriffe des IS auf Cobane begonnen haben. Die Fluggesellschaft will wohl kein Risiko eingehen.

Das hindert sie freilich nicht daran, in Wien den Weiterflug nach Stuttgart zu canceln – es stehe keine Bordcrew zur Verfügung, heißt es. Aufregung. Ärger. Schade um den Abschluss.

Die meisten übernachteten in Wien. Einige nehmen noch einen Ausweichflieger nach Frankfurt, um dann mit dem Nachtzug nach Stuttgart zu fahren – wegen terminlicher Verpflichtungen am nächsten Vormittag.

Younia Hilbert und Sizar Majeed bleiben allerdings in einem Frankfurter Hotel hängen, weil ihr Gepäck nicht rechtzeitig angekommen ist.

Dramatisch bis zum Schluss ...

Wie geht es weiter?

DISPARATE ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Die Zukunftserwartungen unserer Gesprächspartner sind sehr disparat. Einig sind sich alle darin, dass ein großer Teil der binnenvertriebenen Christen und Yeziden ausreisen wollen – zu den prozentualen Anteilen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Der größte Ausreisepressure dürfte wohl bei den Yeziden bestehen, die ihre derzeitige Situation als systematisch organisierten Genozid deuten.

Christliche Bischöfe und andere kirchliche Autoritäten sind sich dagegen in dem Anliegen einig, dass die Menschen im Land bleiben sollen, soll nicht eine Jahrtausende alte Tradition und Kultur multiethnischen und multireligiösen Zusammenlebens vernichtet werden. Die Ziele des IS wären damit erreicht. Die Christen der unterschiedlichen Kirchen, die sich insgesamt als „Assyrer“ verstehen, betrachten sich als die Urbevölkerung des Landes zwischen Euphrat und Tigris und beanspruchen, in diesem Land mit ungeschmälernten Menschen- und Bürgerrechten leben zu dürfen.

Wie dies gehen kann, darüber divergieren die Meinungen allerdings. Grundsätzlich – dies sehen alle – kann es nur mit westlicher militärischer Unterstützung, gemeinsam mit Aktionen der Peschmerga, ermöglicht werden. Die vom IS besetzten Dörfer und Landstriche müssen zurück erobert werden, mit oder auch ohne Mosul. Eingerichtet werden müsste dann eine international garantierte Schutzzone, evtl. unter

dem Mandat der Vereinten Nationen. Manche der Gesprächspartner gehen so weit zu sagen, dass sie sich eine Beteiligung bewaffneter christlicher Milizen an der Verteidigung ihrer Region vorstellen können

Eine Rückkehr in die Heimatdörfer und ein Zusammenleben mit den früheren arabischen Nachbarn erscheint freilich für fast alle völlig ausgeschlossen. Zu tief sitzen Misstrauen und Angst vor denen, mit denen sie seit Generationen zusammengelebt haben und die sie – zumindest teilweise – als Verräter, als Verfolger, als Plünderer erleben mussten. Keinerlei Vertrauen besteht auch gegenüber der irakischen Zentralregierung und deren Militär, zumindest teilweise auch nicht gegenüber der kurdischen Gesellschaft und deren Politikern sowie den Peschmerga. Der Schock, von diesen Anfang August in den christlichen Dörfern schutzlos dem IS ausgeliefert worden zu sein, sitzt tief. Gerüchte kursieren, auch die Peschmerga hätten in den Dörfern die Christenhäuser geplündert. Ob das zutrifft oder eine aus politischen Gründen lancierte Behauptung ist, lässt sich nicht sagen.

Wie soll also eine solche Schutzzone aussehen? Wie kann sie ohne die regionale Hauptstadt Mosul existieren, deren Rückeroberung zumindest durch Bombardierung realistisch-besonnene Gesprächspartner ausschließen? Sollen zuvor die arabischen Einwohner im Zuge erneuter – dieses Mal umgekehrter – „ethnischer

Säuberungen“ vertrieben werden? Welche Folgen entstehen dann aus diesen neuen Konflikten, die mit neuem Leid verbunden sind? Soll diese Schutzzone in Form einer eigenen Autonomieregion entstehen – entsprechend der teilautonomen Provinz Kurdistan im Nordirak? Also separiert und nicht mehr gemeinsam in einer pluralen kurdischen Gesellschaft? Würde dies dann aber nicht ebenfalls das Ende einer uralten Kultur der Gemeinsamkeit bedeuten? Oder aber sollen innerhalb des nordirakischen Kurdistan Kurden, Araber, Assyrer und Yeziden zusammenleben – geschützt durch eine Verfassung, die zwar bereits entworfen aber noch nicht in Kraft gesetzt worden ist? Dies entspräche der Vorstellung einiger (weniger?) gemäßigt denkender christlicher Autoritäten ebenso wie derjenigen einiger (weniger?) kurdischer Politiker wie dem Gouverneur der Region Erbil oder dem Bürgermeister der Kurdenhauptstadt. Sie leugnen nicht, dass die Rückeroberung der überdies verminteten Dörfer schwierig sei, dass auch die Klärung der künftigen Koexistenz bzw. Trennung von Christen und Arabern mit großen politischen Problemen verbunden sei, aber sie sind letztlich zuversichtlich, dass es gelingen könnte. Langfristig sehen sie sogar die Chance, das irakische Militär soweit aufzurüsten und auszubilden, dass dieses selbst Mosul zurückerobern könnte – einer kurdischen Intervention räumen sie keinen realistischen militärischen und vor allem politischen Erfolg ein.

Realpolitiker wie den soeben Genannten ist freilich auch klar, dass eine wie immer modifizierte gemeinsame kurdische Gesellschaft

nicht mehr mit derjenigen identisch sein wird, wie sie vor dem IS-Terror war. Unabdingbar werde, so betonen sie, ein Dialog- und Versöhnungsprozess zwischen unterschiedlichen Parteienungen sein – initiiert und getragen von vertrauenswürdigen Persönlichkeiten im Land selbst, aber durchaus begleitet und unterstützt durch ausländische Partner.

Sollte dies so weit kommen, so dürfte es auf jeden Fall ein langer Weg dorthin sein. Denn die Vertreter der Kirchen können derzeit noch nicht das nötige Vertrauen in einen Erfolg dieses Wegs aufbringen. Und kurdische Politiker wie etwa der Minister für religiöse Angelegenheiten halten ihn für unnötig, weil es zwischen den Religionen und gesellschaftlichen Gruppen in Kurdistan nie Probleme gegeben habe und auch jetzt nicht gebe. Eine sehr schwierige Ausgangslage also.

PERSPEKTIVEN DER HUMANITÄREN HILFE

Ebenso so heterogen sind sowohl die Ausgangslage als auch die politischen Vorstellungen bezüglich der jetzt erforderlichen und sinnvollen humanitären Unterstützung.

Der beim Besuch noch bevorstehende, jetzt bereits eingetretene Winter stand und steht als erschreckende Drohung vor Augen. Eine zusätzliche humanitäre Katastrophe deutete sich an. Nach jetzigem Stand sieht es so aus, dass in der Region Erbil dank dem entschlossenen Handeln von Erzbischof Bashar Warda die meisten Christen in winterfesten Unterkünften

leben – auch mit finanzieller Unterstützung aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart. In der Region Dohuk betraf und betrifft die Problematik vor allem die yezidischen Vertriebenen. Nach Feststellungen aus jüngerer Zeit (Anfang Dezember 2014) konnten dort bislang rund 80.000 der mindestens 400.000 Menschen in festen Unterkünften untergebracht werden, 77 Schulen, so hieß es, seien derzeit noch belegt. Wie geht es dort weiter?

Die folgenden Punkte zu weiteren Strategien der Hilfe geben die Einschätzung des Autors dieser Dokumentation wieder, allerdings begründet auf vielen Gesprächen und Beobachtungen:

- Vorrang haben müssen wirtschaftliche und politische Maßnahmen, die dazu beitragen, die Situation im Land selbst, sowohl in Kurdistan als auch im irakischen Gesamtstaat, zu stabilisieren.
- Angesichts der Strategie von Terror und Schrecken, die der IS verfolgt, können trotz aller Ambivalenz militärische Maßnahmen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden und haben eine situativ begrenzte ethische Berechtigung.
- Rein numerische Kontingentlösungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland haben nach allen Erfahrungen einen hohen Grad an Zufälligkeit und damit verbundener Ungerechtigkeit an sich. Wenn es

um erleichterte Aufnahmemöglichkeiten geht, dann sollten diese vornehmlich Maßnahmen der Familienzusammenführung, der Behandlung schwer kranker und/oder traumatisierter Kinder und Jugendlicher, die in der Heimat nicht behandelt werden können, sowie allein lebender und schutzloser Frauen, ggf. mit Kindern gelten. Die öffentliche Hand sollte dafür die Kosten übernehmen und auf Bürgschaften von Angehörigen für den Unterhalt ihrer einreisenden Familienmitglieder verzichten.

- Die Unterstützung und Behandlung der vom IS entführten und später wieder befreiten Mädchen und Frauen kann sinnvollerweise besser im Nordirak selbst als in Deutschland erfolgen. Qualifizierte Traumazentren und auf diesen Personenkreis besonders ausgerichtete lokale NGOs bestehen im Land und sollten von Deutschland aus unterstützt werden. Die öffentliche Hand, freie Träger und private Unterstützer sollten dazu gemeinsame Vorgehensweisen entwickeln.
- Flüchtlinge aus dem Irak – seien es Christen, Yeziden oder auch gemäßigte und deshalb verfolgte Sunniten – verdienen, wie andere Flüchtlinge auch, dass sie hier solidarische Aufnahme und Unterstützung erfahren, um Schritte in eine neue Zukunft gehen zu können. Ausgrenzung und Ablehnung haben sie nach allem, was sie erlitten haben, nicht verdient.

Christians after 10 June 2014

The situation of the Christian Community in Iraq after June 2014

The events of June- August marked a serious and dramatic turning point in the history, life, and future of Iraqi Christians and other minorities in the area when they experienced some of the most atrocious and barbaric acts of violence that were perpetrated by the militants of ISIS. Those acts amounted to genocide and crimes against humanity, as rightly described by the UN and other international organizations.

Those bloody events were accompanied by daily harassment on the administrative, political, legal, social, educational, and media levels and eventually led to a time when we are all face to face with extinction in a country whose successive civilizations were built by our Chaldean Syriac Assyrian Christians.

During the last ten years, the population curve of the Christians dropped in a dramatic and alarming way from more than 1.5 million before 2003 to just 300000 in the aftermath of the last regime change. Half of this figure was lost only during the recent events of June- August, and it is feared that there will be no Christians in the next 5- 10 years when Christians and other non-Muslim ethnic communities will disappear altogether from this country.

Viewed from a geographical point of view, Christians before 2003 were centered in the major cities of Iraq like Baghdad, Mosul, Kirkuk, Basrah, Erbil, and Duhok. The escalation in the rate of Islamic violence against them, however, made them gradually move from the south to the north. The city of Basrah is now empty of Christians (only about 350 families), and there is only a small population of them in Baghdad, whereas Mosul has been totally emptied of its Christians. The only Christians remaining are those in Erbil and Deuhok where they are waiting for the last stage of their journey towards extinction as alarming figures daily make their way to Europe, the US, Canada, and Australia.

Christians and other religious minorities are a scapegoats to the imbalanced and unjust policy of the state. They are victims of the organized acts of violence and ethnic cleansing by Islamic militant groups, with the participation of the state and its institutions, Islamic parties, terrorist groups, and the general public. That is

brought up in an environment of exclusion and hatred for Christians as result of the educational curricula, various media as well as Friday talks and speeches. It is a curious paradox for Christians to experience all this at a time when they are not a party in the sectarian conflict, power struggle, or interest in the wealth and geography of the country. Neither do they have a militia that fights or kills people. I may even say that there is an Iraqi power that uses minorities for their ends as indicated by the recent events when Christians and Yezidis became victims of their political plots, greed for expansion, or political ends.

The constitution of Iraq, on the other hand, is based on the idea of sectarianism rather than citizenship. Therefore, the rights of minorities, especially non-Muslim ethnic groups, are lost amid the giant powers - The Arabs and Kurds, the Shiites and Sunni- because it was written by the Arab and Kurdish powers at a critical period of the history of Iraq. It stresses that the Iraqi people is made up of to main nations, the Arabs and Kurds, and that Arabic and Kurdish are the only two official languages of the country. Reference to other components of the country is only marginal and passive. (Article 125)

Solutions

Christians in Iraq have come to an absolute conviction that this country is not theirs, and that whatever they do they would still find no place among others. Their love and loyalty for their country has proved to be futile. So has their effective participation in its construction, their creative potentials, concern, integration, law-abiding nature, loyalty in work at a time when they see others fighting on the country's wealth and resources, and wreaking havoc everywhere, and seeking the protection of regional and foreign powers. Loyalty to homeland has become meaningless.

Christians have come to think of two options: immigration or the creation of a safe haven under international protection where they can live in peace and human dignity. Unless the second option is urgently realized, then the first one would certainly put an end to the existence of Christianity in Iraq. It is therefore of urgent importance to:

Short term:

1. Providing help for the IDPs who lost everything, most important is finding a decent way of living (shelter). Winter is approaching and we have around 4000 families in ERBIL are living in an open ear.
2. Building schools became an issue for both communities: hosted and IDPs.
3. Returning home became a urgent demand, the longer the crises will take the worst it becoming. Is it almost 40 days now, and we are observing social – moral problems.

Middle term (if it will stay longer):

1. There a need to establish a law- cost housing project to give a third option to families who would like to stay. Land is available in ERBIL and in Dehuok, which will solve part of the problem. Churches could rise some funds but the rich countries should have the biggest contribution.
2. International resolutions should be passed to condemn the terrorist acts against Christians and other ethnic communities as acts genocide, war crimes, and ethnic cleansing. The criminals and those collaborating with them have to be brought to justice before an international tribunal.
3. These resolutions should give to our people the right to return to their villages and cities, and they should be compensated for the moral and material damage caused to them.
4. All study curricula at the primary and higher education levels has to be revised because they call for hatred and discrimination against whatever that is not Muslim. What non-Muslims experience today in their daily life in the educational institutions, public places, and even when shopping in terms of daily harassment, are results of adopting such traditional and awful study programs that view Christians and other non-Muslims as infidels and impure.

Long term:

1. Help Iraq change into a civil, secular, and democratic country away from sectarianism and based on the principle of citizenship. It is only then that Christians will have no demands to make; their situation will not differ from

that of the others. This, however, is a long-term solution rather a short-term one, if not impossible. Other solutions, therefore, should be sought that are compatible with this miserable sectarian situation.

2. Among the most urgent solutions is the formation, by an international resolution, of a safe haven under international protection for non Muslim minorities in the Nineveh Plane where they will enjoy its own borders, executive, legislative, and legal powers. A special budget has to be allocated to this area from the oil revenues. This merged area should be created only for the non-Muslim ethnic communities. This is so because 1700 years of co-existence with the majority Muslim community have proved failure of such a vision. Rather, it led to the dramatic drop down of the Christian, Yezidi, and Sabaite communities who are now on the brink of total extinction and disappearance from their ancestral homeland.
3. In this connection, Article 140 of the constitution of Iraq has to be reactivated to pave the way for the restoration of the Christian villages and towns that were taken over by Kurdish tribes during the past decades. Special reference is made here to 1961 uprising, when Kurdish tribesmen and families made use of the mass displacement of the Christian families to the main cities in Iraq. The problem of the demographic changes that took place in the Christian villages and towns later in 1991 have also to be addressed so as to their status to a period prior to the subsequent changes.
4. It is of vital importance to amend some of the articles of the constitution of Iraq that are not in harmony with the principle of citizenship and democratic values. Those article pose a threat to non-Muslim ethnic minorities. Special reference is made to those Articles that view Islam as the official state religion and the source for all legislation and that no other legislature can be passed that contradicts with the fundamental foundations of Islam.

+ Bashar Matti WARDA CSsR

Chaldean Archbishop of ERBIL



**Herausgegeben vom Bischöflichen Ordinariat
der Diözese Rottenburg-Stuttgart**

– **Bischöflicher Beauftragter für Flüchtlingsfragen** –

und von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

– **Referat Integration** –

Text und Bilder: Dr. Thomas Broch, Rottenburg a. N./
Pfaffenweiler i. Br.



**Rede von Erzbischof Bashar Warda CSsR vor dem
Deutschen Bundestag am 16. September 2014**

Druck: Zentrale Verwaltung/Hausdruckerei des
Bischöflichen Ordinariats, Rottenburg a. N.



Dezember 2014